

Preußische Allgemeine



Nr. 14 · 5. April 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Ein erster Schritt

Die Kapelle im wiederaufgebauten Turm der Potsdamer Garnisonkirche ist in Dienst genommen. Bis zur Wiederherstellung der ganzen Kirche ist es freilich noch ein weiter Weg Seite 11

Anarchistische Gewalttäter
– Baader/Meinhof-Bande –

Wegen Beteiligung an Morden, Sprengstoffanschlägen, Banküberfällen und anderen Straftaten werden strafrechtlich gesucht

Essay Die unerträgliche Verklärung der RAF und ihrer Terroristen Seite 3

Ausstellung Das Schicksal der Ostvertriebenen in SBZ und DDR Seite 23

VON RENÉ NEHRING

CORONA-ZEIT

Die Debatte über die Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie reißt nicht ab. Seit Tagen beherrschen vor allem die Corona-Protokolle des Robert-Koch-Instituts (RKI) die Schlagzeilen, deren Veröffentlichung zu Mutmaßungen darüber führte, dass die oberste deutsche Behörde für die Bekämpfung von Infektionskrankheiten in ihren Empfehlungen während der Pandemiezeit nicht frei von politischer Einflussnahme gewesen sei (siehe PAZ 13/2024).

Noch unveröffentlicht, aber schon jetzt hoch umstritten, ist auch ein Gutachten des RKI, in dem die Behörde im Auftrag des zuständigen Fachministers Karl Lauterbach der deutschen Corona-Politik gute Noten gegeben hatte. Trotz der angeblich positiven Bewertung weigert sich Lauterbach bislang beharrlich, die Details der Studie zu veröffentlichen.

Dass der Minister nun, wie mehrere Medien berichteten, ausgerechnet aus dem Kanzleramt – und damit aus der eigenen Partei – bedrängt wird, die Studie zu veröffentlichen, zeigt, dass zumindest Teile der Regierung verstanden haben, dass an einer Aufarbeitung der letzten Jahre kein Weg vorbeiführt. Auch mehrere Grünen-Politiker, wie der rechtspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Helge Limburg, sprechen sich inzwischen zur Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts für eine kritische Beleuchtung der Pandemie aus.

Die Nervosität der Verantwortlichen

Umso befremdlicher, dass zeitgleich seine Parteifreundin Katrin Göring-Eckardt fordert, „eine Aufarbeitung sollte nicht missbraucht werden, um Handelnde in Politik, Ärzteschaft, Wissenschaft zu diffamieren, sondern um für die Zukunft zu lernen“. Mit anderen Worten: Lasst uns gern darüber reden, aber bitte keine Schuldigen benennen. Dass ein solches Vorgehen keineswegs dem Zusammenhalt unserer Ge-

sellschaft dienlich wäre, sondern vielmehr das Potential hätte, die in den vergangenen Jahren gerissenen Gräben weiter zu vertiefen, dürfte Göring-Eckardt klar sein.

Dass sie dennoch Kritik an den „Handelnden in Politik, Ärzteschaft, Wissenschaft“ – zu denen sie als Angehörige der ersten Gruppe selbst gehört – von vornherein unterbinden möchte, zeigt die Nervosität unter all jenen, die vom Jahresanfang 2020 bis zum 7. April 2023, an dem die letzten Corona-Maßnahmen ausliefen, auf den verschiedenen Ebenen Verantwortung trugen.

Richtig ist, dass zu Beginn der Pandemie nahezu alle Verantwortlichen in Politik, Wissenschaft, Ärzteschaft, Verwaltung und Medien „Neuland“ betreten. Da der Staat und seine Repräsentanten dennoch in der Pflicht waren, schnell zu handeln, um etwaigen Schaden von der Bevölkerung abzuwehren, musste und muss ihnen angesichts fehlender Erfahrungen mit einer solchen Situation auch das Recht zu irren eingestanden werden.

Allerdings war schon früh klar, wie die neuartige Version eines bekannten Virus funktioniert. Es war auch klar, für wen es gefährlich war und für wen nicht. Und es war auch klar, dass mit jeder Mutation des Virus die nachfolgenden Varianten für die Menschen weniger gefährlich waren.

Doch erfuhren die Deutschen – zumindest in den Leitmedien – davon wenig bis gar nichts. Ganz im Gegenteil fanden

ausgewiesene Experten wie der Epidemiologe Klaus Stöhr, zuvor immerhin Leiter des Globalen Influenzaprogramms, SARS-Forschungskordinator und Leiter der globalen Pandemievorereitung der Weltgesundheitsorganisation, oder der Virologe Hendrik Streeck, der früh für den Kreis Heinsberg eine repräsentative Studie über die Gefährdung durch Corona erarbeitete, sowie andere Wissenschaftler, die die Meinung vertraten, dass das Virus zwar ernstzunehmen sei, vor allem bei vulnerablen Gruppen, aber für die breite Bevölkerung keineswegs ein Weltuntergangsszenario darstelle, kaum Gehör. Dafür durften andere Virologen wie der Charité-Professor Christian Drosten und erst recht der Gesundheitslobbyist Lauterbach weitgehend ungestört behaupten, „die Wissenschaft“ schlechthin zu repräsentieren.

Die Mechanismen hinter den Maßnahmen

Es sind vor allem diese Mechanismen, die in den Fokus einer Aufarbeitung gehören: Wer hat dafür gesorgt, dass auf nahezu allen Entscheidungsebenen stets die dramatischsten Szenarien zugrundegelegt wurden, während zurückhaltende Stimmen kaum Gehör fanden? Auf welcher Grundlage also mussten Millionen Menschen monatelang zu Hause bleiben und wurde das Verlassen der Wohnung zum Teil mit schweren Strafen belegt? Warum

wurden Schulen geschlossen, obwohl früh klar war, dass das Virus für Kinder nahezu ungefährlich ist und diese auch keine „Superverbreiter“ des Virus waren? Und wer hat die Maskenpflicht durchgedrückt, obwohl deren Sinnhaftigkeit in Fachkreisen von Beginn an infrage gestellt wurde?

Besonders heikel ist auch die Frage, wer dafür die Verantwortung trägt, dass während der Lockdowns tausende Menschen einsam in Krankenhäusern und Pflegeheimen starben, ohne dass Angehörige ihre Hand halten durften. Und wer setzte das Märchen von der „Pandemie der Ungeimpften“ in die Welt, obwohl schon bald nach dem Start der Impfungen deutlich war, dass vor allem die Geimpften – im Glauben, nun geschützt zu sein – das Virus weitergaben? Und wer entschied, dass Menschen, die von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machten, gegen all das zu demonstrieren, zu „Verfassungsfeinden“ gestempelt wurden?

Die Bürger dieses Landes haben das Recht zu erfahren, wem sie all das zu verdanken haben. Sie haben das Recht, all jenen das Vertrauen zu entziehen, die damals – zum Teil wider besseres Wissen – Entscheidungen gefällt haben, deren Auswirkungen sie zu tragen hatten. Und sie haben erst recht das Recht, all jenen das Vertrauen zu entziehen, die noch immer eine Aufarbeitung verweigern und stattdessen die Verschleierung der Verantwortlichkeiten für die Corona-Zeit betreiben.

Die Aufarbeitung darf nicht zur Verschleierung führen

Die Bürger haben das Recht zu erfahren, wie es zu den Pandemie-Maßnahmen kam, was sie gebracht haben – und welche Nebenwirkungen sie hatten

IN DIESER AUSGABE

Politik

Bayern erlässt für seine Behörden ein Verbot der Gender-Sternchen Seite 4

Kultur

Das Frankfurter Städel-Museum zeigt Werke von Käthe Kollwitz Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Allenstein entscheidet über die Pläne zur Zukunft der Dragoner-Kaserne Seite 13

Lebensstil

Jubiläum einer Stilikone – „Fräulein Tosca“ feiert ihren 90. Geburtstag Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Generationenkapital Von einem Paradigmenwechsel in der Rentenfinanzierung spricht die Bundesregierung – von einer Mogelpackung sprechen die Kritiker

Aktienrente – ein Placebo auf Pump

Bundesregierung plant einen Fonds als dritte Säule der Rente, doch der Effekt wird bescheiden ausfallen

VON MICHAEL BRÜCKNER

Jeder seriöse Finanzberater wird seinen Kunden abraten, mit geliehenem Geld – also auf Pump – in Aktien zu investieren. Genau darauf hat sich die Berliner Ampelkoalition aber verständigt, um damit auf den Weg zu bringen, was sie in der Polit-Marketing-sprache Generationenkapital nennt. Dahinter verbirgt sich die vor allem von der FDP propagierte Aktienrente. Sie soll neben den Beiträgen der Versicherten und den hohen Bundeszuschüssen als dritte Säule der gesetzlichen Rentenversicherung dienen und diese langfristig stabilisieren. Ob dies gelingt, ist zweifelhaft. Und wenn, dann hat diese dritte Säule – bildhaft gesprochen – allenfalls den Durchmesser eines Strohhalmes. Das über die Emission von Bundesanleihen eingenommene Kapital wird hierzu in einen Fonds fließen, der das Geld dann vorrangig in Aktien investiert.

Die Idee, die Statik der auf einem Umlageverfahren basierenden Rente durch ein kapitalgedecktes Element in Form eines Aktienfonds zu stabilisieren, ist sicher eine richtige und weitsichtige Entscheidung. Trotz Crashes und mancher Rückschläge nach geopolitischen Verwerfungen sind Aktien von erfolgreichen Unternehmen mit internationaler Ausrichtung und starken Marken, aber auch Aktienfonds und ETFs (börsengehandelte Fonds, die in der Regel einen bestimmten Aktienindex abbilden) langfristig die renditestärkste Anlageform. Aber das Generationenkapital weist gleich mehrere Schwachstellen auf.

„Maskierte“ Schulden

Da ist zum einen die erwähnte Finanzierung des Fonds mit neuen Schulden. Werden hierfür Bundesanleihen ausgegeben, dann entstehen regelmäßige Zinsverpflichtungen. Und da es sich um festverzinsliche Wertpapiere handelt, sind diese Zinsen Fixkosten. Die Erträge aus Aktien-Engagements jedoch schwanken. Mit anderen Worten: Fixen Zinsbelastungen stehen schwankende Aktienerträge gegenüber. Da die Zinsen aus den Kapitalerträgen des Fonds finanziert werden sollen, verringert sich dessen Rendite mal mehr, mal weniger stark. Auch dürften hohe Verwaltungskosten zu Buche schlagen. Um den mit der Aktienrente erhofften Entlastungseffekt für die Rentenversicherung zu erzielen, müsste der Fonds eine Bruttorendite von zehn Prozent pro Jahr und eine Nettorendite von fünf Prozent erzielen. Beides klingt sehr ambitioniert.

Ab 2024 wird die Bundesregierung jährlich mindestens zwölf Milliarden Euro in die Aktienrente investieren. Später soll dieser Betrag schrittweise ansteigen. Alles auf Pump finanziert. Um dem Ganzen den Anschein von Seriosität zu geben, wird das geliehene Geld bilanztechnisch nicht als Schulden gebucht und somit die Schuldenbremse eingehalten. Begründung: Das Geld werde nicht ausgegeben, sondern angelegt. Das ist etwa so, als würde ein Kunde bei seiner Bank ein Baudarlehen aufnehmen und anschließend behaupten, er sei schuldenfrei, da er das Geld ja in eine Immobilie investiert habe.

Aber selbst, wenn alle optimistischen Prämissen eintreten und bis zum Jahr 2035 tatsächlich ein Kapitalstock von 200 Milliarden Euro aufgebaut worden sein sollte, aus dem dann jährlich zehn Milliarden Euro in die Rentenkasse fließen, bleibt der Effekt mehr als bescheiden. Zum Vergleich: Die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung liegen nach Angaben des Instituts für Weltwirtschaft bei jährlich knapp 400 Milliarden Euro. Die geplanten zehn Milliarden nehmen sich da wie ein Kleckerbetrag aus. Und selbst Finanzminister Lindner, der die Rentenpläne der Regierung als „Paradigmenwechsel“ preist, räumt ein, dass mit den Erträgen aus der Aktienrente der Beitragssatz für die gesetzliche Rentenversicherung gerade einmal um 0,3 Prozentpunkte gedämpft werden könne. Im Idealfall, wohlgermerkt. Zuvor wird der Beitragssatz allerdings auf den höchsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland steigen: In den kommenden zehn Jahren von aktuell 18,6 auf 22,3 Prozent.

In der gesamten Rechnung noch nicht berücksichtigt ist der inflationäre Effekt. Wenn – wie geplant – ab 2036 jährlich zehn Milliarden Euro in die Rentenkasse fließen, dann bleibt die Kaufkraft dieses Betrags im

Laufe der Jahre natürlich nicht konstant. Selbst bei einer moderaten Inflationsrate von 2,5 Prozent pro Jahr hätten zehn Milliarden Euro nach drei Jahren nur noch eine Kaufkraft von rund 9,3 Milliarden. Um diesen Schwund auszugleichen, müsste der Fonds höhere Renditen erwirtschaften – also mehr als die angepeilten fünf Prozent.

Risiko der Zweckentfremdung
Und schließlich: Werden die Politiker dauerhaft der Versuchung widerstehen, den eigentlich für die gesetzliche Rentenversicherung vorgesehenen Aktientopf für andere Dinge in Anspruch zu nehmen? Die geplante Stiftungsstruktur des Fonds erschwert zwar eine Zweckentfremdung, doch wo ein (partei-)politischer Wille ist, da ist auch ein Weg. Ein Beispiel hierfür liefert die schwarz-grüne Landesregierung von Schleswig-Holstein. Angesichts akuter Haushaltsnöte werden dort die Rücklagen aus dem Versorgungsfonds für ehemalige Beamte geplündert.



Wie der Blick in eine Glaskugel: Da Aktien starken Schwankungen unterliegen können, ist es äußerst ungewiss, ist es wichtig, sein Geld möglichst breit zu streuen
Foto: pa/Wolfgang Maria Weber

NORDISCHE ALTERNATIVE

Wie Schweden nach dem Jahr 2000 aus der Rentenkrise kam

Teils umlagefinanziert, teils Aktienrente – Die Prämienrente lässt sich mit der deutschen Aktienrente nicht vergleichen

Vielen gilt Schweden als Vorbild für eine solide Altersversorgung, die teils auf einer umlagefinanzierten Rente und teils auf einer Aktienrente basiert. Das war freilich nicht immer so. Um die Jahrtausendwende hatte das schwedische Rentensystem gravierende Finanzierungsprobleme. „Die Lage war sehr schwierig“, erinnert sich Richard Gröttheim, ehemaliges Direktoriumsmitglied der schwedischen Zentralbank und später Vorstandschef des Staatsfonds AP7. Seither ruhe das staatliche Rentensystem auf zwei Säulen: Auf einer Grundrente, die – wie in Deutschland – als Umlagesystem konzipiert sei, und einer kapitalbildenden Prämienrente.

Das Prinzip ist einfach: 16 Prozent der Bruttolöhne fließen in den Umlagepotf, daraus werden die aktuellen Rentner bezahlt. Und 2,5 Prozent werden in eine verpflichtende Prämienrente investiert, mit deren Hilfe sich die Erwerbstätigen ihre individuelle, kapitalgedeckte Aktienrente aufbauen. Wer sich nicht für einen der zahlreichen zugelassenen Fonds entscheiden will oder kann, dessen Beiträge fließen automatisch in den Staatsfonds AP7. Insgesamt zahlen also die schwedischen Arbeitnehmer mit 18,5 Prozent (16 plus 2,5) fast ebenso hohe Rentenbeiträge wie die Deutschen.

Wer freilich das deutsche Generationenkapital als eine Variante des schwedi-

schen Systems bezeichnet, vergleicht Äpfel mit Birnen. Denn erstens wurde die Aktienrente in dem skandinavischen Land schon zur Jahrtausendwende eingeführt. Deutschland folgt mit fast einem Vierteljahrhundert Verspätung, obwohl längst bekannt ist, dass die Zahl der Beitragszahler deutlich sinken wird, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ab 2025 sukzessive in den Ruhestand gehen. Deshalb werden die Rentenbeiträge hierzulande in den nächsten Jahren zunächst einmal signifikant steigen, bevor dann – wenn überhaupt – die Entlastung durch die Aktienrente einsetzt.

Zweitens wird die schwedische Prämienrente nicht mit Schulden finanziert,

Insgesamt zahlen die schwedischen Arbeitnehmer mit 18,5 Prozent fast ebenso hohe Rentenbeiträge wie die Deutschen

sondern aus den Beiträgen der Arbeitnehmer, die von der Rendite direkt profitieren. Die deutsche Aktienrente hingegen soll die staatliche Rentenkasse entlasten. Rentner und Beitragszahler profitieren somit allenfalls indirekt durch etwas mehr Stabilität und perspektivisch weniger stark steigende Beiträge – sofern die Rechnung der Bundesregierung aufgeht.

Aber auch in Schweden ist nicht alles Gold, was glänzt. In einem schlechten Börsenjahr wie zuletzt 2022 fällt die Prämienrente geringer aus. Allerdings halten sich die Einbußen dann in Grenzen, da die Aktienrente nur etwa ein Sechstel der gesamten Altersbezüge ausmacht. M.B.

DO-IT-YOURSELF

Anlegen wie die Schweden

Die gute Nachricht: Die Renten in Deutschland werden im Juli um 4,57 Prozent steigen. Die eher schlechte: Die durchschnittliche Rente für 45 Beitragsjahre von derzeit monatlich rund 1550 Euro bleibt auch nach der Erhöhung im Vergleich mit vielen anderen EU-Staaten ziemlich gering. Ohne betriebliche und/oder private Absicherung lässt sich der gewohnte Lebensstandard meist nicht fortsetzen. Nach den nicht gerade überzeugenden Erfahrungen mit der staatlich initiierten Riester-Rente ist es sicher kein Fehler, die Altersvorsorge wieder in die eigene Hand zu nehmen, statt auf den Staat zu hoffen. Allenthalben wird derzeit über den schwedischen Staatsfonds AP7 diskutiert, der über zwei Jahrzehnte eine Durchschnittsrendite von elf Prozent erzielte.

In den Heuhaufen investieren

Warum also nicht privat investieren wie die Schweden? Hierzu schaut man sich einfach an, in welchen internationalen Aktien der skandinavische Fonds engagiert ist. Insgesamt sind Wertpapiere von rund 3000 Unternehmen im Portfolio des AP7. Wichtig erscheinen aus Anlegersicht nur die größten Positionen. Das sind unter anderem: Microsoft, Apple, Nvidia, Alphabet (Google), Taiwan Semiconductor, Lilly (Gesundheit) und Tesla. Der Schwerpunkt des Fonds liegt mithin auf US-amerikanischen Tech-Konzernen. Die Staatsfonds-Manager orientieren sich stark am MSCI All Country World Index (kurz: MSCI ACWI). Wer auf diese Anlagestrategie vertraut, braucht nicht unbedingt auf einen staatlichen Fonds zu warten, sondern kann direkt in einen entsprechenden ETF investieren. Der MSCI ACWI bildet die Wertentwicklung von 23 Industrieländern und 26 Schwellenländern ab. ETFs auf diesen Index gibt es mittlerweile von zahlreichen Anbietern. Mit einem im Vergleich zu Fonds in der Regel günstigeren ETF lässt sich das angelegte Kapital breit streuen.

Oder, um es mit dem „Erfinder“ der ETFs, dem inzwischen verstorbenen John Bogle, zu formulieren: „Suchen Sie nicht nach der Nadel. Investieren Sie in den Heuhaufen.“ M.B.

Unsere Terroristen

Die jüngste Festnahme einer RAF-Terroristin und der Umgang in Teilen der Öffentlichkeit damit rufen ins Gedächtnis, dass sich der linksliberale Zeitgeist von den Lebenslügen dieser Gewalttäter noch lange nicht befreit hat

VON HOLGER FUSS

Die US-Krimiserie „Die Straßen von San Francisco“ gehörte in den 1970er Jahren auch in Westdeutschland zu den Fernseh-Straßenfegern. Der Auftakt zur fünften Staffel war der Zweiteiler „Die Bande des Schreckens“, im Original „The Thrill Killers“. Während in den USA die Doppelpisode im Herbst 1976 gesendet wurde, synchronisierte das ZDF die beiden Folgen für den Sommer 1978, verzichtete dann aber auf die Ausstrahlung, weil die Story Parallelen aufwies zum Terror der Rote Armee Fraktion (RAF) im Jahre 1977. Zu sehr zitterte noch die Erinnerung nach an die schaurigen Morde an Jürgen Ponto, Siegfried Buback und dem entführten Hanns Martin Schleyer mitsamt deren Begleitpersonal.

An dem vermeintlich unscheinbaren Detail dieser Krimi-Episoden ist einiges bemerkenswert. Zum einen waren in jenen Jahren linke Terroristen weltweit aktiv. Im globalen Süden lösten sich nach dem Zweiten Weltkrieg viele Länder von ihren europäischen Kolonialherren, häufig flankiert von gewalttätigen Befreiungsbewegungen. Dieser Rebellentypus wurde in den westlichen Ländern zu einer Art Urmuster für Heranwachsende aus der Mittel- und Oberschicht, die in der Kapitalismuskritik eine Möglichkeit von Sinnstiftung für sich entdeckten und mitunter sogar zur Waffe griffen.

Terrorismus als Teil der Popkultur

Entsprechend schnell absorbierte auch die Popkultur den Topos Terror. Auf dem Buchmarkt wie im Kino machten Terroristen-Thriller Furore. Die Lunte zwischen terroristischer Gewalt und Showbusiness war im Zeitalter der Kulturindustrie stets kurz bemessen. Ohne die Massenmedien hätte das Geschäftsmodell des Terrors sowieso nie funktioniert.

Zudem lässt die damalige Entscheidung des ZDF, die Doppelfolge nicht auszustrahlen, im Nachhinein erahnen, wie sehr der RAF-Terror schon in seinen ersten Jahren zu einer nationalen Erschütterung wurde. Von Anfang an, seit der Befreiung von Andreas Baader am 14. Mai 1970, der Gründungsaktion der RAF, war die Gesellschaft gespalten. Für die einen blieb die prominente Journalistin Ulrike Meinhof, die mit einem Sprung aus dem Fenster in die Illegalität entschwand, vertraulich „die Ulrike“, die gegen den Vietnamkrieg der USA agitierte, die vorgeblich faschistische Strukturen der gerade zwei Jahrzehnte alten Bundesrepublik bloßlegte und revolutionär sozialistischen Tragräumen nachhing. Für die anderen, darunter Millionen von „Bild“-Zeitunglesern, war „die Meinhof“ eine Hamburger Salonkommunistin, deren Postille „Konkret“ jahrelang von der DDR finanziert wurde und die sich nun im anarchistischen Untergrund zur gefährlichen Gewaltverbrecherin entzaubert hatte.

Bis heute können wir nur mutmaßen, wie groß die Heerscharen der Sympathisanten waren, durch die sich die abgetauchten Baader-Meinhof-Desperados, die sich, nach südamerikanischem Vorbild, wichtigtuertisch „Stadtguerilla“ nannten, wie Fische im Wasser bewegten. Die RAF vermochte zwar die Arbeiterschaft nicht zur revolutionsfreudigen proletarischen Klasse aufzuwiegeln, dafür schuf sie im Lande ein Klima des Verdachts. Allenthalben konnten Terrorsympathisanten lauern, erfüllt von einer „klammheimlichen Freude“ über die Mordtaten, wie eine Göttinger Studentenzeitung feixte.

„Viel Kraft“ und „viel Glück“

Die Verhaftung von Daniela Klette, einem 65 Jahre alten RAF-Mitglied der dritten Generation, Ende Februar in Berlin-Kreuzberg



Offiziell als Verbrecher gesucht, von nicht wenigen Sympathisanten klammheimlich bewundert: Die Terroristen der RAF, hier ein Fahndungsplakat aus den 70er Jahren
Foto: imago/Alimdi

hat die Atmosphäre des Argwohns wieder wachgerufen. Tatsächlich gärt es im Sumpf der Sympathisanten noch immer lebhaft. Transparente am Landwehrkanal wünschten der Verhafteten ungeniert „viel Kraft“ und ihren flüchtenden Komplizen Burkhard Garweg, 55, und Ernst-Volker Staub, 70, „viel Glück“. Keine zwei Wochen nach Klettes Festnahme zogen Hunderte aus der linken Szene durch den Kreuzberger Kiez – aus „Solidarität mit den Untergetauchten und Gefangenen“. Eine Woche darauf forderten 25 Sympathisanten vor dem Frauengefängnis Vechta die Freilassung Klettes.

Interessant ist, dass die ampelregierungsnahe Tageszeitung „taz“ die Demo in Vechta eine „private politische Meinungsäußerung“ nennt und über die Initiatorin schreibt: „Nichts an Müllers Demo-Aufruf war unzulässig. Ausdrücklich benennt er ‚die Fehler‘ der RAF.“ Die Fehler, die die „taz“ verharmlosend zitiert, waren eine blutige Spur des politischen Starrsinns, der moralischen Bosheit und der charakterlichen Selbstüberhebung. 28 Jahre lang hielten ein paar Dutzend Bürgerkinder das Land mit ihren revolutionären Halluzinationen in Atem. Bis zu ihrer erklärten Selbstauflösung 1998 ermordeten sie 33 Menschen – führende Repräsentanten ihres verhassten Systems sowie deren Fahrer und Leibwächter, Polizisten und US-Soldaten.

Inzwischen geht das Bonmot der „RAF-Rentner“ um, die sich mühselig ihren Lebensabend im Untergrund organisieren, damit sie ihre alten Tage nicht im Knast verbringen müssen. Jüngst veröffentlichte Fotos des gealterten Garweg im Bauwagen mit Punkfrisur, schwarzem Kapuzenpulli und rüdigem Straßenkötern zeigen beinahe karikaturhaft den milieutypischen Kreuzberger Altlinken in seiner ledrigen Freudlosigkeit und einer ins Gesicht gefrorenen Besserwisseri. Aber wen verwundert diese depressive Grundtonart, wenn doch die Chronik der RAF eine Abfolge des Scheiterns, der Niedertracht und der Lebenslügen ist? Was hat denn die RAF in drei Jahrzehnten der Welt an Gelungenem hinzugefügt?

Karl-Heinz Dellwo, ein RAF-Rentner von 72 Jahren, hat diese Frage 2007 so beantwortet: „Vor kurzem erzählte eine Frau, die in

Vietnam war und dort Leute auf die RAF angesprochen hat, dass die ihr gesagt haben: ‚Die RAF hat uns tagelang vor Bombardements bewahrt.‘ Wenn das so gewesen ist, wenn die RAF mit den Anschlägen auf die US-Headquarters die Militärmaschine eine Zeitlang ins Stocken gebracht hat, hätte sie damals doch einiges erreicht. Man sollte nicht nur die Toten sehen, die bei unseren Anschlägen ums Leben gekommen sind.“ Mit solch einem Hörensagen-Geplappere will der Mann seine eigenen Meucheltaten rechtfertigen? „Die RAF hat Menschenleben in Vietnam gerettet“, sagt er. „Das legitimiert diese Aktionen.“

Skrupellose Herzenskälte

Dellwo kam aus der Hausbesetzerszene, engagierte sich gegen die angebliche Isolationsfolter an RAF-Häftlingen und stieß 1975 zur zweiten Generation der RAF, die inhaftierte Genossen freipressen wollte. Dazu nahm Dellwos Kommando noch im selben Jahr in der deutschen Botschaft in Stockholm Geiseln. Die Attachés Heinz Hillegaart und Andreas von Mirbach wurden erschossen. Die englische Journalistin Jilian Becker schildert in ihrem 1978 erschienenen Buch über den Baader-Meinhof-Terrorismus, „Hitlers Kinder“, wie Mirbach zu Tode kam: „Die Terroristen schossen fünfmal auf ihn, trugen ihn zum obersten Absatz der Haupttreppe und warfen ihn die Stufen hinunter zum nächsten Absatz zwischen dem dritten und zweiten Stock. Dort lag er verblutend eine Stunde lang.“ Erst dann durften schwedische Polizisten Mirbach wegtragen. „Er starb drei Stunden später im Krankenhaus.“

Einen Menschen derart stundenlang verrecken zu lassen, verrät eine Herzenskälte, die Dellwo nach 20 Jahren im Gefängnis noch immer nicht losgeworden ist. In seinem Buch mit dem vielsagenden Titel „Das Projektil sind wir“ von 2007 gesteht er seine Beteiligung an den Morden: „Ich bedauere seit langer Zeit den Tod der Botschaftsangehörigen und meine Verantwortlichkeit dafür.“ Als Reue möchte er sein „Bedauern“ indes nicht verstanden wissen: „Reue‘ ist medial doch nur ein Maßstab, an dem die Unterwerfung gemessen wird. Dieser Inszenierung muss man sich verweigern.“

Die Lunte zwischen terroristischer Gewalt und Showbusiness war im Zeitalter der Kulturindustrie stets kurz bemessen. Ohne die Massenmedien hätte das Geschäftsmodell des Terrors sowieso nie funktioniert

Im Internet sind Videos abrufbar, in denen sich RAF-Mitglieder wie Dellwo, Christian Klar oder Monika Berberich äußern. Auffällig ist die Formelhaftigkeit ihrer Sprechweise sowie eine emotionale Steifheit, ein Unvermögen, Gefühle überhaupt in Worte fassen zu können. In diesem psychischen Alphabetismus erinnern die linken Gewaltverbrecher fatal an Filmdokumente mit SS-Männern, die Fragen nach ihren Empfindungen oft mit brütendem Schweigen quittierten.

Die Nähe von '68 zu '33

Der Historiker Götz Aly hat die Verwandtschaftlichkeiten im Furor der Jugendbewegungen von 1968 und 1933 beschrieben: „Ohne im angeblich aufklärerischen Eifer eine Sekunde daran zu denken, knüpften die deutschen Achtundsechziger an den Aktivismus ihrer Dreiuunddreißiger-Väter an.“ Von ihren Eltern erbten die Achtundsechziger-Rebellen ein Trauma, einen seelischen Gefrierbrand. Was ihre kriegsversehrten Väter erbittert verheimlichten, ihre Ängste, ihre Zweifel, ihre Schuldgefühle, beschwiegen ihre Söhne von 1968 umso lautstarker durch die Politisierung ihrer Gefühle, um nur ja nicht persönlich werden zu müssen. „Das Private ist politisch“, schwadronierten sie, ohne sich einzugestehen, dass sie bloß im Politischen verstecken wollten, woran sie im Privaten scheiterten. In einer Filmdokumentation von 2019 hyperventiliert die einstige RAF-Terroristin Monika Berberich diese Haltung gleichsam: „Ich kann nicht bereuen. Bereuen ist kein politischer Begriff. Dann negiere ich mich doch selbst.“

Wenn wir die gegenwärtige politische Landschaft betrachten, so scheint es, als zitiere das Trauma bis in die folgenden Generationen hinein. Auf gespenstische Weise kann die RAF als ein schmutziges Familiengeheimnis der Nach-68-Republik gelten. Als randalierendes schwarzes Schaf der Sippe, das sich an Drogen und Umsturzhelms berauschte und schließlich wild um sich schoss.

Je mehr die Republik nach links rückte, der Zeitgeist rot-grün blinkte und sogar die Union unter Angela Merkel mit sich riss, desto mehr versteinerte das Credo, wonach linke Gewalt für das Gute mit lediglich falschen Mitteln kämpft und nur rechte Gewalt Böses tut um des Bösen willen. Rechtsterrorismus durfte verdammt werden, linke Terroristen standen stets unter verständigem Vorbehalt.

Die Verharmlosung setzt sich fort

Klimaaktivisten, die mit ihren obsessiven Vorfahren kokettieren und sich selber schon mal „grüne RAF“ nennen, werden wie schon in den 1970er Jahren vom linksliberalen Bürgertum gerechtfertigt; auch heute ist in diesen Kreisen eine „klammheimliche Freude“ zu spüren, wenn großsprecherisch „das System“ attackiert wird. Solidarität hinter vorgehaltener Hand gehört zum Gencode dieses Milieus.

Die Ampelkoalition ist vor allem gesellschaftspolitisch als Vollenderin des Linkschwenks der Merkel-Jahre zu betrachten. Unter rot-gelb-grüner Schirmherrschaft findet ein Kulturkampf statt, der bürgerliche Werte in Sprache, Tradition und Weltanschauung verflüssigen soll. In ihrem antibürgerlichen Eifererum, das unter dem Tarnbegriff der Vielfalt daherspaziert, sind die „Woken“, die Post-Kolonialen und die Queeren eng verwandt mit den Freischärlern der RAF.

Übrigens hassten auch die Nationalsozialisten jede Form der Bürgerlichkeit. In ihren habituellen Verächtlichkeiten beweist die deutsche Seele eine erstaunliche Kontinuität.

● Holger Fuß ist freier Autor und schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“ (FinanzBuch Verlag).
www.m-vg.de

● MELDUNGEN

Das Misstrauen ist groß

Erfurt – Bei einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA gab mit 48 Prozent fast jeder zweite Befragte an, er halte es für wahrscheinlich, dass der Verfassungsschutz in Deutschland zu politischen Zwecken missbraucht wird. Nur 31 Prozent halten es für unwahrscheinlich. Die Arbeit des Verfassungsschutzes bewerteten 38 Prozent aller Befragten als gut und 41 Prozent schätzten die Arbeit des Verfassungsschutzes dagegen als schlecht ein. Negativ bewertet wurde die Arbeit des Verfassungsschutzes mit 51 Prozent vor allem bei Befragten, die sich selbst politisch rechts der Mitte verorten. Bei Umfrageteilnehmern, die sich im politischen Spektrum links der Mitte verorteten, überlagerte mit 47 zu 37 Prozent eine positive Bewertung des Verfassungsschutzes. **H.M.**

Von Neukölln nach Waren

Berlin/Schwerin – Wie das lokale Nachrichtenportal „Wir sind Müritzer“ berichtet, soll der als Chef eines Großclans geltende Issa Remmo im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte seine Einbürgerung beantragt haben. Laut dem Bericht des Online-Mediums ist Remmo in dem Dorf Grabowhöfe in der Nähe der Stadt Waren an der Müritz polizeilich gemeldet. Nach Informationen des Senders NDR existiert in dem 1000-Einwohner-Ort Grabowhöfe bereits seit über drei Jahren an einem Haus ein Briefkasten, der das Namensschild der Remmos trägt. Da es in dem Haus weder Strom noch Wasser gab, soll Remmo die polizeiliche Meldung zwischenzeitlich allerdings entzogen gewesen sein. Ein Teil der Großfamilie wird mit schweren Straftaten in Verbindung gebracht. Der 56-jährige Issa Remmo ist nicht vorbestraft. Nach einem jahrelangen Rechtsstreit hat die Remmo-Großfamilie im März eine bislang von ihr genutzte Villa in Berlin-Neukölln räumen müssen. **H.M.**

Satelliten ohne Funktion

Berlin – Die beiden neuen Spionagesatelliten der Bundeswehr vom Typ SARah funktionieren nicht. Das meldete zunächst die „Bild am Sonntag“, deren Bericht von einem Sprecher des Verteidigungsministeriums bestätigt wurde. Der Start der Satelliten im Wert von über 500 Millionen Euro erfolgte am 24. Dezember 2023 mit einer Falcon-9-Rakete der US-Firma SpaceX und verlief normal. Danach kamen jedoch keine Bilder im Kontrollzentrum an. Über die Ursachen des Ausfalls schwieg sich das Verteidigungsministerium gegenüber der Presse aus: „Aus Gründen der nationalen Sicherheit haben Sie sicher Verständnis, dass wir Ihnen keine Auskünfte zu weiteren Details geben können.“ Die SARah-Satelliten sollten ihre weniger leistungsstarken Vorgänger vom Typ SAR-Lupe ersetzen. Diese liefern noch Daten, fallen allerdings in etwa zwei Jahren wegen Treibstoffmangels aus. Ob das SARah-System dann genutzt werden kann, ist ungewiss. **W.K.**



Aufbäumen gegen den Willen der Mehrheit: Genderfreunde protestieren in München gegen Genderverbote

GENDERN

Sternchen auf dem Rückzug

Der Beschluss Bayerns bringt die Genderfreunde in die Defensive

VON ROBERT MÜHLBAUER

Die umstrittene Gendersprache mit Sternchen, Doppelpunkten und Unterstrichen mitten in Wörtern gerät in die Defensive. Mehrere Bundesländer haben formell beschlossen, dass im amtlichen Schriftverkehr und an Schulen und Hochschulen die reguläre Rechtschreibung verbindlich gelten muss. Vor Kurzem hat Bayern seine Allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaats dahingehend präzisiert. „Wir untersagen das Gendern in Schule und Verwaltung“, eicht Ministerpräsident Markus Söder aus. Alle Varianten – ob „Lehrer*innen“, „Lehrer:innen“ oder „Lehrer_innen“ – sind künftig untersagt. Bayerns Freie Wähler und die AfD sind ebenfalls gegen die Gendersprache.

Kritik kam von der linken Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Opposition von SPD und Grünen im Landtag. In München versammelten sich etwa 600 Menschen mit Re-

genbogenfahren zu einer Demonstration. Eine junge Frau mit aufgemaltem Schnurrbart erklärte, warum sie weiter gendern wolle. Nur im Bayerischen falle ihr das Gendern doch eher schwer.

„Gegenteil von menschenfreundlich“

Für den Vorsitzenden des Vereins Deutsche Sprache (VDS), den Dortmunder Statistikprofessor Walter Krämer, ist der Beschluss im Süden ein wichtiger Schritt, um die in der Bevölkerung ungeliebte Gendersprache zurückzudrängen. „Das Verbot in Bayern ist ein großes Aha-Erlebnis, es wurde allerhöchste Zeit diese sogenannte geschlechtergerechte Sprache zu stoppen, die alles andere als gerecht ist“, sagte Krämer im Gespräch mit der PAZ. Die Gendersprache nennt er „das Gegenteil von menschenfreundlich“. Sie mache es für Ausländer noch schwerer, Deutsch zu lernen. Und die Gendersprache sei zudem behindertenfeindlich, sagt er. Blinde könnten Texte mit Gender-Sternchen, -Doppelpunkten oder -Unterstrichen mit ihren Lesehilfen kaum lesen.

Krämers Verein mit etwa 36.000 Mitgliedern kämpft schon seit Jahren gegen die Sprache mit Sternchen, Doppelpunkten und dem sogenannten Gender-Gap beim Sprechen. „Alle großen Lichter der deutschen Germanistik sind dagegen; nur ein paar unterbelichtete, ideologische Germanisten sind dafür“, sagt er. Nur in den Kultureinrichtungen und an vielen Universitäten sowie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk besitze die Gender-Lobby die Lufthoheit, schätzt Krämer. „Das ist auch ein Ergebnis des jahrzehntelangen linken Marsches durch die Institutionen.“ Doch die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland ist gegen die Gendersprache. „In allen Umfragen äußern sich plus-minus 75 Prozent gegen das Gendern, sogar unter den Grünen-Anhängern ist eine knappe Mehrheit dagegen“, sagt Krämer. „Die Politiker merken, woher der Wind weht und richten sich nun langsam endlich danach.“

Tatsächlich bewegen sich immer mehr Bundesländer. Vor Bayern haben schon Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-

Holstein das Gendern mit Sonderzeichen an Schulen verboten. In Hessen hat die neue schwarz-rote Koalition auf Drängen der CDU in den Koalitionsvertrag die Absicht für ein Genderverbot an Schulen und in der Verwaltung aufgenommen. Laut einem Bericht der „FAZ“ versucht die Hessen-CDU damit auch konservative Wähler zurückzugewinnen, die zur AfD abgewandert sind. Es sind in Hessen aber keine Sanktionen für Lehrkräfte geplant, die trotzdem gendern. Die GEW hatte sich gegen das Genderverbot empört. Berlin und Niedersachsen dulden weiterhin das Gendern an den Schulen.

Öffentlich-rechtliche Sender scheren sich nicht um Kritik

Im Gespräch war in Hessen auch ein Genderverbot im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Dagegen war der Journalistenverband DJV auf die Barrikaden gegangen. Es verstoße gegen die gesetzlich garantierte Rundfunkfreiheit der Sender, wenn der Hessische Rundfunk (HR) nicht mehr gendern dürfe. Teile der öffentlich-rechtlichen Medien gehört zu jenen Kräften, die das Gendern auch gegen den Willen der Zuhörer durchsetzen wollen.

Vor zwei Jahren forderten fast 200 renommierte Linguisten und Philologen die Sender auf, ihre Gender-Experimente zu beenden. ARD und ZDF seien als „Vorbild und Maßstab für Millionen von Zuschauern, Zuhörern und Lesern“ verpflichtet, geltende Sprachnormen einzuhalten und mit dem Kulturgut Sprache regelkonform, verantwortungsbewusst und ideologiefrei umzugehen. Genutzt hat der Aufruf nur begrenzt etwas. Zahlreiche Journalisten der mit Zwangsgebühren finanzierten Sender scheren sich nicht um die Wünsche des Publikums.

Einige Medien mussten indes einen Rückzieher machen. Der Berliner „Tagesspiegel“ hat nach zahlreichen Abo-Kündigungen die Gender-Sternchen in Texten wieder abgeschafft. „Der Druck des Geldes und der Druck von unten wirkt“, meint VDS-Chef Walter Krämer. Letztlich reagiere die Kulturelite nur auf Druck. Deshalb unterstützt sein Verein auch die Bürgerinitiativen in mehreren Bundesländern.

In Niedersachsen hat sich jüngst die Volksinitiative „Stoppt die Gendersprache!“ gebildet. Sie sammelt Unterschriften, um den Landtag zu zwingen, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. In Hamburg hat eine Volksinitiative schon erfolgreich 10.000 Unterschriften gesammelt. Wenn die rot-grün dominierte Bürgerschaft wie erwartet kein Anti-Gender-Gesetz vorlegt, könnte die Initiative in diesem Sommer mit den Unterschriften von 66.000 Bürgern ein Volksbegehren anstoßen.

ISLAM

IS-Ableger plante Anschläge in Deutschland

Kämpfer kamen als Flüchtlinge getarnt ins Land – Faeser will Grenzkontrollen während Fußball-EM

Lange Zeit schienen die Gräueltaten des Islamischen Staates (IS) weit entfernt. Dass der ideologische Kopf des deutschen IS-Ablegers, Abu Walaa, der derzeit eine achtjährige Gefängnisstrafe absitzt, womöglich nicht abgeschoben werden kann, war nur eine Randnotiz wert. Der Mann hat sieben Kinder, und die müssen versorgt werden.

Seit dem Terroranschlag in Moskau sind die deutschen Behörden alarmiert. Das hat vor allem mit der bevorstehenden Fußball-Europameisterschaft im Sommer zu tun. In den Blickpunkt ist dabei die militante Gruppe „Islamischer Staat Provinz Khorasan“ (ISPK) geraten, die den Terroranschlag von Moskau für sich reklamiert hat und die über einen Ableger in Deutschland verfügt. Im September 2022 wurden zwei junge Männer im Sauerland und in Bremerhaven verhaftet, die eine

ISPK-Gruppe in Deutschland gründen wollten. Sie hatten im Internet nach Mitstreitern gesucht.

Im vergangenen Sommer wurden sieben mutmaßliche Mitglieder einer radikalislamischen terroristischen Vereinigung in Nordrhein-Westfalen festgenommen. Laut der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe hatten sie das Ziel, „in Deutschland öffentlichkeitswirksame Anschläge“ im Sinne des Islamischen Staates zu verüben. Bei den Festgenommenen handelt es sich um jeweils einen turkmenischen und kirgisischen sowie fünf tadschikische Staatsangehörige. Sie seien kurz nach Beginn des Krieges aus der Ukraine nach Deutschland eingereist.

Sicherheitsbehörden haben seit geraumer Zeit festgestellt, dass der IS daran arbeitet, eigens ausgebildete Kämpfer als

Flüchtlinge getarnt in westliche Länder zu schicken. In der Weihnachtszeit hatten ausländische Dienste Informationen weitergeleitet, gemäß denen islamische Extremisten Anschläge in Köln oder Wien planten. Der Palästina-Konflikt habe diese Tendenz noch verstärkt.

Rückkehr zu klassischen Methoden

Das „Counter Extremism Project Deutschland“ (CEP), eine multinationale Nichtregierungsorganisation, die sich der Terrorismusbekämpfung verschrieben hat, glaubt, „dass der IS und sein Ableger ISPK zur klassischen Terrormethode zurückkehren, die Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre durch Al-Kaida berüchtigt wurde“. Auch wenn die Bedrohung durch islamische Terroristen in den vergangenen Jahren kein großes Thema

mehr war, haben sich die Anzeichen über neue Aktivitäten auf europäischem Boden verstärkt. Der ISPK nehme „vermehrt Anschlagssziele außerhalb seines bisherigen Einflussbereichs in den Blick und versucht, sein Netzwerk bis nach Europa auszubauen“, teilte die Bundesregierung im Februar auf eine Parlamentarische Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion mit.

Innenministerin Nancy Faeser (SPD) ließ nun verlauten, die Sicherheit im Lande habe bei der anstehenden Fußball-EM höchste Priorität. „Wir werden während des Turniers an allen deutschen Grenzen vorübergehende Grenzkontrollen vornehmen, um mögliche Gewalttäter an der Einreise hindern zu können“, sagte sie. Was mit denen passieren soll, die längst eingewandert sind, sagte die Ministerin nichts. **Peter Entinger**

VERWALTUNG

Politik vertrödelt die Digitalisierung

Beispiel „E-Akte“ des Landes Berlin: Der Starttermin musste schon mehrfach verschoben werden

VON HERMANN MÜLLER

Rund 7000 Stellen sind in der Berliner Verwaltung schon jetzt nicht mehr besetzt. Und bis 2030 rollt auf den öffentlichen Dienst zudem noch eine riesige Pensionierungswelle zu. In dieser Lage hat Berlins Finanzsenator Stefan Evers (CDU) bereits vergangenes Jahr die Künstliche Intelligenz als eine Möglichkeit ausgemacht, die Berliner Verwaltung zu entlasten. „Grundsätzlich müssen wir sicherstellen, dass wir in Zukunft auch mit weniger Personal arbeitsfähig bleiben“, so Evers bei der Vorstellung seines „Personalentwicklungsprogramms 2030“ im vergangenen Jahr.

Das Potential, durch eine Digitalisierung die notorisch überlastete Berliner Verwaltung zu entlasten, ist tatsächlich extrem groß. Allein die Möglichkeit, seinen Wohnsitz digital anzumelden, kann nach Schätzungen des Senats die Bürgerämter jährlich von etwa einer halben Million Terminen befreien. Berlin bietet mittlerweile mehr als 250 Dienstleistungen an, die Bürger online erledigen können. Beim Kernstück der Digitalisierung der Verwaltung, der Einführung einer digitalen Verwaltungsakte, hat die Hauptstadt jedoch massive Probleme.

Sogar mehr statt weniger Arbeit

Den Starttermin für die flächendeckende Einführung der E-Akte musste der Senat bereits mehrmals verschieben. Zwischenzeitlich gab es sogar Befürchtungen, dass das Projekt vor dem völligen Scheitern steht und der Auftrag neu ausgeschrieben werden muss. Vergangenen Herbst meldeten mehrere Senatsverwaltungen, dass im Zuge der Umstellung auf die E-Akte Hunderte Dateien verschwinden seien. Berlin-Mitte, lange Zeit Vorreiter bei der Verwaltungsdigitalisierung, stoppte im Sommer 2023 sogar die Verwendung der E-Akte.

Statt Entlastung und Vereinfachung hatte die E-Akte für die Beschäftigten in der Verwaltung sogar Mehrarbeit gebracht. Per „E-Government-Gesetz“ hat sich Berlin selbst das Ziel gesetzt, die elektronische Akte bis Anfang des Jahres 2025 in der ganzen Stadt einzusetzen. Wie unlängst der Berliner „Tagesspiegel“ berichtete, muss jedoch auch dieser Start-



Kommt nicht in Gang: Senatorin Iris Spranger (SPD) beim Start der Digitalen Akte in Berlin-Mitte Foto: imago/Funke Foto Services

termin mittlerweile als unrealistisch gesehen werden.

Berlin ist mit seinem Problem nicht allein. Insgesamt kommt die Digitalisierung der deutschen Verwaltungen viel zu langsam voran, so das Fazit des Bundesrechnungshofs. Dieser hatte vergangenes Jahr zum Thema Verwaltungsdigitalisierung einen Bericht an den Haushaltsausschuss des Bundestages geschickt. In ihrem Bericht benannten die Rechnungsprüfer als einen Grund für die schleppende Entwicklung die passive Haltung des Bundesinnenministeriums. Aus Sicht des Rechnungshofs muss das von Nancy Paezer (SPD) geführte Ministerium zukünftig seine Rolle als Koordinator für die Verwaltungsdigitalisierung aktiver wahrnehmen.

Konkret befasste sich der Bundesrechnungshof mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Dieses sah eigentlich vor, dass Bund und Länder bereits seit dem 31. Dezember 2022 ihre Verwaltungsleistungen online anbieten müssen. Laut

Rechnungshof waren aber nur 19 Prozent der digitalisierbaren Verwaltungsleistungen online verfügbar. Die Kritik der Rechnungsprüfer scheint bislang zu keiner Verbesserung geführt zu haben.

Die Länder trauen dem Bund nicht

Ein wichtiges Projekt der Ampelregierung, die Novellierung des Onlinezugangsgesetzes, hat am 22. März im Bundesrat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten. In der Ländervertretung hatten die unionsgeführten Bundesländer ihre Zustimmung verweigert. Mit dem Gesetz hatte die Ampelregierung verhindern wollen, dass Bund und Länder parallel Programme entwickeln, die gleiche Verwaltungsaufgaben erfüllen.

Dazu sollten Bund und Länder zunächst einmal in einem gemeinsamen Gremium innerhalb von zwei Jahren gemeinsame Standards entwickeln, die dann für alle Beteiligten verbindlich sein sollten. Ganz offensichtlich gibt es aller-

dings starke Bedenken, ob die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern tatsächlich auf Augenhöhe stattfinden. Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistages, hatte im Vorfeld der Abstimmung im Bundesrat gewarnt: „Das Gesetz will dem Bund eine einseitige Festlegung aller für die Umsetzung erforderlichen Standards erlauben, und zwar ohne wirksame Einbeziehung des IT-Planungsrats und der fachlichen und technischen Expertise aus Ländern und Kommunen. So kann das nicht funktionieren.“

In den Ländern kursieren zudem Zweifel, ob bei Verhandlungen zwischen Bund und Ländern tatsächlich am Ende die beste Lösung herauskommt. Schleswig-Holsteins Digitalisierungsminister Dirk Schrödter (CDU) begründete die Ablehnung im Bundesrat unter anderem damit, dass das Land „seine existierenden und funktionell besseren Infrastrukturen zugunsten einer zentralen Bundeslösung abschalten“ solle.

EINWANDERUNG

Bezirke gehen gegen Asyllager auf die Barrikaden

Der schwarz-rote Berliner Senat kündigt 16 neue Standorte an – Proteststurm ist die Folge

Berlins schwarz-roter Senat hat 16 neue Standorte für Container-Unterkünfte bekannt gegeben. Insgesamt will der Senat in neun Bezirken auf Parkplätzen oder Brachflächen weitere 6130 Plätze zur Unterbringung von sogenannten Flüchtlingen schaffen. Geplant sind ein- bis dreistöckige Containeranlagen, die 2025 und 2026 errichtet werden sollen.

Aus einigen der betroffenen Bezirke kommt nun allerdings scharfe Kritik an der Standortplanung des Senats. In Reinickendorf hat das Bezirksamt nach eigenen Angaben erst aus der Presse erfahren, dass der Bezirk zwei neue Containerstandorte erhalten soll. Mit Hinweis auf das Aufnahmezentrum auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel erklärte das Bezirksamt, bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern an der Spitze in Berlin zu stehen. Bezirksbür-

germeisterin Emine Demirbüken-Wegner (CDU) sprach von einem unabgestimmten Vorpreschen des Senats. Laut Demirbüken-Wegner durchkreuzt der Senat mit seiner Standortwahl einen Plan des Bezirks für einen Gewerbe- und Handelswerkhof am Borsigturm: „Wenn dort ein Container hinkommen sollte, ist das Konzept obsolet“, so die Bürgermeisterin.

Für Lichtenberg im Osten Berlins sieht der Plan des Senats gleich vier neue Standorte für Containerunterkünfte vor. Martin Schaefer (CDU), Bürgermeister des Bezirks, bezeichnete alle vier vorgesehenen Standorte als nicht geeignet. Wie Schaefer erklärte, müsste für eine der geplanten Containerunterkünfte sogar ein zukünftiger Schulstandort dauerhaft wegfallen. Der Bürgermeister sagte, das könne er niemandem im Bezirk erklären. Zudem fordert der CDU-Politiker keine

„einseitige Belastung insbesondere für den Ostteil“, sondern eine gerechte Verteilung über das gesamte Stadtgebiet. Tatsächlich liegen neun der 16 geplanten zusätzlichen Standorte in den östlichen Bezirken der Stadt.

Und es sollen noch mehr werden

Schon bislang liegen die Ostbezirke bei der Unterbringung von sogenannten Flüchtlingen weit vorn. Mit der Standortplanung würde allein im Lichtenberger Stadtteil Hohenschönhausen die Zahl der Asyllagerplätze von sechs auf neun steigen. Lichtenberg würde insgesamt dann 16 solcher Unterkünfte beherbergen. Die Zahl der Unterkunftsplätze in Lichtenberg soll nach dem Willen des Senats um 1600 auf künftig rund 6000 steigen. Gegenüber der „Berliner Zeitung“ erklärte der Lichtenberger Bürgermeis-

ter, der Bezirk leiste jetzt schon seinen Beitrag, ein weiterer Zuwachs wäre auch politisch kaum mehr erklärbar. Er kündigte wegen der Standortplanung eine förmliche Beschwerde bei der Senatsverwaltung für Integration und bei der Senatskanzlei an.

Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) kündigte unterdessen bereits an, dass es bei den beschlossenen 16 Unterkünften nicht bleiben werde: „Es wird sicherlich noch der ein oder andere Standort dazukommen“, so Wegner.

Vom Senat noch nicht beschlossen, aber bereits in Planung ist die Erweiterung der Großunterkunft am früheren Flughafen Tempelhof. Dort will der Senat laut Medienberichten am Columbiadamm ebenfalls Container aufstellen, um Platz für die Unterbringung von weiteren 1000 Personen zu schaffen. H.M.

KOLUMNE

„Rechtes“ Schloss?

VON VERA LENGSELD

An dieser Stelle habe ich vor zwei Jahren über eine von einem notorischen Schlossfeind fabrizierte Kampagne berichtet. Philipp Oswalt, Professor für Architekturtheorie an der Uni Kassel, kam auf die geniale Idee, nach für ihn verlorener Schlacht alle zu diffamieren, die das befördert haben, was er verhindern wollte.

Oswalt wählte das todsichere Mittel der politischen Denunziation: Wichtige Spender für den Wiederaufbau des Berliner Schlosses seien „rechts“. Der gut vernetzte Oswalt machte ganze Arbeit. Es wurde eine Riesenkampagne, viele „Qualitätsmedien“ griffen den angeblichen Skandal auf und verhalfen ihm zu einer unverdienten Öffentlichkeit. Der daraus entstandene Druck wurde so groß, dass sich der Förderverein Berliner Schloss gezwungen sah, eine Anwaltskanzlei zu beauftragen, die alle Spender überprüfte.

Es kam heraus, dass die Verdächtigungen Oswalts praktisch nichts mit der Realität zu tun hatten. Einige Spender waren Konservative und Leute, die noch Anfang dieses Jahrtausends als demokratische Rechte angesehen wurden, als man noch wusste, dass es in einer Demokratie, die diesen Namen verdient, eine demokratische Linke und eine demokratische Rechte gibt und auf beiden Seiten Extreme, die man wohl zu unterscheiden verstand.

Die Schlossfeinde haben den Kampf gegen den Wiederaufbau des zentralen Berliner Gebäudes komplett verloren. Zusätzlich schmerzt sie wohl, dass tausende Besucher in jedem Monat den schönen Abschluss der Prachtstraße Unter den Linden genießen. Nun hat Professor Oswalt einen Aufguss seiner Kampagne in Buchform versucht. Wieder schrieben einige Zeitungen darüber, aber fast nur noch die üblichen Verdächtigen, wie „taz“, „Süddeutsche“, „Spiegel“. Egal: Statt sich darüber zu ärgern, statten Sie dem wunderschön rekonstruierte Stadtschloss lieber einen Besuch ab.

MELDUNG

Ohne Erlaubnis

Berlin – Laut Recherchen des rbb ist auf Berlins Straßen mindestens jedes fünfte Fahrzeug, das über Plattformen wie Uber, Bolt und Freenow buchbar ist, ohne eine Konzession unterwegs. Wie „rbb24“ berichtet, spricht die Kontrollbehörde von „organisierter Kriminalität“. Bei seinen Recherchen war „rbb24“ auf Firmen zur Fahrgastbeförderung gestoßen, die im Handelsregister bereits wieder gelöscht waren, aber weiterhin Fahrten ausführten, die über die Mobilitätsplattformen vermittelt wurden. Bis Ende April will das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten sämtliche Wagen überprüfen. In Berlin konkurrieren 5600 Taxen mit etwa 4400 Fahrzeugen, die über Vermittlungsdienste gebucht werden können. Mindestens weitere 1000 Fahrzeuge sollen ohne Konzession unterwegs sein. Branchenkenner gehen davon aus, dass es sich bei den Fahrern der konzessionslosen Fahrzeuge um Scheinselbstständige oder Bezieher von Sozialleistungen handelt. H.M.

● MELDUNGEN

Mehr Notfälle im Luftverkehr

Saint-Mandé – In den Jahren 2022 und 2023 ist die Zahl bestimmter Notfälle in der Verkehrsflughafen stark angestiegen. So kam es laut Angaben des französischen Fachmagazins „Pilote“ 2022 zu einer deutlichen Zunahme der Verwendung des Transpondercodes 7700 für Luftnotfälle, die nicht aus Flugzeugführungen oder technischen Störungen resultieren, um 272 Prozent. 2023 betrug die Steigerung gegenüber 2021 dann sogar 386 Prozent. Unabhängige Pilotenverbände wie Airliners for Humanity weisen nun darauf hin, dass diese Entwicklung mit der flächendeckenden Durchsetzung von Corona-Pflichtimpfungen für Angehörige des fliegenden Personals in der Luftfahrtbranche der USA, Australiens, der EU und weiterer Industrieländer einhergeht. Und hier besteht wohl tatsächlich ein Zusammenhang, weil Fluggesellschaften aus Staaten mit deutlich geringerer Impfquote keinen solchen Anstieg der Luftnotfälle zu verzeichnen haben.

W.K.

Chinas fünfte Südpol-Station

Peking – Die Volksrepublik China hat ihre fünfte Forschungsstation in der Antarktis eröffnet. Mit der Qiongling Zhan besitzt Peking nun bereits seinen dritten ganzjährig besetzten Vorposten im Südpolgebiet neben der Changcheng Zhan auf King George Island und der Zhongshan Zhan im Prinzessin-Elisabeth-Land. Die neue Station für 80 Personen liegt an der Südspitze von Inexpressible Island in der Terra Nova Bay an der Scott-Küste des ostantarktischen Viktorialandes. Nach Angaben der chinesischen „Global Times“ will man dort ausschließlich ozeanographische, glaziologische, geologische und astrophysikalische Forschungen betreiben. Das US-amerikanische Center for Strategic and International Studies (CSIS) geht allerdings davon aus, dass die Besetzung der Qiongling Zhan auch den Funkverkehr in Australien und Neuseeland abhören und Telemetriedaten von Raketen sammeln soll, deren Flugbahn über die Antarktis führt.

W.K.

Moskau stoppt Briten-Fischer

Moskau – Mitte März hat der russische Präsident ein im Jahr 1956 zwischen der Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnetes Abkommen über Fischerei in der Barentssee gekündigt und mit einem am 12. März in Kraft getretenen Gesetz britischen Fischereischiffen das Fischen in der Barentssee verboten. Duma-Präsident Wjatscheslaw Wolidin begründete den Rückzug Russlands damit, dass das von Nikita Chruschtschow unterzeichnete Abkommen nicht von nationalem Interesse geleitet gewesen sei. Er sagte, dass während der Gültigkeit des Abkommens britische Fischereischiffe Tausende Tonnen Kabeljau und Schellfisch in russischen Gewässern gefangen hätten. Aus westlicher Sicht wird die Kündigung des Abkommens als Reaktion auf die Verschärfung der westlichen Sanktionen gegen Russland nach dem Tod des oppositionellen Politikers Alexej Nawalnyj gewertet.

MRK

TERRORANSCHLAG BEI MOSKAU

Anteilnahme und Schadenfreude

Die Reaktionen auf die Tragödie in der Crocus City Hall fielen äußerst unterschiedlich aus

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach dem Terroranschlag in der Crocus City Hall vor den Toren Moskaus mit bislang 144 Toten bekundeten zahlreiche Staaten ihre Anteilnahme – manche sehr aufrichtig und andere augenscheinlich nur pflichtschuldig. Darüber hinaus wurde teilweise auch offene Schadenfreude geäußert, darunter nicht zuletzt von deutschen Russlandhassern.

Zwei der Reaktionen stachen besonders heraus. Zum einen verurteilten die in Afghanistan herrschenden radikalislamischen Taliban das Attentat und forderten eine „koordinierte, klare und entschlossene Haltung“ gegen den Terror. Zum anderen brauchte es fast zwei Tage, bis eine Pressesprecherin des Weißen Hauses kondolierte. Das stand in deutlichem Kontrast zu den übrigen schnellen Mitteilungen aus

Washington zu dem Geschehen in Moskau. Nur zwei Stunden nach dem Terrorakt vom 22. März verkündete der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates der US-Regierung, John Kirby, die Ukraine habe mit dem Anschlag absolut nichts zu tun. Weitere zwei Stunden später sagte Kirby, am 7. März sei eine Warnung der US-Geheimdienste an Moskau gegangen, dass der Islamische Staat (IS) einen großen Anschlag in Russland plane.

Tatsächlich übernahm der IS kurz darauf die Verantwortung für das Massaker in der Konzerthalle: Über ihren Propagandakanal Wikalat Amaq lil-Anba veröffentlichte die Terrormiliz anonymisierte Bilder der Attentäter und ein Video, dass den Anschlag gegen „tausende Christen“ aus der Perspektive einer Täter-Bodycam zeigte. Bei den vier Dschihadisten soll es sich um Tadschiken gehandelt haben, die dem afghanisch-pakistanischen IS-Ableger

Daesh-Khorasan angehören. Dieser steht in Konkurrenz zu den Taliban und hat auch Russland zu seinem Feind erklärt. Das resultiert aus der Verwicklung Moskaus in den Syrienkrieg sowie dem russischen Vorgehen gegen radikale Moslems im Kaukasus und Zentralasien.

Zweifel an der Version von IS und USA

Allerdings dauerte es nur kurze Zeit, dann verwiesen sowohl russische Stellen als auch kritische Stimmen im Westen auf diverse Umstände, die geeignet sind, Zweifel an der Version des IS und der US-Regierung zu wecken. Wieso agierten die Täter nicht wie üblich als Selbstmordkommando mit Sprengstoffwesten? Warum erhielten die „Glaubenskrieger“ eine Belohnung von 500.000 Rubel pro Kopf wie gewöhnliche Auftragsmörder? Und weshalb flüchteten die nur gebrochen

oder gar nicht russisch sprechenden Attentäter dann nicht direkt ins heimische Tadschikistan, sondern quer durch Russland in Richtung der ukrainischen Grenze, wobei sie gefasst wurden? Letzterer Umstand bewog den Chef des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, Alexander Bortnikow, von einer „ukrainischen Spur“ zu sprechen und den Geheimdienst Kiews zu beschuldigen, den Terroranschlag mit Hilfe der USA und Großbritanniens inszeniert zu haben. Rückendeckung bekam er dabei von dem früheren CIA-Analysten Larry Johnson: „Die USA wussten, dass die Ukraine etwas vorbereitete ... Sie ahnten, was die Ukrainer tun würden ... Das hat dem Weißen Haus eine Heidenangst eingejagt.“

Natürlich reagierte die Ukraine hierauf mit entschiedenem Dementis: Sie habe „niemals terroristische Kriegsmethoden angewandt“ und die Vorwürfe seien „absurd“. Doch ganz so einfach ist die Sache nicht, denn es kämpfen auch islamische Freiwilligenverbände auf Seiten Kiews. Dazu zählen das Scheich-Mansur-Bataillon, das Dschochar-Dudajew-Bataillon und das Bataillon Imam Schamil. Ebenso wechselten ehemalige IS- und Al-Kaida-Leute wie Abdul Hakim al-Shishani aus Syrien in die Ukraine.

Und es wurde Kiew ja auch immer wieder angeraten, „den Krieg nach Russland zu tragen“. Dergestalt äußerte sich unter anderem der deutsche CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter, der nun freilich genau wie viele andere Kreml-Kritiker über eine „False-Flag-Operation“ Moskaus orakelt: Könnte hinter dem Anschlag nicht vielleicht der FSB stecken?

Immerhin – so der ukrainische Präsidentenberater Mychajlo Podoljak – gebe es zahlreiche, höchst verdächtige Ungeheimheiten rund um die Bluttat. So seien sämtliche Metalldetektoren an den Eingängen zu der Halle außer Betrieb gewesen und die Antiterror-Einheiten erst ungewöhnlich spät am Ort des Geschehens eingetroffen.

Dahingegen geht der deutsche Russland-Experte Jan Behrends vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam von einem Versagen der russischen Sicherheitsorgane aus: Diese seien zu stark auf den Krieg in der Ukraine fixiert gewesen und hätten deshalb die Bekämpfung der radikal-islamischen Gefahr im eigenen Lande vernachlässigt.



„Stoppt Putins Terror“: Anhänger des auf Seiten der Ukraine kämpfenden Dschochar-Dudajew-Bataillons protestierten bereits 2016 in Kiew gegen Putins Politik

Foto: action press

IMMIGRATION

Wie Dänemark illegale Einwanderung verhindert

Abschreckende Maßnahmen und Konsequenz – Seit 2022 geht die Zahl der Asylanträge zurück

Es ist ruhig geworden um Jens Spahn. Die Blütenräume vom CDU-Vorsitz zerplatzen und als stellvertretender Fraktionsvorsitzender wird dem ehemaligen Gesundheitsminister, der zu Corona-Zeiten quasi omnipräsent war, keine große Öffentlichkeit zuteil. Spahn, dem schon immer ein nahes Verhältnis zur Springer-Presse nachgesagt wurde, suchte sich ausgerechnet die „Bild“-Zeitung aus, um eine „Null-Migration“ für Deutschland zu fordern. Die solle sich allerdings auf die irreguläre Zuwanderung beziehen. Spahn sprach sogar von einer mehrjährigen Pause.

Irreguläre Migration verstößt per se gegen das Gesetz, allerdings haben Juristen nicht ganz zu Unrecht darauf hingewiesen, dass das Recht auf Asyl im Grundgesetz verankert sei und jeder Antrag erst einmal geprüft werden müsse. Und so

kommt es zu der absurden Situation, dass sich illegal Eingereiste während des laufenden Asylverfahrens gar nicht illegalerweise im Land aufhalten. Entsprechend schwer ist eine statistische Einordnung.

Absurde Situation in Deutschland

Von mindestens 180.000 Illegalen ist manchmal die Rede, andere Quellen gehen von nahezu einer Million aus. Die Wahrheit dürfte wohl irgendwo in der Mitte liegen. Neidisch schaut man nicht nur in der Bundesrepublik Richtung Dänemark. Dort hat ausgerechnet eine sozialdemokratische Regierung einen Umschwung in der Migrationspolitik herbeigeführt. Dort „gehen“ mittlerweile Dinge, die in der Bundesrepublik als nicht durchführbar gelten. Abschiebungsbescheide werden konsequent umgesetzt, zudem

erlaubt es ein sogenanntes Schmuckgesetz der Polizei, Asylbewerbern Wertsachen abzunehmen.

Besonders interessant ist ein Gesetz, das die Ghetto-Bildung unterbinden soll. Demnach dürfen nicht zu viele „nicht-westliche Ausländer“ in einem Stadtteil leben, um zu verhindern, dass Parallelgesellschaften entstehen. In Deutschland würde diese Vorgehensweise wohl als rassistisch gelten, in Dänemark stößt die Regierung mit diesen Maßnahmen auf breite Zustimmung. Regierungschefin Mette Frederiksen ging gar so weit, dass sie für eine Politik der geschlossenen Grenzen im Ausland eintrat.

Im Nahen Osten wurden Anzeigen geschaltet, dass eine Einreise nach Dänemark aus nicht-touristischen Gründen nicht erwünscht sei. Die Erfolge können

sich sehen lassen. Zwar sagen Experten, dass Maßnahmen wie das Schmuckgesetz eher symbolischen Charakter hätten, da sie in der Realität kaum umsetzbar seien. Doch unterm Strich stimmt das Ergebnis. Nach 2022 haben 4597 Menschen Asyl in Dänemark beantragt, in Deutschland waren es mehr als 244.000. Zum Vergleich: Deutschland hat zwar rund 14 Mal so viele Einwohner wie Dänemark, aber 53 Mal mehr Asylbewerber.

Im Jahr 2019 setzten die dänischen Sozialdemokraten in einer Minderheitenregierung auch auf Druck der rechten Dansk Folkeparti (DF) die neuen Einwanderungsregeln durch. Frederiksen verbuchte das Thema für sich. Das Resultat: Ihre Umfragewerte legten seitdem deutlich zu, die DF verschwand nahezu in der Bedeutungslosigkeit.

Peter Entinger

VON HERMANN MÜLLER

Mit der Abschaltung seiner drei letzten Kernkraftwerke Mitte April 2023 hat sich Deutschland auf einen Sonderweg begeben. Schon im vergangenen Dezember hatten die Vereinten Nationen auf der Weltklimakonferenz in Dubai die Kernkraft in ihre Auflistung der Klimaschutztechnologien aufgenommen. Auf dem Klimagipfel kündigten die USA und 21 andere Staaten zudem an, ihre Kapazitäten zur Erzeugung von Nuklearenergie bis 2050 zu verdreifachen.

Unter der Führung Frankreichs haben sich vor rund einem Jahr elf europäische Staaten zu einer Allianz zusammengetan, die bei der Nutzung und Erforschung der Kernenergie zusammenarbeiten wollen. Kurz vor Ostern hat sich die Europäische Nuklearallianz erneut zu einem Gipfel in Brüssel getroffen. Diese Allianz ist mittlerweile auf 14 Staaten angewachsen. Zum Gipfel angereist waren zudem Vertreter anderer Staaten, etwa Chinas Vizepremier sowie der japanische Außenminister.

Beteiligt sind nun auch die Niederlande und Belgien, die ihre Kernkraft-Ausstiegspäne wieder aufgegeben haben. Belgien, das derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, war es auch, das zusammen mit der Internationalen Atomenergiebehörde zu dem Gipfel für Atomenergie nach Brüssel eingeladen hatte. Beschlossen hat die Nuklearallianz auf ihrem Treffen den Aufbau einer unabhängigen, europäischen, nuklearen Lieferkette.

Allianz unter französischer Führung

Wie dringend dies ist, zeigt sich an der Sanktionsliste der EU gegen Russland. Diese umfasst Erdgas, Öl und Kohle, nicht aber Uran. Wie Daten der Statistikbehörde Eurostat zeigen, haben sich die Importe von russischen Nuklearbrennstoffen in die EU im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2022 sogar mehr als verdoppelt. Im Jahr 2022 zahlten EU-Staaten für nukleare Brennstoffe insgesamt 280 Millionen Euro an Russland, vergangenes Jahr betrug die Summe sogar 686 Millionen Euro. Das Gewicht der Importe wuchs von 314 auf 573 Tonnen. Hauptabnehmer waren Tschechien und die Slowakei. Auch Bulgarien, Ungarn und Finnland sind stark auf russische Uranlieferungen angewiesen.

Die Euratom-Versorgungsagentur erklärt den massiven Anstieg der Russlandimporte mit Bemühungen von Abnehmern in der EU, sich für den Fall der Verschärfung von Sanktionen einen Vorrat an Brennstoffen zuzulegen. Auch die Importe der USA von nuklearen Brennstoffen stiegen im vergangenen Jahr auf ein Rekordhoch von 1,2 Milliarden Dollar. Der



Belgien und die Niederlande beteiligen sich an der europäischen Nuklearallianz: Kühltürme des Kernkraftwerks Tihange an der Maas

ENERGIEVERSORGUNG

Viele Staaten setzen auf einen Neustart der Kernkraft

Während Deutschland einen Sonderweg geht, weitet sich die Europäische Atomkraft-Allianz weiter aus – Experten warnen vor zu viel Optimismus

Wert dieser Importe legte damit im Vergleich zu 2022 um 40 Prozent zu. Die Biden-Regierung hat inzwischen die Weichen gestellt, um die Uran-Förderung in den USA und die heimische Herstellung von nuklearem Brennstoffmaterial anzukurbeln. Branchenexperten gehen allerdings davon aus, dass die Abhängigkeit von russischen Importen noch Jahre andauern wird.

Mit Ausnahme von Ungarn sehen sich auch die europäischen Abnehmerländer nach Alternativen zum Lieferanten Rosatom um. Frankreich droht allerdings, einen wichtigen Uranlieferanten zu verlieren. Die 56 französischen Reaktoren laufen unter anderem mit Uran aus dem Niger. Mit dem Machtwechsel im Niger können diese Lieferungen zum Erliegen kommen.

Vereinbart haben die Staaten der europäischen Atomallianz auch, ihre gemeinsame Forschung an der zivilen Nutzung der Kernkraft zu verstärken. Dabei wird es insbesondere um die neue Generation von kleinen Reaktoren gehen. Nach den Vorstellungen von Herstellern wie Rolls-Royce oder Hyundai Engineering soll die neue Generation von Reaktoren wie am Fließband vorgefertigt und dann zum Einsatzort transportiert werden. Dies ist eine Reaktion auf die Erfahrungen mit Großprojekten im Nuklearbereich. Bei den Mammutprojekten kommt es immer wieder zu Kostenexplosionen und Bauzeitüberschreitungen.

Intensive Forschung beschlossen

Zum Jahresanfang gab der Energiekonzern Électricité de France (EDF) bekannt, dass

das Projekt Hinkley Point C in Südengland erst zwischen 2029 und 2031 in Betrieb gehen wird. Ursprünglich sollten die beiden Reaktoren am Bristolkanal schon 2023 ans Netz gehen. Die Kosten hatte EDF mit 21 Milliarden Euro kalkuliert, nun ist von 38 Milliarden Euro die Rede.

Trotz der Bemühungen vieler Staaten, eine nukleare Renaissance einzuleiten, warnen Branchenexperten vor allzu unrealistischen Erwartungen. Ian Edwards, Chef des großen kanadischen Anlagenbauers „AtkinsRéalis“ mahnte etwa in der „Financial Times“: „Kunden, Regierungen und auch wir selbst als Akteure in der Industrie ... wir sind alle zu optimistisch geworden.“ Edwards forderte in diesem Zusammenhang alle Beteiligten auf, sowohl die Planungen als auch die Umsetzung neuer Nuklearprojekte zu verbessern.

GOLDPREIS

Warum das Edelmetall derzeit so viel kostet

Staaten und Anleger investieren in Gold – Künftige Entwicklung ist allerdings umstritten

Der Goldpreis bewegt sich im Moment nur in eine Richtung, nämlich nach oben. Allein seit Anfang Februar betrug das Plus gut zehn Prozent. Das ist extrem ungewöhnlich, da hohe Zinsen, wie sie derzeit winken, eigentlich als „Feind des Goldes“ gelten, denn das Halten von physischem Gold wird in Hochzinsphasen unattraktiv. Und genauso war es auch, als im Juli 2022 der Zinsanstieg einsetzte: Kurz darauf fiel der Goldpreis auf rund 1500 Euro pro Feinunze. Jetzt liegt er bei über 2000 Euro, obwohl die Zinsen noch weit höher sind. Das resultiert aus vier Gründen.

Zum Ersten spekulieren viele Anleger darauf, dass die großen Notenbanken wie die Federal Reserve in den USA und die Europäische Zentralbank im Verlaufe dieses Jahres die Zinsen wieder deutlich sen-

ken, da die Inflation zurückgegangen ist. Dann könnte der Goldpreis noch stärker steigen, weshalb es ratsam erscheint, jetzt zu kaufen.

Zum Zweiten erwerben die Zentralbanken momentan selbst viel Gold, was den Preis konstant hoch hält. Laut dem Branchenverband World Gold Council kauften die Geldinstitute 2023 rund 1037 Tonnen mehr Gold, als sie veräußerten. Und im Januar dieses Jahres kamen bereits wieder 39 Tonnen hinzu. An erster Stelle stand die türkische Zentralbank mit zwölf Tonnen, gefolgt von der chinesischen mit zehn Tonnen und der indischen mit neun Tonnen.

Zum Dritten resultiert der hohe Goldpreis auch aus der anhaltend starken Nachfrage nach dem Edelmetall in fast aller Welt. Die beiden Kriege in der Uk-

raine und im Gazastreifen heizten die privaten Goldkäufe an, da Gold den Ruf genießt, in politisch und wirtschaftlich unruhigen Zeiten ein sicherer Hafen zu sein. Allerdings verfielen die deutschen Anleger zumeist nicht in diesen krisenbedingten „Goldrausch“. Vielmehr kam es hierzulande im Laufe des Jahres 2023 zu einem Rückgang der Investitionen in Gold. Die Deutschen standen also eher auf der Verkäufer- als der Käuferseite. Viele hatten 2022 zu relativ günstigen Preisen Gold erworben und stießen es nun nach dem obligaten Jahr Wartezeit, durch das keine Steuern auf die Kursgewinne anfallen, zum deutlich höheren Preis ab.

Und zum Vierten grassiert unter den Anlegern angesichts der starken Steigerungen beim Goldpreis die Angst vor ei-

nem Verlust zukünftiger Gewinne im Falle des Verzichts auf den Kauf von Gold. Dabei ist derzeit aber vollkommen unklar, was das Edelmetall künftig kosten wird, denn die Experten liefern hierzu drei ganz unterschiedliche Szenarien.

Laut den Prognosen der Analysten etlicher Großbanken könnte der Goldpreis 2024 bis auf rund 2300 Euro pro Feinunze steigen. Dagegen erwartet Thu Lan Nguyen von der Commerzbank keine weitere Aufwärtsbewegung, sondern Stagnation. Fachleute wie Frank Schallenberg von der Landesbank Baden-Württemberg warnen vor einer schwachen Konjunktur-entwicklung rund um den Globus, welche unter anderem den Kauf von Goldschmuck in Asien bremse und sich damit negativ auf den Goldpreis auswirke.

Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

Investoren meiden China

Peking – Die Summe der ausländischen Direktinvestitionen in der Volksrepublik China ist im Januar/Februar 2024 auf umgerechnet 27,6 Milliarden Euro gesunken, was ein Minus von 19,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum darstellt. Damit hält der Abwärtstrend auf diesem Gebiet den achten Monat in Folge an. Als Ursache hierfür gelten vor allem die politische Unsicherheit und diskriminierende Vorschriften im Reich der Mitte, welche die Unternehmen zunehmend veranlassen, eher in Indien oder den ASEAN-Mitgliedstaaten zu investieren. Besonders negativ wirken sich die vielfältigen Querelen mit den USA und das neue Antispy-Gesetz aus. Die Regierung in Peking reagierte auf diese Entwicklung mit verstärkten Bemühungen um eine „Schönwetterpolitik“ gegenüber Washington und der Verabschiedung eines Aktionsplanes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse. Beobachter zweifeln allerdings am Erfolg derartiger Maßnahmen. W.K.

Australien schließt Banken

Perth – Die Bankwest, eine Tochtergesellschaft der Commonwealth Bank of Australia (CBA), die zu den vier größten Banken Australiens gehört, hat angekündigt, bis Oktober alle Filialen im Lande zu schließen und ihr Geschäft künftig auf rein digitaler Basis zu betreiben. Damit setzt sich die Wende hin zur bargeldlosen Gesellschaft in Australien fort, in deren Rahmen während der letzten drei Jahre bereits jeder dritte der vormals rund 11.400 Geldautomaten entfernt wurde und 500 Filialen der großen Finanzinstitute CBA, Westpac Banking Corporation (WBC), Australia and New Zealand Banking Group (ANZ) und National Australia Bank (NAB) verschwunden sind. Währenddessen stieg der Umfang der Zahlungen mittels digitaler Geldbörsen von 746 Millionen auf 93 Milliarden Australische Dollar. Dennoch wollen viele Kunden der Bankwest nun zu anderen Geldinstituten wechseln, weil sie die aufgezwungene Komplettdigitalisierung ablehnen. W.K.

Rückgang des Pellet-Exports

Moskau – Russland verbucht große Verluste auf dem Pellet-Markt. Im Jahr 2022 exportierte das Land laut Future Metrics, dem führenden Beratungsunternehmen im Holzpellet-Sektor, 578.803 Tonnen Pellets, was einem Rückgang von 74 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Vor der Verhängung der Sanktionen gehörten Dänemark, Belgien und Südkorea zu den größten Importeuren russischer Pellets, die über die Ostsee auf den europäischen Markt gelangten. Zuvor hatte Moskau seine Lieferungen noch auf England, die Niederlande und andere EU-Staaten ausweiten können. 2021 betrug der Wert der Exporte in die EU 320 Millionen US-Dollar. In die frei gewordene Nische drängten vor allem amerikanische Hersteller. Zunächst hatte die Verknappung des Angebots für einen Preisanstieg um 82 Prozent geführt, seit ihrem Höchststand im September 2022 sind sie aber wieder um 62 Prozent gefallen. MRK

ANALYSE

Erdogans Wahldebakel

BODO BOST

Bei den Kommunalwahlen in der Türkei ist es der Opposition gelungen, dem Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und seiner Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) die empfindlichste Niederlage seiner langen politischen Karriere beizubringen. Erdoğan misslang nicht nur der Versuch, die Kontrolle über die sechs größten türkischen Städte zurückzugewinnen, er hat auch die Hälfte der Landbevölkerung verloren.

Ankaras Oberbürgermeister Mansur Yavaş von der oppositionellen kemalistischen und sozialdemokratischen Republikanischen Volkspartei (CHP) wurde mit fast 60 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Sein Herausforderer von der AKP bekam nur 33 Prozent. Yavaş' Parteifreund Ekrem İmamoğlu konnte Istanbul mit 51 Prozent verteidigen. Erdogans ehemaliger Minister für Umwelt und Stadtplanung, Murat Kurum, musste sich mit 40 Prozent zufriedengeben. Dabei hatte Erdoğan sein ganzes politisches Gewicht für Kurum in die Waagschale geworfen.

Erdogan, der selbst nicht zur Wahl stand, führte offen Wahlkampf an der Seite seines ehemaligen Umweltministers in Istanbul, der Kulturhauptstadt der Türkei, deren Bürgermeister er in den 1990er Jahren selbst gewesen war und in der sein Aufstieg zur Alleinherrschaft begonnen hatte. Noch einen Tag vor der Wahl hielt Erdoğan drei Versammlungen in Istanbul ab und besuchte demonstrativ die Hagia Sophia, die der Präsident vor drei Jahren wieder zur Moschee umfunktionieren ließ. Die türkischen Wähler ließen sich von diesen Werbe- und Kraftposen ihres Langzeitherrschers nicht beeindrucken, der die beiden letzten Wahlsiege als Präsident nur den Deutschtürken zu verdanken hatte, die ihn mit übergroßer Mehrheit und mit wahlrechtlichen Tricksereien knapp an der Macht hielten

Massive Geldentwertung

İmamoğlu gelang es, die Spaltungen innerhalb der Opposition zu überwinden, und dies obwohl ihm die Medien wenig Raum ließen, sich der breiten Masse zu präsentieren. Doch die Hartnäckigkeit, mit der Erdoğan versucht hat, ihn zu diskreditieren, hat offenbar nicht ausgereicht. Die Wiederwahl des derzeitigen Bürgermeisters von Istanbul, der

wirtschaftlichen Lunge des Landes, macht diesen nun zum Favoriten bei den Präsidentschaftswahlen 2028. Aber in den vier Jahren bis dorthin droht der Türkei ein gefährlicher Stillstand, den Erdoğan nutzen wird, um seinen Nachfolger im Kreise seiner Schwiegersöhne aufzubauen, damit er selbst nach seinem Machtantritt straffrei ausgehen wird für seine ungezählten Verfassungs- und Rechtsbrüche.

Millî-Görüş-Bewegung

Die CHP konnte diesmal neben den großen Städten auch die Hälfte der Provinzen sogar in Anatolien für sich gewinnen, eigentlich traditionelle Hochburgen von Erdogans AKP. Die prokurdische Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker (DEM Parti) ging als Siegerin in den großen Städten im Südosten mit kurdischer Mehrheit hervor – darunter Diyarbakir, die informelle Hauptstadt der Kurden in der Türkei –, und dies, obwohl sie kaum Werbung machen durfte und mehr als die Hälfte ihrer Führer wegen Präsidentenbeleidigung in Haft sitzt.

61 Millionen Wähler der insgesamt 85 Millionen Einwohner der Türkei bestimmten im ganzen Land ihre Bürgermeister, aber auch Stadträte, Bezirksbürgermeister und Muhtars (Vorsteher von Stadtvierteln). Die Wahlbeteiligung betrug 76 Prozent und damit nur ein Dutzend Prozentpunkte mehr als die Inflation. Diese massive Geldentwertung, die Erdoğan mit einer islamischen Wirtschaft bekämpfen wollte, kostete die erfolgsverwöhnte AKP viele Sympathien und Stimmen. Zusätzlich Gegenwind erhielt Erdogans nationalistisch-radikal-islamische Partei diesmal aus der Millî-Görüş-Bewegung von der neuen ebenfalls radikal-islamischen Neuen Wohlfahrtspartei. Die AKP konnte nicht mehr wie früher die neue Bildungsbürgerschicht in den Städten erreichen.

Die AKP, die ursprünglich neoliberale Werte verfolgte, hat sich zu einer autoritären, ultranationalistischen und radikal-islamischen Partei gewandelt und wurde jetzt abgewählt. Aber die Türken müssen sie noch vier lange Jahre lang erdulden. Die Deutschen werden wird die in dieser Zeit sicher weitergehenden Eskapaden Erdogans bezahlen müssen, denn die Türken stellen schon jetzt die zweitgrößte Gruppe unter den Asylsuchern in Deutschland.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2504 0000 0634 2307 01, BIC: COBADE33XXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2501 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDE33 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51**Internet:** www.paz.de**E-Mail:**
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:**
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Agieren gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung: Haldenwang und Faeser

Foto: pa/Metodi Popows

KOLUMNE

Den Staat geentert

FLORIAN STUMFALL

Seit Langem erlebt die Öffentlichkeit den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, als engagierten Teilnehmer öffentlicher politischer Debatten. Dabei drängt sich aber bei manchem der Eindruck auf, ein weisungsgebundener Beamter, vor allem der Chef einer so sensiblen Behörde, wie es der Verfassungsschutz ist, täte gut daran, sich zurückzunehmen und die aktuelle politische Auseinandersetzung anderen zu überlassen, zumindest nach außen hin.

Natürlich belässt es Haldenwang nicht bei Einlassungen und Diskussionsbeiträgen. Vielmehr hat er in seinem Haus eine Umstrukturierung vorgenommen und einen scheinbar völlig neuen Tätigkeitsbereich geschaffen, nämlich die Beobachtung einer „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“, die gegen „die Sicherheit des Bundes sowie gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, speziell gegen das Demokratieprinzip“, gerichtet sei, so die Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage vom August des vergangenen Jahres.

Hier bereits staunt der Leser, und er stockt zunächst einmal. Denn eines ist unstrittig, nämlich, dass die Beobachtung aller Bestrebungen gegen die „die Sicherheit des Bundes sowie gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung“ von jeher den konstitutiven Bestand des Verfassungsschutzes bildet als eine seiner grundlegenden Aufgaben überhaupt. Ohne diesen Auftrag ist ein Verfassungsschutz nicht vorstellbar. Dafür muss man keinen neuen „Phänomenbereich“ einrichten. Wenn man es dennoch tut, setzt man sich dem Verdacht aus, man habe diese den Verfassungsschutz kennzeichnende Pflicht zu erfüllen bisher versäumt.

Eine Erklärung für die Benennung einer Selbstverständlichkeit als neuen Aufgabenbereich mag in der Fortführung der Antwort der Bundesregierung zu finden sein. Sie spricht von Bestrebungen, „die durch die systematische Verunglimpfung und Verächtlichmachung des auf der freiheitlich demokratischen Grundordnung basierenden Staates und seiner Institutionen beziehungsweise Repräsentanten geeignet sind“, das Vertrauen der Bevölkerung zu erschüttern. Hier aber ist, fast unkenntlich, ein schwerwiegender Schritt getan.

Zum einen ist vom Schutz des Staates und seiner Institutionen die Rede, im selben Satz aber auch von seinen Repräsentanten. Damit wird eine Gleichstellung von Politikern mit Verfassungsorganen vollzogen, beide stünden demgemäß in derselben Weise unter dem Schutz, welchen die Treuepflicht der Bürger gegenüber dem Staat begründet. Doch dies wäre von Grund auf unzulässig. Eine Verfassung steht in ihrer rechtlichen Bedeutung weit über den Zuständigkeiten und Privilegien von Politikern, die ihr Amt auf Widerruf innehaben. Und nicht einmal eine Verfas-

chung“. Damit können leicht verschiedene Mittel der sprachlichen Auseinandersetzung und Kritik kriminalisiert werden: Sarkasmus, Ironie, schwarzer Humor. Künftig wird sich, mehr noch als bisher, mancher zweimal überlegen, was er öffentlich kundtut. Ein Zweites verschärft noch die Gefahrenlage für die Bürger. Das sind die weitem eingerichteten Meldestellen für Anzeigen, über die politisch unkorrektes Verhalten zur Kenntnis der Behörden gebracht werden kann, bei Bedarf auch anonym.

An diesem Punkt gesellt sich zur neuen Aufgabenstellung des Verfassungsschutzes Innenministerin Faesers proklamierter „Kampf gegen Rechts“. Beides bildet eine politisch-strategische Einheit. Auch hier öffnet eine Unklarheit der Begriffe die Möglichkeit zur Einschränkung der politischen Bewegungsfreiheit. In einer Atmosphäre, in welcher die Feststellung, dass es nur zwei biologische Geschlechter gibt, als Zeichen von Rechtsextremismus gewertet wird, ist der politische Spielraum für alle bürgerlichen Kräfte stranguliert.

Es geht gar nicht mehr um Meinungsfreiheit – es geht bereits darum, ob es erlaubt ist, Tatsachen zu benennen. Insofern ist es bezeichnend, dass die Einrichtung von Haldenwangs neuer Speerspitze unter anderem mit den zurückliegenden Demonstrationen gegen die Corona-Politik der Bundesregierung begründet wird. Rückblickend kann man zwar feststellen, dass sich von den damaligen Vorwürfen gegen die Politik der Bundesregierung sehr viel als zutreffend erwiesen hat, was aber die Innenministerin nicht daran hindert, die damaligen Einwände mit dem Odium der Verfassungsfeindlichkeit zu belegen.

Als Zeuge dafür, wie bedenklich diese Entwicklung ist, mag ein prominenter Vertreter einer der Ampel-Parteien dienen, Wolfgang Kubicki (FDP): „Aus dem Kampf gegen rechts scheint ein Kampf gegen das Recht zu werden. Ich hätte mir nie träumen lassen, dass eine sozialdemokratische Innenministerin selbst zu einer Gefahr für die Demokratie wird.“ Insgesamt aber bleiben zwei Fragen offen. Was geschieht, wenn ein AfDler durch Nazi-Vergleiche verächtlich gemacht wird? Und, zweitens, wenn sich ein grüner Minister durch unqualifizierte Aussagen selbst verächtlich macht?

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Wenn Feststellungen als Zeichen von Rechtsextremismus gewertet werden, ist der Spielraum für alle bürgerlichen Kräfte stranguliert

sung ist gefeit gegen Kritik. Wäre sie es, so hätte das Grundgesetz nicht seit 1949 über 50 Mal geändert werden können.

Der neue Phänomenbereich des Herrn Haldenwang, der freilich in enger Übereinstimmung mit Innenministerin Nancy Faeser vorgeht, lässt mit der Gleichsetzung des Schutzbedürfnisses von Staat und Politikern eine fatale Entwicklung erkennen, dass sich nämlich die Angehörigen der politischen Kaste über die Bürger erheben, deren Angestellte und Beauftragte sie in Wirklichkeit sind. Doch sie erhalten so einen nicht gerechtfertigten Sonderstatus. Hier wird die Unterscheidung zwischen dem Staat als abstrakter Größe mit Rechtscharakter und konkret handelnden Personen aufgehoben. Eine wesentliche Errungenschaft der Aufklärung wird so abgeschafft. In letzter Folge führt das zum Ausspruch des französischen Königs Ludwigs XIV., der erklärt hat: „Der Staat bin ich!“ Dies aber ist Ausdruck einer autoritären Ordnung.

Was die neue Ausrichtung des Verfassungsschutzes im Vollzug so gefährlich macht, ist die Dehnbarkeit und Ungenauigkeit verschiedener Begriffe, etwa „Verunglimpfung“ oder „Verächtlichma-

Mit Herzblut geschaffen

„Vielfalt, Sprengkraft und Modernität“ einer Künstlerin aus Königsberg – Das Frankfurter Städel-Museum feiert Käthe Kollwitz

VON VEIT-MARIO THIEDE

Die Arbeiten der Königsbergerin Käthe Kollwitz (1867–1945) waren für eine Künstlerin zu ihrer Zeit so außergewöhnlich, dass die damalige Kunstkritik sie als „männlich“ charakterisierte. Statt liebliche Gemälde hervorzubringen, widmete sie sich mit sozialkritischem Anspruch der Graphik. Die Künstlerin bekannte: „Nie habe ich eine Arbeit kalt gemacht, sondern immer gewissermaßen mit meinem Blut. Das müssen die, die sie sehen, spüren.“ Ob ihr Schaffen diesen Anspruch einlöst, lässt sich in der Sonderschau des Städel-Museums von Frankfurt am Main prüfen, die schlicht und einfach „Kollwitz“ heißt. Zu mehr als 100 Zeichnungen und Druckgraphiken gesellen sich vier Bronzeplastiken.

Im Laufe ihres Schaffens hat Kollwitz mehr als 100 Selbstporträts hervorgebracht. In großer Zahl bildeten sie das erste Kapitel der Schau. Ein scheuer Blick aus großen Augen charakterisiert ihr um 1888 mit Feder und Pinsel geschaffenes frühestes Selbstbildnis. In dem 1924 auf dunkelgrünem Papier gezeichnetem Selbstporträt stützt sie ihr Kinn auf und richtet ihren wachen Blick zur Seite. Einen müden Blick aus dunklen Augen wirft sie in der Kreide- und Pinsellithographie von 1934 auf uns. Mit der Kreidelithographie von 1938 enden ihre druckgraphischen Selbstdarstellungen. Auf der präsentiert sie sich als von der Seite gesehene Halbfigur, den Kopf vorgebeugt, das Antlitz verschattet. Altersmüde scheint die von den Nationalsozialisten argwöhnisch beobachtete und aus der Akademie der Künste gedrängte Graphikerin und Bildhauerin gemächlich von der Bühne des Lebens abzutreten.

Ihr künstlerischer Weg verlief zunächst schleppend und führte dann doch an die Spitze. Rückblickend urteilte sie: „Ich war stark ehrgeizig.“ Hinzu kamen Selbstkritik, Fleiß und Beharrlichkeit. Die Ehefrau des Berliner Kassenarztes und Sozialdemokraten Karl Kollwitz war schon weit über 30 Jahre alt, als ihr mit



„Nie wieder Krieg“: Das Kollwitz-Plakat von 1924 trug die Friedensbewegung der 1970er und 80er wieder vor sich her

dem Radierzyklus „Bauernkrieg“ der künstlerische Durchbruch gelang. Ihre Blätter behandeln die 1525 aus wirtschaftlicher und sozialer Not erfolgten Aufstände gegen den Adel aus der Perspektive einer Bäuerin.

Kollwitz arbeitete an dem 1908 abgeschlossenen Zyklus sieben Jahre. Am Beispiel von Blatt 3 können wir ihren tastenden, geduldig nach der überzeugenden Komposition suchenden Schaffensprozess nachverfolgen. Die erste Fassung der Radierung heißt „Inspiration“ (1904/05) und weist Überarbeitungen mit Bleistift und Kreide auf. Von hinten beugt sich die als Nackter dargestellte Allegorie der Inspiration über die Bäuerin und drückt ihre Hand an den Stiel einer gesenkten Sense.

Auf der mit Feder und Pinsel überarbeiteten zweiten Druckfassung, „Frau mit

Sense“ (1905) betitelt, hat Kollwitz die allegorische Figur weggelassen. Die in ganzer Gestalt gezeigte Bäuerin schmiegt ihre Wange ans Sensenblatt, über das sie ihren linken Arm baumeln lässt.

Wandlung zur rigorosen Pazifistin

Die dritte und endgültige Druckfassung heißt „Beim Dengeln“ (1905). Die Darstellung ist nun auf die uns in Halbfigur bedrängend nah auf den Leib gerückte Bäuerin zugespitzt. In der Rechten hält sie den Wetzstein. Ihre Linke umfasst das Sensenblatt, über das hinweg sie einen Blick aus finster zusammengekniffenen Augen wirft. Sie ist zum Aufstand entschlossen. Dessen „Losbruch“ zeigt das bereits 1902/03 vollendete Blatt. Dicht gedrängt formieren sich mit Sensen und anderen Waffen ausgerüstete Jugendliche und

Männer zur losbrausenden Keilform, angetrieben von der in Rückenansicht links vorn wiedergegebenen Bäuerin. Sie wirkt wie eine Dirigentin.

Das Ehepaar Kollwitz hatte die Söhne Hans und Peter. Um die hatte die Mutter und Künstlerin Angst, wie mehrere Graphiken verraten. Auf ihnen kämpft eine Mutter mit der Allegorie des Todes um ihr Kind. Ihr mit 18 Jahren zur Kaiserzeit noch minderjähriger Sohn Peter durfte nur mit der Erlaubnis seines Vaters als Freiwilliger in den Ersten Weltkrieg ziehen. Er fiel 1914 in Flandern. Dieser Schicksalsschlag hinterließ tiefe Spuren im weiteren Schaffen von Käthe Kollwitz.

Ihre Wandlung von der anfänglichen Kriegsbefürworterin zur rigorosen Pazifistin offenbart sie in der Holzschnittfolge „Krieg“ (1921/22). Der erste Holzschnitt

heißt „Das Opfer“: Eine Mutter bietet mit geschlossenen Augen ihren Säugling dar. Das nächste Blatt ist den „Freiwilligen“ gewidmet: Wie in Trance ziehen sie hinter dem trommelnden Skelett in den Tod. Der Holzschnitt der trauernden „Eltern“ steht in enger Beziehung zu dem von Kollwitz geschaffenen steinernen Denkmal „Trauernde Eltern“. Es wurde 1932 auf dem Soldatenfriedhof von Roggeveld, wo Peter bestattet war, errichtet und zog 1955 auf den Soldatenfriedhof in Vladslo um. Das vorletzte Blatt der Kriegs-Folge demonstriert den Sinneswandel der „Mütter“: Sie geben ihre Kinder nicht mehr her, sondern stehen dicht beisammen und breiten die Arme schützend um sie aus.

Mit Portraits von Arbeiterfrauen und einer Wand mit Plakaten aus der Zeit der Weimarer Republik klingt die Schau aus. Die sozial engagierten Plakate offenbaren das soziale Engagement von Kollwitz. In ihr Tagebuch schrieb sie 1922: „Ich bin einverstanden damit, dass meine Kunst Zwecke hat. Ich will wirken in dieser Zeit, in der die Menschen so ratlos und hilfsbedürftig sind.“

Da es um das Gemeinwohl ging, schreckte sie in ihrer Plakatkunst nicht davor zurück, sentimental oder pathetisch zu werden, um die Betrachter zu packen. Auf dem Plakat „Deutschlands Kinder hungern!“ (1923) sind kleine Jungen und Mädchen zu sehen. Mit großen, bitenden Augen schauen sie nach oben und halten bettelnd leere Schalen hoch. Auf einem Plakat von 1924 ruft ein junger Mann: „Nie wieder Krieg.“ Vehement reißt er dabei die Rechte zum Schwur steil in die Höhe und legt zu dessen Bekräftigung die andere Hand auf die Brust. Diese Bildfindung von Käthe Kollwitz ist bis heute in der deutschen Friedensbewegung im Einsatz.

● Bis 9. Juni im Städel Museum, Schumannkai 63, Frankfurt am Main, geöffnet täglich außer montags, Eintritt: 16 Euro. Der Katalog, Hatje Cantz Verlag, kostet im Museum 48 Euro, im Buchhandel 58 Euro. www.staedelmuseum.de

LITERATUR

Der Stoff, aus dem Trivialromane sind

Auflagenkönig aus Wien – Vor 100 Jahren wurde Bestsellerautor Johannes Mario Simmel geboren

Er galt als Bestsellerautor schlechthin. Aber von einer Einladung zur Gruppe 47 oder einer Literaturauszeichnung wie den Büchnerpreis konnte Johannes Mario Simmel nur träumen. Dem vor 100 Jahren geborenen Schriftsteller haftete der Makel der billigen Unterhaltungsliteratur an, ja, schlimmer noch: der Trivialliteratur.

Anders als die Verfechter der sogenannten Hochliteratur machten die Leser keinen Bogen um Simmels Bücher. Die Gesamtauflage seiner 35 Veröffentlichungen lag zu seinen Lebzeiten bei 73 Millionen Exemplaren. Damit liegt er fast gleichauf mit Heinz G. Konsalik, der allerdings deutlich mehr Werke verfasst hat. Nur Karl May bleibt mit einer weltweiten Auflage von etwa 200 Millionen als meistverkaufter deutscher Autor unerreicht.

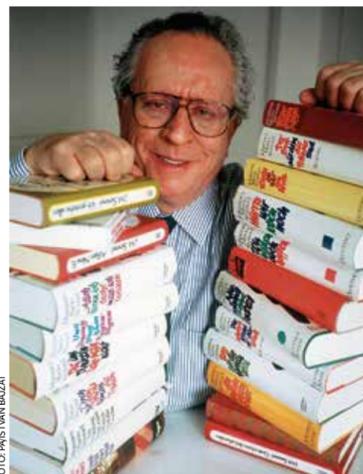
Dabei hat Simmel in seine „Reißer“ durchaus kontroverse Themen hineingepackt. Genmanipulation, Umweltzerstörung, Bio-Waffen und immer wieder die Gefahr des Rechtsradikalismus hat er mit

Sex, Champagner und mondänen Reisezielen verquirlt. Das war sein Bestsellerrezept, um gehört zu werden – und reich.

Denn Simmels Mission war es, die Welt zu einer besseren zu machen. Die Zeit des Nationalsozialismus hatte den Sohn eines im schlesischen Schmiedeburg geborenen Kaufmanns, der jüdischer Abstammung war, traumatisiert. Der Vater konnte nach 1933 nach England entkommen, doch fast alle anderen Familienangehörige väterlicherseits – seine christliche Mutter stammte aus Halle an der Saale – wurden ermordet.

Der am 7. April 1924 in Wien geborene Johannes Mario Simmel entkam dem Grauen der NS-Zeit, da er als Chemoingenieur in einem kriegswichtigen Betrieb arbeitete und so als junger Mann für den NS-Staat unentbehrlich war. Nach dem Krieg kam er mit der Unterhaltungsbranche in Berührung. Er verfasste Filmdrehbücher und war als Reporter weltweit für die Münchener Illustrierte „Quick“ im

Einsatz. Vom Revolverjournalismus geprägt, schuf er in Fließbandmanier gründ-



Ein Autor mit seinen Bestsellern: Simmel an seinem 75. Geburtstag im Jahr 1994

lich recherchierte Romane, die ab den späten 1950er Jahren in nahezu jedem Haushalt zu finden waren. Die zumeist weißen Umschläge mit den bunten Titeln wie „Und Jimmy ging zum Regenbogen“, „Der Stoff aus dem die Träume sind“, „Hurra, wir leben noch“ oder „Doch mit den Clowns kamen die Tränen“ wurden zu seinem Markenzeichen.

Einer seiner bekanntesten Romane war „Es muß nicht immer Kaviar sein“ von 1960, in dem der 2009 in Luzern gestorbene Simmel eine Spionageromanze mit Rezepten würzte. Der Literaturnobelpreisträger Günter Grass griff diese Idee später in seinem Roman „Der Butt“ auf. Doch auch vom Nobelpreis konnte Simmel allenfalls nur träumen. Harald Tews

● Zum 100. Geburtstag ist von Claudia Graf-Grossmann die Simmel-Biographie „Mich wundert, dass ich so fröhlich bin“, (Verlag Droemer HC, 368 Seiten, 28 Euro) erschienen

● MELDUNG

Günter Grass als Tänzer

Lübeck – Der Danziger Literaturnobelpreisträger Günter Grass war nicht nur Wort- und Bildkünstler, sondern auch leidenschaftlicher Tänzer. Aktuell dreht sich daher eine neue Ausstellung im Lübecker Günter-Grass-Haus, Glockengießerstraße 21, mit dem Titel „Grass Tanzbar“ über ein Jahr lang dem Thema Tanz. Wie und wann Grass das Tanzen gelernt hat und welchen Einfluss das Ballett auf sein Werk hatte – darüber informiert diese Schau. Sie zeigt Bilder und Plastiken von Tanzpaaren, die Grass geschaffen hat, sowie Manuskripte seiner Texte zum Thema. Höhepunkt ist eine Drehbühne mit einer Bar. Ein Diorama zeigt darüber hinaus die berühmte Tribünen-Szene aus der „Blechtrommel“, in der Oskar mit seiner Trommel eine nationalsozialistische Versammlung sprengt und dabei die Teilnehmer aus dem Takt und zum Tanzen bringt. www.grass-haus.de tws

NACHKRIEGSZEIT

Als Kehl zu Deutschland zurückkam

Vor 75 Jahren wurde auf der Washingtoner Außenministerkonferenz die Rückgabe der Hafenstadt beschlossen

VON BODO BOST

Nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht 1945 verfolgten alle Nachbarstaaten die Politik der Zerstückelung Deutschlands. Polen und die Sowjetunion dehnten sich im Rahmen dieser Zerstückelung nach Westen bis zur Oder-Neisse-Linie aus. Aber auch die westlichen Nachbarstaaten versuchten sich auf Kosten Deutschlands zu vergrößern. Am meisten vom deutschen Kuchen beanspruchte Frankreich. Es nahm das Saargebiet und die Stadt Kehl aus seiner Besatzungszone heraus und stellte beide Gebiete unter französische Sonderver-

waltung. Auch die Niederlande und Belgien und sogar das kleine Luxemburg versuchten in der Folge bis 1949 kleinere angrenzende Teile vom deutschen Gebiet zu annektieren, auch wenn es in Luxemburg nur das kleine Dorf Roth in der Eifel war, das man mit der Luxemburger Stadt Vianden „wiedervereinen“ wollte.

Austausch der Bevölkerung

Im Westen Deutschlands wurden in zwei Siedlungsgebieten wie in den Ostgebieten die Einwohner gegen nicht-deutsche Neusiedler ausgetauscht. Das geschah außer in den Emslandkreisen um die Stadt Haren (siehe PAZ vom 11. Juli 2015) in Kehl. Die Bewohner der badischen Hafenstadt am

Rhein, die schon am 23. November 1944 noch von der Wehrmacht evakuiert worden waren, wurden nach dem 8. Mai 1945 daran gehindert, in ihre Stadt zurückzukehren. Die Franzosen erklärten die Stadt 1945 zu einem Vorort von Straßburg und siedelten in den verlassenen deutschen Häusern 7000 Franzosen an mit der Begründung, der Hafen und die Stadt bräuchten eine gemeinsame französische Verwaltung zusammen mit Straßburg. Entlang der östlichen Kehler Stadtgrenze wurden dichte Stacheldrahtzäune hochgezogen, damit nicht einige der 25.000 Kehler in ihre zum Teil noch leerstehenden Häuser zurückkehrten. Während die Besatzer dem Saargebiet bereits 1947 eine gewisse Auto-

nomie gewährten – wenn auch unter französischen Vorgaben –, war für Kehl nichts Vergleichbares vorgesehen. Die Stadt sollte französisch werden.

Erst der am 4. April 1949 in Washington unterzeichnete Nordatlantikvertrag brachte eine Wende. Auf der der NATO-Gründung folgenden Washingtoner Konferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom 6. bis 8. April 1949 wurde beschlossen, dass die Stadt Kehl zu Deutschland zurückkehren und kein Vorort von Straßburg bleiben sollte.

In der Verordnung Nr. 219 der Konferenz vom 8. April 1949 wurde geregelt, dass die Franzosen die Stadt Kehl, mit

Ausnahme des Hafens, innerhalb von vier Jahren an die deutsche Verwaltung zurückzugeben haben. Den in Kehl angesiedelten 7000 Franzosen wurde gestattet, noch für einen Zeitraum von vier Jahren in Kehl zu bleiben, damit sie sich in Straßburg den benötigten neuen Wohnraum beschaffen konnten. In insgesamt 42 Etappen wurden jeweils einzelne Straßenzüge von den französischen Bewohnern geräumt, die deutschen Eigentümer konnten zurückkehren.

Als erstes wurde am 29. Juli, mittags 12 Uhr, der Stadtsektor im Sölling der deutschen Verwaltung übergeben. Nachdem Schlagbäume und Stacheldrahtzäune abgebaut waren, kamen die ersten Kehler nach Hause zurück. Sie wurden vom Badener Staatspräsidenten Leo Wohleb in einer kleinen Feier im provisorischen „Kehler Rathaus im Exil“, das im Hotel Schwanen im Nachbarort Sundheim provisorisch eingerichtet worden war, zur Rückkehr in die Heimat feierlich verabschiedet. Wohleb sorgte auch dafür, dass die Kehler aus dem Fonds „Notopfer Berlin – Kehl“ für den Verlust ihres Hausrates entschädigt wurden. Deutsche Polizei kam wieder in die Stadt. Die erste Polizeistation wurde im Haus „Am Mittelplatz 9“ eingerichtet.

Vier Jahre mit 42 Teilfreigaben

Bis zum 8. April 1953, als der letzte Teil Kehls wieder deutsch wurde, wurde der Stacheldraht immer nur versetzt, aber er verschwand nicht aus dem Stadtbild. „Ab 16 Uhr ist ganz Kehl wieder frei!“ titelte die „Kehler Zeitung“, als der letzte Stacheldraht 1953 verschwand.

Am 19. Oktober 1951 schlossen das Land Baden und der hierzu ermächtigte „Port Autonome de Strasbourg“ einen Vertrag über die gemeinsame Verwaltung des Hafens, die der neu gegründeten Hafenverwaltung „Kehl – Körperschaft des öffentlichen Rechts“ – übertragen wurde. Verwaltungsrat und Direktion waren mit Deutschen und Franzosen paritätisch besetzt. Nach der Freigabe des Hafens am 1. Januar 1952 konnte der Wiederaufbau der zerstörten Hafenanlage endlich beginnen. 1953 waren die Hafenecken in ihrer heutigen Form wiedererrichtet.



Durch die nur etappenweise Rückgabe Kehls war die Stadt jahrelang gespalten: Blick am 6. Oktober 1950 auf den noch nicht zurückgegebenen Teil der Stadt

Foto: pa

BERLIN

Das Neue Museum feiert 100. Jahrestag

Am 1. April 1924 wurde die Büste der Nofretete erstmals in musealem Rahmen einem größeren Publikum präsentiert

Vor 100 Jahren wurde die bunte Büste der Königin Nofretete, die als Meisterwerk der Bildhauerkunst der sogenannten Amarna-Zeit gilt, in einem neu konzipierten Bereich der Dauerausstellung der Ägyptischen Sammlung präsentiert. Bis dahin waren die Objekte der Amarna-Zeit sehr beengt und daher auch nur in Auswahl in den Räumen der Ägyptischen Abteilung im Neuen Museum gezeigt worden.

Friederike Seyfried, die Direktorin des Ägyptischen Museums und der Papyrusammlung, sagt: „Die schon 1924 geäußerte Prognose, dass die Eröffnung dieses neuen Saales sicher das Interesse an der ägyptischen Kunst und besonders an ihren Portraits neu beleben wird, hat sich bewahrheitet – und für 100 Jahre Amarna-Kunst im Neuen Museum war und ist die bunte Büste die schönste Botschafterin.“

Für die Neugestaltung waren erhebliche Eingriffe in die Bausubstanz des Gebäudes vorgenommen worden: Im Griechischen Hof wurde die Apsis abge-

tragen und ein Glasdach eingezogen, an den Seiten des Raumes kleinere Kabinette eingebaut. Der hinter dem Griechischen Hof liegende Raum wurde für die Aufnahme der Sarkophage umgestaltet. Zum Ägyptischen Hof wurde ein Verbindungsgang geschaffen.

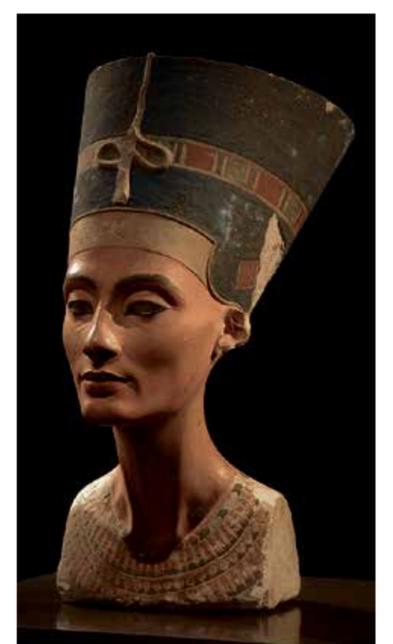
Die Planungen für diesen Umbau hatten schon 1918 begonnen, nachdem der ursprünglich für das Ägyptische Museum geplante Neubau, ein an das Pergamonmuseum nach Süden anschließender Flügel zwischen Neuem Museum und Kupfergraben, aufgrund finanzieller Probleme auf unabsehbare Zeit zurückgestellt worden war. Bereits 1919 wurde das Glasdach über dem Griechischen Hof eingezogen, die weiteren Arbeiten konnten aber erst 1921 fortgesetzt werden. Ende 1923 waren dann die architektonischen Umgestaltungen abgeschlossen und die neue Ausstellungsfläche konnte bezogen werden.

Der zentrale Mittelgang nahm monumentale Skulpturen auf, während die

seitlichen Kabinette für die Präsentation der Objekte der Amarna-Zeit vorgesehen waren. Die für diese Objekte konzipierten acht Kabinette waren in gleicher Form gestaltet, jedes zeigte – mittig platziert – ein bedeutendes Kunstwerk. Die bunte Büste stand – in einer gegenüber der heutigen Präsentation sehr bescheiden anmutenden kleinen Vitrine – im zweiten Kabinettteilpaar einem Statuenkopf ihres Gemahls gegenüber. Heinrich Schäfer berichtet in den „Mitteilungen der Deutschen Orientgesellschaft“, dass sie mit ihrer „kühlen, sicheren Schönheit die Besucher am meisten zu fesseln pflegt“, betont aber zugleich, „so herrlich diese Büste ist, so kann sich doch als Kunstwerk der unscheinbare gipserne Königskopf gegenüber wohl mit diesem Meisterstück messen“.

Die Präsentation in dem nun Amarna-Hof genannten ehemaligen Griechischen Hof war ein großes Ereignis, das die Presse aufgriff, allerdings ohne ein besonderes Augenmerk auf die bunte

Büste zu richten. In zwei Artikeln wird „die Schöne“ nicht einmal erwähnt, in anderen wird sie zusammen mit vielen weiteren Bildwerken genannt: „Es sind unsere alten Lieblinge, die teils schon in alle Kunstgeschichten übergegangen sind, das entzückend naturwahre Portraitköpfchen der Königin Teje, der fanatische Schwärmerkopf ihres Sohnes, des ‚Ketzerkönigs‘ Amenophis IV., und vor allem das liebevollste Bild ihrer Schwiegertochter, der Königin Nofretete, die feinen Kinderköpfchen der Prinzessinnen, die Gipsabgüsse von den Gesichtern lebender und toter Würdenträger, die zarten Kalksteinreliefs, die das Familienleben des Herrscherpaares ganz modern bürgerlich schildern, ... Dinge, die alle unsere bisherigen Begriffe von ägyptischer Kunstübung auf den Kopf stellen ... – aber alles ungemein wirkungsvoll aufgestellt und nun erst zu seinem vollen Wert erblühend“, schrieb die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, Ausgabe Groß-Berlin, am 31. März 1924.



Büste der Nofretete Foto: Philip Pikart

VON RENÉ NEHRING

Es ist ein Festtagsgeschenk der besonderen Art. Am Ostermontag, dem 1. April 2024, wurde mit einem feierlichen Gottesdienst unter Leitung des Landesbischofs der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Christian Stäblein, die Kapelle im wiederaufgebauten Turm der Potsdamer Garnisonkirche in Dienst genommen. Dabei erklang erstmalig auch die neue Orgel aus der Potsdamer Traditionswerkstatt Alexander Schuke, auf der Kreiskantor und Kirchenmusikdirektor Björn O. Wiede die Bachkantate „Erfreut euch, ihr Herzen“ erklingen ließ.

Mit der Indienstnahme der Kapelle – die fortan den Titel „Nagelkreuzkapelle“ trägt – samt neuer Orgel und dem sogenannten Feldaltar aus der alten Garnisonkirche, der die Zerstörung des Gotteshauses im Zweiten Weltkrieg überlebt hatte, ist ein erstes Etappenziel auf dem mühsamen Weg des Wiederaufbaus der gesamten Kirche erreicht. In den nächsten Monaten sollen die weiteren Räumlichkeiten in den oberen Turmetagen und schließlich die Haube des Kirchturms samt neuem Glockenspiel folgen. Die Aussichtsplattform in fast 60 Metern Höhe soll dann auch einen spektakulären Blick auf Potsdam, weite Teile Berlins und das Umland bieten.

Entspricht die äußere Gestalt weitgehend dem barocken Vorbild, so ist das Gebäude im Inneren schlicht und vergleichsweise modern gehalten. Der Grundriss der neuen Kapelle ist kreuzförmig und deutlich größer als jener des Turms der alten Garnisonkirche, der lediglich als Durchgang in das Kirchenschiff diente. Rund einhundert Personen haben dank dieser architektonischen Neuplanung hier künftig Platz. An das historische Vorbild erinnert der Fußboden, der mit Fliesen aus Basalt und Muschelkalk zweifarbig gehalten ist und mit den helleren Tönen den Grundriss der Heilig-Geist-Kapelle markiert, die sich nach der Zerstörung Potsdams und der Kirche zwischen 1950 und 1968 im erhalten gebliebenen Kirchturm befand, bevor dieser auf Geheiß der SED-Führung gesprengt wurde. An den Wänden der neuen Kapelle ist kaum mehr zu sehen als eine dezente Holzverkleidung, wie sie für viele Kirchen der Mark Brandenburg typisch ist. Nach oben abgeschlossen wird der Raum durch ein Deckengewölbe, das im Stil eines 1878 vom Berliner Maurermeister Carl Rabitz angemeldeten Patents ausgeführt ist.

Das Konzept und seine Gegner

Eine Kirche im klassischen Sinne werden die Kapelle und das Turmgebäude indes nicht sein. Das Konzept der das Projekt tragenden Stiftung Garnisonkirche Potsdam sieht neben der Nutzung für Gottesdienste auch ein Forum vor, „das für die Einhaltung der Menschenrechte und Wahrung der Freiheit wirbt, für Frieden und Demokratie steht“. Zudem soll in diesem Forum die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der historischen Vorgängerkirche gesucht und Brücken zu aktuellen Themen der Gegenwart geschlossen werden.

Ob dies die Kritiker des Wiederaufbaus beruhigen wird, darf allerdings bezweifelt werden. Seit den ersten Überlegungen für eine Rückkehr der Garnisonkirche speist sich der Widerstand aus drei wesentlichen Quellen. Die erste ist eine ablehnende Haltung gegenüber dem Anfang der 1990er Jahre gefassten Beschluss, den historischen Stadtkern Potsdams weitestgehend wiederherzustellen. Es sind vor allem Anhänger der DDR und ihrer sozialistischen Betonarchitektur, die in den vergangenen dreißig Jahren zahlreiche Niederlagen einstecken mussten. So musste das auf dem Boden des früheren Lustgartens errichtete „Ernst-Thälmann-Stadion“ ebenso weichen wie das neben der Nikolaikirche errichtete Gebäude der Fachhochschule Potsdam sowie auch das



Außen barock, innen brandenburgisch schlicht: Die neue „Nagelkreuzkapelle“ im wiederaufgebauten Turm der Garnisonkirche, hier während des Gottesdienstes zur Indienstnahme der Kapelle am Ostermontag

Foto: pa

POTSDAM

Ein erster und hoffentlich nicht letzter Schritt

Die Kapelle im wiederaufgebauten Turm der Garnisonkirche ist in Dienst genommen. Bleibt zu hoffen, dass auch das ganze Gotteshaus wiederhergestellt wird. Im Sinne Potsdams – und im Sinne der Versöhnung mit der Geschichte

„Haus des Reisens“. Die wohl größte Schlappe war indes der Wiederaufbau des Stadtschlusses, das zudem seit 2014 Sitz des brandenburgischen Landtags ist.

Würde die Garnisonkirche vollständig wiederaufgebaut, müsste dafür mit dem Rechenzentrum eines der letzten markanten Gebäude der DDR-Zeit aus der Potsdamer Innenstadt weichen. Der außen um diesen Bau herumlaufende 60 Meter lange und unter Denkmalschutz stehende Mosaikzyklus „Der Mensch zwingt den Kosmos“ ist eines der stärksten Argumente der Streiter für die Bewahrung sozialistischer Kunst und Baukultur. Denn dieser steht – ob man den Stil persönlich mag oder nicht – zweifellos für einen besonderen Abschnitt deutscher Kulturgeschichte. Doch rechtfertigt das die fortdauernde bauliche Verunstaltung einer ganzen Innenstadt? Und gibt es nicht Wege, das Mosaik zu sichern und etwa in einem Museum zu zeigen?

Verkannte Geschichte

Eine zweite Quelle des Widerstands gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche sind denkmalpflegerische Aspekte. So zeigte sich der damalige Direktor des Brandenburgischen Landesamts für Denkmalpflege, Detlef Karg, im Jahr 2012 skeptisch, dass sich die evangelische Kirche an dem Projekt beteiligen wolle, während gleichzeitig zahlreiche der 1164 Dorfkirchen und 700 Stadtpfarrkirchen in Brandenburg gefährdet seien. Es sei, so Karg, „nicht Aufgabe der Denkmalpflege, einen verlorenen Bau wieder aufzurichten.“ Ein Punkt, der sicherlich auch bei den Anhängern des Wiederaufbaus ins Gewicht fallen dürfte.

Die dritte Quelle des Widerstands gegen die Garnisonkirche ist ihre Interpretation als Symbol des „preußischen Militarismus“ sowie des „antidemokratischen Geistes von Potsdam“, den reaktionäre Kräfte wie der „Stahlhelm“ oder der „Alldeutsche Verband“ nach dem Ersten Weltkrieg gegen den „Geist von Weimar“ der jungen Republik heraufbeschworen. Am schwersten wiegt für die historisch motivierten Skeptiker jedoch, dass die Garnisonkirche am 21. März 1933 durch die NS-Führung als Kulisse für einen Staatsakt genutzt wurde, der als „Tag von Potsdam“ in die Geschichte einging. Das Bild vom Händedruck des neuen Reichskanzlers Hitler und des greisen Reichspräsidenten Hindenburg samt – scheinunterwürfiger – Verbeugung des „Führers“ vor dem Eingang der Kirche ist in das kollektive Gedächtnis des geschichtsbewussten Deutschlands eingegangen.

Doch gibt dieser Moment nur einen winzigen Bruchteil der vielfältigen Geschichte des zerstörten Gotteshauses, der Stadt Potsdam und erst recht Preußens wieder. Schon bei einer oberflächlichen Betrachtung der Historie wird deutlich, dass der Nationalsozialismus mit den Traditionslinien des alten Preußen wenig bis nichts gemein hatte. So war Preußen seit den Tagen Friedrichs des Großen – und auch Immanuel Kants – ein Zentrum der deutschen und europäischen Aufklärung, während das nationalsozialistische Deutschland ein System der Unterdrückung Andersdenkender errichtete. So war Preußen seit der Einführung des Allgemeinen Landrechts der erste europäische Rechtsstaat, während die Nationalsozialisten einen Unrechtsstaat errichte-

ten, in dem der Wille der politischen Führung über dem Gesetz stand. Und so wurden in Preußen die Juden zur Siedlung angeworben und bereits 1812 in einem königlichen Edikt gleichgestellt, während sie im nationalsozialistischen Deutschland systematisch verfolgt, vertrieben und ermordet wurden. Weitere Beispiele, die belegen, dass das In-die-Nähe-Rücken Preußens zum Nationalsozialismus absurd ist, ließen sich nennen.

Das wahre Preußentum

Was im Großen für den Staat Preußen gilt, gilt im Kleinen auch für die Garnisonkirche. In ihrer Gruft wurde 1740 König Friedrich Wilhelm I. beigesetzt und – gegen seinen testamentarischen Willen – 1786 Friedrich der Große. Auf der Orgel spielte 1747 Johann Sebastian Bach und nannte das Instrument „ein gar prächtig Werk“. 1805 gingen Preußens König Friedrich Wilhelm III. und seine Gemahlin Königin Luise mit Russlands Zar Alexander I. in die Gruft, um den Geist des Großen Königs gegen die heraufziehende napoleonische Gefahr zu beschwören. Ein Jahr später stieg Napoleon I. selbst in die Gruft, um nach seinem Sieg über Preußen bei Jena und Auerstedt seinen Respekt vor dem Alten Fritz zu bezeugen.

Natürlich hat alles das nichts mit einer modernen Demokratie zu tun. Doch taugt es dazu, ein Gotteshaus derart zu diskreditieren, dass sein Wiederaufbau eine Gefahr für die Demokratie wäre?

Hinzu kommt, dass die Garnisonkirche keineswegs nur ein Schauplatz des Absolutismus war. So tagten hier im August 1809 infolge der preußischen Reformen erstmals die frei gewählten Abgeord-

neten der Residenzstadt Potsdam. Und 1817 feierten hier anlässlich des 300. Jahrestags der Reformation die 1809 zur Kirche der Altpreußischen Union vereinten Lutheraner und Calvinisten erstmals gemeinsam Gottesdienst. Insofern lässt sich die Garnisonkirche sogar als Lernort der Demokratie – wie es im modernen Pädagogik-Deutsch heißt – und als Stätte gelebter religiöser Toleranz verstehen. Zumal Friedrich Wilhelm I. gleich nebenan, im Militärwaisenhaus am Langen Stall, bereits in den 1730er Jahren für die Muslime in Potsdam einen Saal als „erste Moschee“ herrichten ließ.

Kurz vor ihrem Untergang zeigte die Garnisonkirche, dass gerade das preußische konservativ-monarchische Denken und das NS-Regime völlig verschiedene Welten sind. Während die Nationalsozialisten das Gotteshaus lediglich einen Tag als Propagandakulisse missbrauchten, gehörte der Kirchengemeinde der Garnisonkirche zahlreiche Offiziere des in Potsdam beheimateten Infanterie-Regiments 9 an, aus dem prägende Köpfe des 20. Juli 1944 hervorgingen, darunter Henning von Tresckow, Axel von dem Busche, Carl-Hans Graf von Hardenberg, Paul von Hase, Ewald-Heinrich von Kleist-Schmenzin, Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg. Es braucht schon ein großes Maß an Unkenntnis und/oder Ignoranz, um angesichts dieser und weiterer Namen die Geschichte der Garnisonkirche auf den „Tag von Potsdam“ zu reduzieren.

Doch wie weiter? Jan Kingreen, Pfarrer und Programmverantwortlicher der neuen Nagelkreuzkapelle, wies bei einem Pressetermin am Gründonnerstag darauf hin, dass es derzeit keine konkreten Pläne für eine vollständige Wiederherstellung der Garnisonkirche gäbe, dass andererseits jedoch das Ziel des Wiederaufbaus noch immer die geltende Beschlusslage der Stadt Potsdam und zudem auch im Bebauungsplan der Landeshauptstadt vorgesehen sei.

Der Ruf aus Potsdam

Darum sei zum Schluss dieser Ausführungen an jenen Aufruf erinnert, der vor zwanzig Jahren den Impuls zum Wiederaufbau des Turms und der Kirche im Ganzen gegeben hat. Am 15. Januar 2004 unterzeichneten der damalige Landesbischof Wolfgang Huber, der seinerzeitige Ministerpräsident Matthias Platzeck und der damalige Innenminister Jörg Schönbohm zusammen mit über hundert Repräsentanten von Politik, Kultur und Wirtschaft den „Ruf aus Potsdam“, in dem sie zum vollständigen Wiederaufbau der Potsdamer Hof- und Garnisonkirche aufriefen. Zahlreiche weitere Persönlichkeiten wie die britische Queen Elisabeth II., die Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Modedesigner Wolfgang Joop, der Dirigent Christian Thielemann oder die Fernsehjournalisten Lea Rosh und Günther Jauch schlossen sich dem Aufruf an und/oder spendeten für das Projekt. Allein diese Liste von Unterstützern zeigt, dass wesentliche Argumente der Kritiker wie dasjenige, dass mit dem Wiederaufbau ein „Hort der Reaktion“ entstehe, nicht stichhaltig sind. Zudem belegen über 25.000 Unterzeichner des „Rufes aus Potsdam“, dass die Gegner zwar laut, doch letztlich in der Minderheit sind.

Und so bleibt die Hoffnung, dass nach dem ersten Schritt der Indienstnahme der Kapelle und nach der bald erfolgten Fertigstellung des Turms der Widerstand gegen den Wiederaufbau der ganzen Kirche allmählich nachlässt – und das neu erbaute Gotteshaus seinen Platz einnehmen kann, ohne den Potsdam – das sich in weiten Teilen längst wieder zu jenem städtebaulichen Schmuckstück entwickelt hat, das es vor seiner Zerstörung lange war – nicht vollständig ist.

● Nähere Informationen zur „Nagelkreuzkapelle“ und zur Stiftung Wiederaufbau Garnisonkirche Potsdam unter www.garnisonkirche-potsdam.de

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Bundesregierung stützt sich bei ihren Entscheidungen in zunehmendem Maße auf sogenannte Expertengremien, welche als „unabhängig“ gelten, so wie beispielsweise der Deutsche Ethikrat. Allerdings werden dessen 26 Mitglieder zur Hälfte von der Bundesregierung und zur Hälfte vom Bundestag vorgeschlagen und anschließend vom Bundestagspräsidenten berufen. Hieraus ergibt sich, dass die Zusammensetzung des Ethikrates von den politischen Machtverhältnissen abhängt, was natürlich die Gefahr birgt, dass das Gremium dann auch ein politisch opportunes Verhalten an den Tag legt. Und tatsächlich hat der Rat, der seit 2020 von der Münchener Professorin für Ethik der Medizin und Gesundheitstechnologien Alena Buyx geleitet wird, sich schon zweimal in äußerst auffälliger Weise zum Sprachrohr der Staatsführung gemacht.

Während der Corona-Pandemie, als Buyx parallel auch dem vielfach kritisierten Corona-Expertenrat der Bundesregierung angehörte, agierte der Deutsche Ethikrat als beflassener Befürworter der zumeist rechts- oder verfassungswidrigen, freiheitseinschränkenden „Infektionsschutz“-Maßnahmen sowie als Verfechter einer allgemeinen Impfpflicht. Unvergessen bleibt in diesem Zusammenhang die nassforschende Forderung von Buyx: „Da muss jetzt geimpft werden, was die Spritze hergibt!“ Infantiler und zugleich brutaler hätte es auch die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihrer Fixierung auf die Corona-Impfungen kaum ausdrücken können.

Freiheit für das Klima opfern

Nun konfrontierte der Deutsche Ethikrat die Öffentlichkeit mit einem 129-seitigen Traktat namens „Klimagerechtigkeit – Stellungnahme“, das als Hommage an die Ideologie der Grünen daher kommt, welche das praktische Handeln der Ampelregierung bestimmt, obwohl bei der jüngsten Bundestagswahl nur etwa jeder zehnte deutsche Wähler für die Partei Bündnis90/Die Grünen votiert hat, wenn die Nichtwähler berücksichtigt werden.

So stellen die Verfasser gleich eingangs apodiktisch fest, mittlerweile bestünden „keine vernünftigen Zweifel mehr, dass es seit Beginn der Industrialisierung durch menschliche Einflüsse zu einer globalen Klimaerwärmung kommt“. Und das erfordere „eine umfassende Transformation auf individueller wie gesellschaftlicher Ebene“, das heißt die Abkehr von der derzeit noch vom „Staat gewollten und unterstützten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“.

Was der Ethikrat damit meint, teilt er ebenfalls freimütig mit: „Politische Parteien, Zivilgesellschaft, Medien und Wissenschaft sollten Perspektiven für ein gutes, gelingendes Leben in einer nach-



Die Deutschen sollen ihren „Lebensstil infrage stellen“: Ethikratschefin Alena Buyx (r.) mit Steffen Augsberg, einem der drei „Dissidenten“ in dem Gremium Foto: imago/epd

GESELLSCHAFT

Der Deutsche Ethikrat degradiert sich zum Stichwortgeber der Ampel

Die angeblich überparteiliche und unabhängige Institution empfiehlt einen grün-autoritären Kurs gegen die Bürger – Drei der 26 Mitglieder stellen sich quer und warnen vor gefährlichen Irrwegen

haltigen und klimaneutralen Gesellschaft ohne weiteres Wachstum von Konsum und Ressourcenverbrauch erwägen bzw. entwickeln.“ Und den Bürgern obliege es, „bisherige Lebensstile infrage zu stellen bzw. Verhalten zu verändern, beispielsweise durch einen freiwilligen Verzicht auf bestimmte Urlaubs-, Konsum- oder Mobilitätsformen“. Da dies aber wohl nicht in ausreichendem Maße stattfinden werde, seien „klare gesetzliche Regelungen notwendig, um Individuen klimafreundliches Handeln zu erleichtern.“

Auch will der Rat die Deutschen über den Geldbeutel erziehen: „Zusätzlich sollten ordnungspolitische Instrumente wie eine überproportionale Bepreisung besonders klimaschädlicher Produkte oder Dienstleistungen in Betracht gezogen werden, um sie auch für finanzstarke Personen unattraktiver zu machen.“ An anderer Stelle wird dann gar noch über „Freiheits-einschränkungen ... aus Gründen der Klimagerechtigkeit“ philosophiert.

Allerdings gibt es zumindest einen Lichtblick an diesem ökosozialistisch oder gar ökokommunistisch anmutenden Papier, und das ist das sechsseitige „Sondervotum“ der Ethikratsmitglieder Steffen Augsberg, Franz Josef Bormann und Frauke Rostalski. Darin äußern die Drei Unverständnis darüber, dass der nur sehr schwammig definierten „Klimagerechtigkeit“ höhere Priorität zugemessen werde als anderen „großen Menschheitsaufgaben“ wie dem Kampf gegen den Hunger. Überdies bemängeln sie den „appellativen Charakter der Ausführungen“ sowie deren „überschießenden und tendenziell illiberalen Moralismus“.

„Sondervotum“ übt harte Kritik

Das „Sondervotum“ gipfelt in der Aussage, „dass selbst besonders umfangreiche nationale Anstrengungen zur Verbesserung der eigenen CO₂-Bilanz einen sehr geringen Einfluss auf den globalen CO₂-Ausstoß haben ... Eingriffe in die individu-

elle Freiheit der Bürger lassen sich auf dieser Basis kaum legitimieren; sie sind in Ermangelung einer Eignung zur Erreichung des erklärten Ziels Klimaschutz schlicht nicht verhältnismäßig. Hieran ändert ... auch die ‚Dringlichkeit‘ des Problems nichts: Zeitdruck macht eine ineffektive Maßnahme nicht zu einer effektiven. Die Hoffnung, Deutschland könnte durch seine nationale Klimapolitik eine globale Vorreiterrolle einnehmen, erweist sich als ... höchst ungewiss und kann daher ihrerseits nicht hinreichen, um massive Eingriffe in die Freiheit der eigenen Bürger zu rechtfertigen.“

Ob den drei Dissidenten im Ethikrat angesichts dieser klaren Worte eine weitere Amtszeit vergönnt ist, bleibt abzuwarten. Dahingegen hat Buyx inzwischen auch einen Sitz in dem neuesten Fachgremium inne, das die Bundesregierung in medizinischen Fragen und bei „künftigen Gesundheitskrisen“ beraten soll. Dieser sogenannte „Exper-

tenrat Gesundheit und Resilienz“, der am 18. März erstmals zusammentrat und 23 Mitglieder umfasst, löst den Corona-Expertenrat ab und besteht zum Teil aus denselben Maßnahmen-Hardlinern, die schon während der COVID-19-Pandemie durch ihre blinde Regierungstreue aufgefallen sind.

Dazu zählen neben Buyx auch der Virologe Christian Drosten, der in der nächsten Pandemie nur noch einige wenige handverlesene Wissenschaftler zu Wort kommen lassen will, und der Intensivmediziner Christian Karagiannidis, welcher den Nutzen von Lockdowns beschwor. Insofern steht eine Neuauflage der damaligen Corona-Politik zu befürchten, wenn die Bundesregierung weitere „Gesundheitsnotlagen“ sieht, wobei diese angeblich auch – so Bundeskanzler Olaf Scholz bei der Vorstellung des „Expertenrates Gesundheit und Resilienz“ – aus den „Folgen des Klimawandels“ resultieren könnten.

GESUNDHEIT

Ideologie ersetzt Verantwortung

Deutsche Gesellschaft für Ernährung voll im grünen Trend – Ärzte warnen: Empfehlungen sind gesundheitsschädlich

Wie der Deutsche Ethikrat ist auch die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) keine unabhängige Institution, denn sie wird nach eigenen Angaben „zu etwa drei Vierteln ... mit öffentlichen Mitteln von Bund und Ländern gefördert“. Darüber hinaus agiert sie im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), dessen „Nationale Ernährungsstrategie“ auf den DGE-Empfehlungen basiert.

Die praktische Folge dieser Symbiose ist, dass die „Standards“ der DGE in Betriebskantinen, Mensen, Schulen, Kitas und Krankenhäusern, in denen täglich Millionen von Menschen essen, umge-

setzt werden. Vor diesem Hintergrund sollte die DGE keine ideologisch motivierten Empfehlungen abgeben. Allerdings geschieht momentan genau das, wie die unlängst verkündeten Vorgaben unter dem schlichten Titel „Gut essen und trinken“ zeigen. Die Vorgaben basieren auf einem „neu entwickelten mathematischen Optimierungsmodell“, welches nicht nur die „Zieldimension“ Gesundheit und die landesüblichen Verzehrgeohnheiten berücksichtigt, sondern auch „mehrere Dimensionen der Umwelt wie Treibhausgasemissionen und Landnutzung“, was natürlich ganz im Sinne des grün geführten BMEL liegt und zu ent-

sprechenden Änderungen der bisherigen Empfehlungen führte.

So sollen sich die Deutschen nach dem Willen der DGE künftig vorwiegend pflanzlich ernähren. Das bedeutet, täglich nur noch zwei statt drei Portionen Milch oder Milchprodukte zu konsumieren. Ebenso soll der Verzehr von Fleisch und Wurst laut DGE von bisher 600 Gramm pro Woche auf 300 Gramm zurückgehen. Darüber hinaus ist lediglich noch ein Ei in der Woche statthaft. Gleichzeitig wird der Bevölkerung hierzulande nahegelegt, 300 Gramm Getreide pro Tag und reichlich Hülsenfrüchte und Nüsse zu sich zu nehmen – neben den schon seit Längeren

obligaten fünf Portionen Obst und Gemüse am Tag. Diese Richtlinien stießen allerdings sofort auf Kritik seitens der Deutschen Akademie für Präventivmedizin (DAPM).

Die Akademie schrieb in einer Pressemitteilung, 300 Gramm Getreideprodukte hätten denselben Einfluss auf den Blutzucker wie 50 Teelöffel Zucker. Daraus zog der DAPM-Vizepräsident und -Fortbildungsbeauftragte Johannes Scholl den Schluss: „Für über 30 Millionen Menschen sind diese Empfehlungen gesundheitsgefährdend ... Betroffen sind alle, die übergewichtig sind, auf Diabetes zusteuern oder schon daran erkrankt sind.“

Ebenso meinte die DAPM, es sei „völlig unklar“, ob der reduzierte Konsum von Milchprodukten in irgendeiner Weise dazu beitrage, den Klimawandel zu stoppen. Zudem drohe bei der empfohlenen fleischarmen Ernährung eine Mangelversorgung des Körpers, denn die Bioverfügbarkeit essentieller Nährstoffe liege bei pflanzlicher Kost niedriger – sprich, der Darm nehme weniger davon auf.

Außerdem stellte die DAPM klar: „Der Verzicht auf Eier ist aus ernährungsmedizinischer Sicht völlig unsinnig!“ Dies liege daran, dass die Leber bei verminderter Cholesterinaufnahme spontan mehr körpereigenes Cholesterin produziere. W.K.

ALLENSTEIN

Historischer Raum mit neuem Leben

Stadtverwaltung und Einwohner entscheiden gemeinsam über die Zukunft der Dragoner-Kaserne

VON UWE HAHNKAMP

Die Stadt Allenstein entwickelte sich mit dem Anschluss an das deutsche Eisenbahnnetz in den letzten Jahrzehnten des 19. und den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts zu einer Garnisonsstadt. Unter den verschiedenen Regimentern war hier das Ostpreußische Dragoner-Regiment Nr. 10 stationiert, das seine Kaserne rechts der Alle hinter der Burg und der Bahnlinie hatte. Dieser Gebäudekomplex soll jetzt im Rahmen der Aufwertung des heutigen Stadtteils hinter der Eisenbahn neues Leben erhalten.

Viele Köche verderben den Brei – nicht immer. Für den langfristigen, bis 2030 angelegten Plan der Nachnutzung der Dragoner-Kaserne wirken die Stadtverwaltung, der Privatsektor und Nichtregierungsorganisationen zusammen, um dieser Fläche Leben einzuhauchen. Laut dem scheidenden Präsidenten der Stadt, Piotr Grzymowicz, sollen Mieter oder potentielle Käufer der dortigen Räumlichkeiten, vor allem aber die Einwohner Allensteins über Bürgerkonsultationen in die Entscheidungen über die zukünftige Nutzung mit eingebunden werden, die unter anderem mit Unterstützung aus Mitteln der Europäischen Union umgesetzt werden sollen.

Kultur und Erziehung

Die vorwiegende Bestimmung der historischen Kasernengebäude haben die Allensteiner in Gesprächen und Meinungsaustauschen bereits festgelegt: Dominieren sollen an diesem Ort Kultur und Erziehung. Eine erste Entscheidung der Allensteiner Stadtverwaltung zu Beginn dieses Jahres war die zukünftige Unterbringung einer Bibliothek in einem der Bauten. „Dorthin werden unter anderem die Jugendbibliothek Planeta 11 und die Kinderbibliothek Abecadlo verlegt, die in ihren bisherigen Räumen neben dem Planetarium beziehungsweise im Einkaufszentrum Aura keine Entwicklungsmöglichkeiten haben“, sagt der Direktor der



Sollen zum neuen Anziehungspunkt in Allenstein werden: Gebäude der ehemaligen Dragoner-Kaserne

Foto: Olsztyn.com.pl

Städtischen Bibliothek in Allenstein, Krzysztof Dąbkowski.

Gleichzeitig verweist er auf ähnliche Projekte unter anderem in Lodsch und Krakau. „Die Unterbringung solch einer Institution in historischer Infrastruktur ist ziemlich verbreitet. Der historische Raum gewinnt neues Leben und die oft vernachlässigten Gebäude neuen Glanz“, erklärt er die mit der Planung verbundene Hoffnung. Da Allenstein gut ausgestattete wissenschaftliche und akademische Bibliotheken hat, ist die Stadtbibliothek ergänzend dazu vor allem für den Zugang zu Gegenwartsliteratur sowie die Popularisierung von Kultur und – unter anderem regionaler – Geschichte zuständig. „Und sie ist ein Treffpunkt, ein Ort, wo die Einwohner gesellschaftliche und Informationskompetenzen erwerben – und Kultur praktisch erfahren

können“, ergänzt Dąbkowski. So eine Institution, aber auch ähnliche Organisationen, die dort bereits ihren Sitz planen, wie die Adventsgemeinde „Twoja Przysiała“ (deutsch etwa „Deine Anlegestelle“) oder die Stiftung Serapian, die eine Dachdeckerakademie führt, benötigen jedoch auch grundlegende Infrastruktur wie Plätze, Wege sowie Strom und Wasser. Hierzu verweist die stellvertretende Präsidentin Allensteins, Justyna Sarna-Pezowicz, auf den 2022 beschlossenen Flächennutzungsplan und das gemeindliche Revitalisierungsprogramm vom letzten Jahr, in denen die Stadt erklärte, solche Aufgaben zu übernehmen.

Nicht nur die Bibliothek

Fehlt noch der Aspekt der Erreichbarkeit des Areals mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Zwar liegt die ehemalige Dragoner-Kaserne in fußläufiger Reichweite von einigen hundert Metern von innerstädtischen Eisenbahn-, Bus- und Straßenbahnhaltestellen, die Erschließung der Kasernen – der am anderen Alle-Ufer liegenden, revitalisierten Artilleriekaserne und der Kaserne der Dragoner – lässt aber noch zu wünschen übrig.

Diesen Bedarf sieht auch Michał Koronowski vom Betrieb für Straßen, Grünflächen und Transport in Allenstein: „Es gibt erste Modellierungen, über welche Strecken und wohin Busse fahren sollten. Das wäre eine vollkommen neue Zubringerlinie, die ihren Lauf etwa am Hohen Tor beginnen könnte.“ So eine Linie muss kommen, denn nur dann wird Grzymowicz Wunsch, „wir wollen, dass dieser Ort gern und oft von den Einwohnern besucht wird“, sich erfüllen.

● MELDUNGEN

Urania fit für Europaspiele

Alenstein – Die umgebaute Mehrzweckhalle Urania in Allenstein soll schon bald die Anforderungen erfüllen, um in ihr die wichtigsten europäischen Ereignisse des Volleyballs zu organisieren. Mitte Februar war bei einem Spiel der Allensteiner Erstligavolleyballer Wojciech Czayka vom Europäischen Volleyballverband zu Gast, um sich ein Bild zu machen. Die Urania soll von der vierten in die zweite Kategorie aufsteigen, was die Organisation von Gruppenspielen einer Europameisterschaft ermöglichen würde. Für die Kategorie eins und damit Finalsiege fehlen dem Bau tausend Sitzplätze. Abgesehen davon ist er modern, und es gibt genug Hotels in der Nähe. Lob bekommt die Halle auch von Spielern für die Atmosphäre, die Ausmaße und die schwarze Decke, vor deren Hintergrund sie den Flug des Balls besser verfolgen können. U.H.

Glück und Pech Liebender

Willenberg/Rehfeld – Der Sohn eines Försters der Oberförsterei Parciaki südöstlich von Willenberg machte auf einem Spaziergang einen ungewöhnlichen Fund. An einem Ast hing ein Ballon in Form eines Schwans mit einem daran befestigten Brief in schwedischer Sprache, den ein Brautpaar am Hochzeitstag im Juni 2022 auf den Weg gebracht hatte. Dieser legte einen Weg von etwa 1000 Kilometern zurück. Nicht so weit kam ein Brite, der sich mit einer Internetbekanntschaft in St. Petersburg treffen wollte. Er kam nachts ohne Visum an die Grenze zum Königsberger Gebiet in Rehfeld, musste aber unverrichteter Dinge wieder abziehen. Dann versuchte er es über die grüne Grenze, wurde aber vom polnischen Grenzschutz abgefangen. Er zahlte für die angeblich falsche Leitung durch die Navigation eine Strafe von umgerechnet etwa 140 Euro. U.H.

ALLENSTEINER BÜRGERHAUSHALT

Neue Sportplätze für alle

Städter setzten sich für den Bau in nördlichen und südlichen Stadtteilen ein – Baukosten fielen deutlich höher als geplant aus

In Allenstein bekommen die Schüler sowie alle aktiven Stadtbewohner immer mehr Chancen, ihre sportlichen Fähigkeiten auf neuen Sportplätzen zu vervollkommen. Eine der neuen Einrichtungen befindet sich im nördlichen Stadtteil Zatorze in der Sybiraków-Straße. Der Sportplatz auf dem Gelände des Kopernikus-Lyzeums Nr. 3 war eines der Projekte des Allensteiner Bürgerhaushalts. Zuvor befand sich dort ein ungenutzter asphaltierter Basketballplatz. Die Schulgemeinschaft und die Anwohner hatten die Idee, diesen vernachlässigten Platz zu modernisieren.

Obwohl die Idee bei der Abstimmung über den Bürgerhaushalt die Zustimmung der Bewohner des Stadtviertels fand, erwies sich die Finanzierung als Problem. In der Antragsphase wurden die Kosten für den Bau des Sportplatzes auf etwa 116.000 Euro geschätzt, aber die Auswirkungen

der Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg hatten die Preise für Baumaterialien und Arbeitskräfte auf über 230.000 Euro

in die Höhe getrieben. Daraufhin wurde das Projekt ausgesetzt. Schließlich wurde zusätzliches Geld aufgetrieben, und die



Feierliche Eröffnung: Sportplatz im Stadtteil Zatorze

Foto: D.K.

Sportanlage konnte gebaut werden. Der alte Asphaltbelag wurde weggerissen, und das neu angelegte Spielfeld mit einem Kunststoffbelag versehen, um Verletzungen durch einen zu harten Untergrund zu vermeiden. Außerdem wurde eine Entwässerung vorgenommen, Beleuchtung installiert und neue Gehwege in der Nähe sowie ein Fahrradparkplatz mit einer Reparaturstation angelegt. Am 21. März wurde der Sportplatz vom Stadtpräsidenten Piotr Grzymowicz eröffnet. Bei der feierlichen Eröffnung waren die Schulleitung und die Schulgemeinschaft anwesend.

In einem anderen Teil der Stadt in südlicher Richtung wurde Ende letzten Jahres in der Nähe des Einkaufszentrums „Galeria Warmińska“ ein Rasenplatz errichtet. Die Anlage ist für das Training von Kindern und Jugendlichen bestimmt, die Mitglieder des Studentensportklubs „Naki Olsztyn“ sind.

Der Bau dieser Anlage wurde aus dem staatlichen Sportaktivierungsfonds mit rund 400.000 Euro gefördert. Erwähnenswert ist, dass der Stadtrat seit einiger Zeit an einem Vorhaben arbeitet, das den Bau eines Kinder- und Jugendfußballzentrums auf dem Gelände des vernachlässigten Stadions „Warmia“ in der bereits erwähnten Sybiraków-Straße vorsieht. Geplant sind vier Spielfelder, technische Einrichtungen und Parkplätze. Eines der Spielfelder soll mit einer aufblasbaren Überdachung ausgestattet werden, sodass das Training das ganze Jahr über möglich ist. Unter Kindern und Jugendlichen gibt es viele, die Fußball spielen möchten. Der Ballsport bleibt nach wie vor die populärste Disziplin bei den Jugendlichen. Der Stadtrat schätzt, dass der Bau des Allensteiner Fußballzentrums rund 4,6 Millionen Euro kosten könnte.

Dawid Kazanski

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Kleimann, Marta, geb. **Itzek**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 7. April

ZUM 101. GEBURTSTAG

Hübner, Frieda, geb. **Tanski**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 6. April

Krohn, Ellinor, geb. **Hinz**, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 8. April

Macheit, Gisela, geb. **Rose**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 10. April

Möller, Herbert, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 7. April

ZUM 100. GEBURTSTAG

Lindemann, Karl Wilhelm, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 10. April

Medendorp, Christel, geb. **Mauritz**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Dittrich, Gerda, geb. **Kluck**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 11. April

Donder, Otto, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 5. April

Klein, Reinhold, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 7. April

Wetzel, Hildegard, geb. **Met-schulat**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 7. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Naujok, Bruno, aus Klein Ponnau, Kreis Wehlau, am 7. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kulessa, Marga, geb. **Reinoß**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 7. April

Ziebell, Herta, geb. **Jenzewski**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 10. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bernhardt, Toni, geb. **Puchalski**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 9. April

Hammer, Hildegard, geb. **Pren-gel**, aus Allenstein, am 7. April

Juse, Charlotte, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 5. April

Müller, Hannelore, aus Friedrichs-felde, Kreis Ortelsburg, am 9. April

Satzer, Erna, geb. **Völlmann**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 6. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Waldt, Alfred, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 5. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hesse, Willi, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 6. April

Hoff, Erika, geb. **Brzosda**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 7. April

Holzhausen, Käthe, geb. **Sbrzesny**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 10. April

Köhler, Lieselotte, geb. **Sado**, aus Lindenwiese, Kreis Lötzen, am 8. April

Neubert, Irmgard, geb. **Radtke**, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 8. April

Niederhaus, Kurt, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 6. April

Rohloff, Irmgard, geb. **Gumz**, aus Wehlau, am 9. April

Salk, Horst, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 6. April

Scharnweber, Gertrud, geb. **Wal-beck**, aus Windberge, Kreis Eben-rodde, am 9. April

Spieß, Georg, aus Lyck, Lycker Garten 13, am 10. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Barske, Käthe, geb. **Sand**, aus Treuburg, am 10. April

Bogdahn, Ursula, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 8. April

Frech, Herta, geb. **Boseniuk**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 6. April

Fries, Hedwig, geb. **Solinski**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 7. April

Gassewitz, Martin, aus Lyck, Freystraße 10, am 10. April

Hesse, Hildegard, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Kaesler, Edith, geb. **Ragnitz**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 5. April

Oppermann, Hans Georg, aus Grünweide, Kreis Ebenrodde, am 6. April

Pawelzick, Herbert, aus Grab-nick, Kreis Lyck, am 10. April

Scharnowski, Werner, aus Kro-kau, Kreis Neidenburg, am 11. April

Schipper, Marliese, geb. **Ha-mann**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. April

Schulze, Magdalena, geb. **Zach-rau**, aus Canditten, Kreis Preu-ßisch Eylau, am 11. April

Ungermann, Herta, geb. **Schwi-derowski**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 8. April

Wieck, Annemarie, geb. **Brenn-eisen**, aus Fuchshagen, Kreis Ebenrodde, am 10. April

Wunderlich, Helene, geb. **Nürn-berger**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 11. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Baumeister, Liesbeth, geb. **Ge-schwendt**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 7. April

Maschlinski, Otto, aus Bobern, Kreis Lyck, am 5. April

Melchin, Walter, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 5. April

Mirkens, Charlotte, geb. **Pohl**, aus Mohrunen, am 8. April

Reetz, Adelheid, geb. **Pentzek**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 11. April

Reiß, Frieda, geb. **Rogowski**, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 8. April

Sandberg, Gerda, geb. **Koch**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 6. April

Ullmann, Christel, geb. **Jaschew-ski**, aus Treuburg, am 6. April

Urbczat, Hildegard, geb. **Lasa-rek**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 5. April

Vogelgesang, Arno, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 10. April

Wagner, Lydia, geb. **Goy**, aus Wei-ßensee, Kreis Wehlau, am 11. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brodock, Else, geb. **Wilamowski**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 9. April

Danowski, Kurt, aus Langheide, Kreis Lyck, am 8. April

Dost, Paul, aus Jäskendorf, Kreis Mohrunen, am 10. April

Flügel, Waltraut, geb. **Wisich**, aus Metgethen, Kreis Fischhausen, am 9. April

Gesewsky, Manfred, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 7. April

Grönke, Egon, aus Reichau, Kreis Mohrunen, am 9. April

Pinger, Josef, aus Wehlau, am 8. April

Rosenwald, Christa, geb. **Kowal-kowski**, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 5. April

Sach, Heinz, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 6. April

Walendy, Werner, aus Schwentai-nen, Kreis Treuburg, am 5. April

Ziemens, Hertha, geb. **Korallus**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 11. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baier, Traute, geb. **Bemba**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 7. April

Bakalorz, Hanna, geb. **Tomzyk**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 6. April

Berner, Otto, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 5. April

Brüggemann, Toni, geb. **Roh-mann**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 5. April

Ceranski, Günther, aus Großwalde, Kreis Neidenburg und aus Fröhlichswalde, Kreis Ortelsburg, am 9. April

Dyaballa, Inge, geb. **Rupertus**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 7. April

Fromme, Doris, geb. **Potztal**, aus Seefeld, Kreis Fischhausen, am 8. April

Funk, Alfred, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 11. April

Gambal, Leonhard, aus Legen-quell, Kreis Treuburg, am 9. April

Jera, Manfred, aus Treuburg, am 5. April

Kamlade, Vera, geb. **Adomeit**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 9. April

Klimmek, Edeltraut, aus Neidenburg, am 8. April

Kruska, Herbert, aus Groß Schie-manen, Kreis Ortelsburg, am 5. April

Kühnemann, Ursula, geb. **Belusa**, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, am 9. April

Oberle, Käthe, geb. **Warda**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 10. April

Polloschek, Erich, aus Freythen, Kreis Ortelsburg, am 11. April

Prägla, Emil, aus Kolteney, Kreis Mohrunen, am 10. April

Rottmoser, Elfriede, geb. **Sa-browski**, aus Halldorf, Kreis Treu-burg, am 8. April

Schulz, Irma, geb. **Warning**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 5. April

Waimann, Ruth, geb. **Dege**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 8. April

Landmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

13. und 14. April: **Arbeitsta-gung der Deutschen Vereine** in Sensburg, geschlossener Teil-nehmerkreis (gT)

19. bis 21. April: **Kultursemi-nar** in Helmstedt

1. Juni: **Ostpreußentreffen** in Wolfsburg

22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Heilsberg

20. bis 22. September: **Ge-schichtsseminar** in Helmstedt

7. bis 13. Oktober: **Werkwo-che** in Helmstedt

1. November: **Arbeitstaging der Landesgruppenvorsitzen-den** in Wuppertal (gT)

2. November: **Mitgliederver-sammlung der LO-Bruderhil-fe e.V.** in Wuppertal (gT)

2. und 3. November: **Ostpreu-ßische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte: Landmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Waschull, Siegfried, aus Rosen-heide, Kreis Lyck, am 5. April

Wittkowski, Siegfried, aus Nei-denburg, am 6. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Aleksa, Hildegard, geb. **Auk-schun**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 11. April

Bahnsen, Lucie, geb. **Neubauer**, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 8. April

Bernert, Irmrid, geb. **Traeger**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 7. April

Biallas, Helmut, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 6. April

Dreyer, Dr. Gerhard, aus Lötzen, am 8. April

Duda, Kurt, aus Lyck, am 11. April

Gliemann, Heinz-Joachim, aus Walden, Kreis Lyck, am 9. April

Gruszynsky, Irene, aus Eydtkau, Kreis Ebenrodde, am 10. April

Helbing, Walter, aus Groß Gotts-walde, Kreis Mohrunen, am 8. April

Hübner, Gerhard, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 7. April

Klemm, Hans-Georg, aus Ob-rotten, Kreis Fischhausen, am 6. April

Koloska, Werner, aus Friedrichs-heide, Kreis Treuburg, am 8. April

Lech, Irmgard, geb. **Hoffmann**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrodde, am 10. April

Maier, Edeltraud, geb. **Lask**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. April

Ortjohann, Irmgard, geb. **Lisch-newski**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 10. April

Pesarra, Ernst, Kreis Johannis-burg, am 7. April

Scheffler, Horst, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 6. April

Schmidt, Erwin, aus Kinderfelde, Kreis Ebenrodde, am 7. April

Steiner, Günter, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 8. April

Topka, Charlotte, geb. **Rattay**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 8. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Brauer, Bärbel, geb. **Kassing**, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 9. April

Bruns, Resi, geb. **Schlisio**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 6. April

Denda, Walter, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 11. April

Duddek, Siegfried, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 6. April

Gerstner, Karl, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 7. April

Guderian, Dietmar, aus Lyck, am 9. April

Jablonowski, Guenter Kurt, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 6. April

Joseph, Christel, geb. **Riechert**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchnie-derung, am 6. April

Kahnert, Elli, geb. **Elsner**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 8. April

Kolossa, Elfriede, geb. **Kowalew-ski**, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, am 11. April

Lazzer, Elisabeth de, geb. **Kösling**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 7. April

Mischorr, Heinz, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 10. April

Mlinarzyk, Werner, aus Kölmers-dorf, Kreis Lyck, am 10. April

Mohr, Waltraut, aus Burgkampen, Kreis Ebenrodde, am 11. April

Pliska, Oswald, aus Sagsau, Kreis Neidenburg, am 11. April

Schikorra, Walter, aus Gilgen-burg, Kreis Neidenburg, am 8. April

Schmidt, Helmut, aus Eichen, Kreis Preußisch Eylau, am 11. April

Supkus, Werner, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 8. April

Wenzlitschke, Gerda, geb. **Schneider**, aus Schellendorf, Kreis Ebenrodde, am 11. April

Wiese, Irmgard, geb. **Koose**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 6. April

Zietarski, Harri, Kreisgemein-schaft Lötzen, am 7. April

Zietarski, Inge, Kreisgemein-schaft Lötzen, am 7. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Fischer, Helmut, aus Groß Blu-menau, Kreis Fischhausen, am 10. April

Guttzeit, Manfred, aus Candit-ten, Kreis Preußisch Eylau, am 8. April

Hipke, Helga, geb. **Gesell**, aus Ei-benau, Kreis Treuburg, am 11. April

Knaak, Günther, aus Bringen, Kreis Ebenrodde, am 10. April

Nilson, Anorthe, geb. **Czudno-chowski**, aus Wehlau und aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 10. April

Oelberg, Ursula, geb. **Bredemei-er**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. April

Winkler, Angelika, geb. **Böckel**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Heitmann, Sigrun, geb. **Lichten-stein**, aus Montwitz, Kreis Ortels-burg, am 6. April

Zusendungen für die Ausgabe 16/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 16/2024 (Erstverkaufstag 19. April) **bis spätestens Dienstag, den 9. April**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **star-ke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Dele-gierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landmann-schaft Ostpreußen e.V. **infor-miert** und erhalten **Einladun-gen** zu Veranstaltungen und Sem-inaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes-geschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zur-zeit 60,- Euro. Den Aufnahme-antrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Lands-mannschaft – www.ostpreus-sen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung kön-nen Sie jederzeit widerspre-chen.
Landmannschaft Ostpreu-ßen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Agnes Miegel

Hof – Sonnabend, 13. April, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen zum Thema „Agnes Miegel und Ostpreußen“.

Emil von Behring

Hof – Kulturwart Bernd Hüttner erinnerte anfangs an die Märzveranstaltung 2020, die als letzte vor dem Corona-Lockdown stattfand. Bezugnehmend auf die Informationen, die damals von der zweiten Vorsitzenden Jutta Starosta für die

Mitglieder zusammengefasst worden waren, hatte er für die aktuelle Veranstaltung als Prominenten den Arzt und Immunologen Emil von Behring ausgewählt. Der am 15. März 1854 in Hansdorf, Westpreußen, geborene Sohn eines Dorfschullehrers wuchs mit zwölf Geschwistern in einfachen Verhältnissen auf. Durch ein Stipendium und die Verpflichtung zum Militärdienst konnte er an der Militärärztlichen Akademie in Berlin Medizin studieren. Danach arbeitete er in verschiedenen Garnisonen als Militärarzt. 1888 wurde er an das Hygienische Institut der Universität Berlin geschickt, wo er Assistent von Robert Koch wurde. Mit seinen Kollegen und Freunden Paul Ehrlich und Erich Wernicke arbeitete er erfolgreich an der Serumgewinnung und Standardisierung des Medikamentes gegen Diphtherie. So konnten 1894 die Farbwerke Hoechst mit der Pro-

duktion des Heilserums beginnen, das vielen Kindern das Leben rettete. Dank seines Mentors Friedrich Althoff gelang Behring der gesellschaftliche Aufstieg. 1895 wurde er trotz Widerständen Professor und Direktor des Marburger Hygienischen Instituts. 1896 heiratete er Else Spinola, wodurch sein Status auch im Privaten gefestigt wurde. Mit der Tochter des Geheimrats Bernhard Spinola bekam er sechs Söhne. Er engagierte sich in der Marburger Kommunalpolitik und gründete 1904 die Behringwerke. Durch geschicktes Anlegen der Gewinne wurde er zum größten Grundbesitzer der Gegend und legte 1913 durch den Kauf einer alten Ziegelei den Grundstein für den heutigen Firmenstandort. Als Kapital für die Firmengründung diente das Preisgeld, das ihm sein Nobelpreis eingebracht hatte. Als Erster erhielt er 1901 den Nobelpreis für Medizin und Physiologie für die Serumtherapie und besonders für deren Anwendung gegen Diphtherie. Im gleichen Jahr wurde er in den erblichen Adelsstand erhoben.

In seinen letzten Lebensjahren gab Behring aus gesundheitlichen Gründen die Geschäftsführung ab, forschte aber weiter. Er starb am 31. März 1917 in Marburg. J. S.



Konnte durch ein Stipendium und das Militär eine medizinische Laufbahn starten und entwickelte die passive antitoxische Schutzimpfung: Nobelpreisträger Emil von Behring *Foto: Internet*



Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Königsberger Treffen

Hamburg – Sonntag, 7. April, 15 Uhr, Einlass ab 14.30 Uhr, Philosophisches Café, Haus der Heimat, Teilfeld 8, nahe U-Bahn Rödingsmarkt, S-Bahn Stadthausbrücke, Bus 16 und 17 Michaeliskirche: Jeden ersten Sonntag im Monat – Ein Einblick in Immanuel Kants Leben, Werk, Heimatstadt sowie weitere Themen von Bedeutung, unterhaltsam und locker bei Kaffee und Kuchen unter Leitung von Gaby Schwarze. Gäste sind willkommen.



Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Tag der Archive

Bremen – Bis Sonnabend, 20. April, montags bis freitags von 11 bis 17 Uhr, sonnabends von 11 bis 14 Uhr geöffnet, „Kapitel 8“, Bremische Evangelische Kirche, Domsheide 8: Ausstellung des „Arbeitskreises Bremer Archive“ im Rahmen des Tags der Archive.



Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Grenzverschiebungen

Wetzlar – Dienstag, 16. April, Gaststätte Zum Matchball, Tennisplatz, Bodenfeld: Wolfgang Warnat spricht zum Thema „Ost- und Westpreußen im 20. Jahrhundert – Grenzverschiebungen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg“.

PARTNER-REISEN
Grund-Touristik GmbH & Co. KG

09.06.–17.06.24
Bürgerfahrt nach Ostpreußen – Sonderreise für die Kreisgemeinschaft Pr. Eylau und Partnerstadt und Landkreis Verden
Reiseleitung: Evelyn von Borries
27.06.–07.07.24
Bus- und Schiffsreise Pommern, südl. Ostpreußen, Memelland und Kurische Nehrung – mit Möglichkeit zu einem privaten Tagesausflug nach Tilsit und in die Elchniederung
Reiseleitung: Hubert Geiger und Dieter Wenskat
21.05.–28.05. / 25.06.–02.07. / 16.07.–23.07. / 03.09.–10.09.24
Schiffsreise nach Nidden
Reisen in kleiner Gruppe mit abwechslungsreichem Ausflugsprogramm auf der Kurischen Nehrung und im Memelland
Everner Str. 41, 31275 Lehrte, Tel. 05132/588940, Fax 05132/825585, E-Mail: Info@Partner-Reisen.com



Radierung von Karl Bauer um 1940: Immanuel Kant *Foto: OL*



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer** und **Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Untertüß, Tel.: (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Braunschweig:** N.N. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Immanuel Kant

Oldenburg – Mittwoch, 10. April, 15 Uhr, Stadthotel: Immanuel Kant, ein biographisches Porträt. Mit-

glieder und Freunde sind herzlich willkommen.

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de



Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Immanuel Kant Chemnitz – Sonnabend, 13. April, 10 bis 12 Uhr, Pfarrhausaal der St. Matthäus Kirche, Zinsendorfer Straße 14: Gedenken an den 300. Geburtstag von Immanuel Kant mit Hans-Jörg Froese. Sie sind herzlich eingeladen.

Ostpreußische Bräuche Dresden – Mittwoch, 10. April, 13 Uhr, Großenhainer Straße 96: traditionelle Osterbräuche in Ostpreußen.

Fortsetzung auf Seite 16

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15



Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Monatstreffen

Burg auf Fehmarn - Dienstag, 9. April, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Vortrag von Jochen Gawehe aus Heiligenhafen über das

Leben und das Wirken des deutschen Philosophen Immanuel Kant, der am 22. April 1724 in Königsberg / Preußen geboren wurde und dessen Geburtstag sich in diesem Jahr zum 300. Mal jährt. Gäste sind wie immer herzlich eingeladen.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM Fl) e.V.

Flensburg - Mittwoch, 10. April, 15 Uhr, TSB-Heim, Eckener Straße: Kaffeetafel mit Erlebnisbericht unserer Mitglieder Ingrid und Dr. Hans Jacobsen: „Mit dem Fahrrad am Rhein“. Eine Anmeldung war bis zum 3. April erforderlich.

Michael Weber



Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen

Bad Nenndorf - Wochenende, 5. und 6. Oktober, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Hauptkreistreffen.

Eigentlich wollten wir diesmal einen Tagungsort in den mitteldeutschen Bundesländern wählen, um unseren Landsleuten entgegen zu kommen, denen die Anreise zu den Treffen sonst zu lang ist. Doch die passende Lokalität, die unseren Ansprüchen genügt und zudem noch finanzierbar ist, haben wir trotz intensiver Suche leider nicht gefunden. Deshalb wird das Hauptkreistreffen erneut in Bad Nenndorf stattfinden.

Die Räumlichkeiten im Hotel Esplanade sind bereits gebucht. Übernachtungsmöglichkeiten stehen dort auch noch ausreichend zur Verfügung. Unter dem Buchungstichwort „Hauptkreistreffen Gerdauen“ können Doppelzimmer (130 Euro) und Einzelzimmer (85 Euro) mit Frühstück ab sofort reserviert werden. Bitte richten Sie ihre Anfragen an das Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (0 57 23) 79 81 10, E-Mail: kontakt@hotel-esplanade. Außerdem können Sie sich zwecks Vermittlung anderer Unterkünfte an die Tourist-Information Bad Nenndorf, Haupt-

straße 4, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 748560, E-Mail: tourist-info@badnenndorf.de, Internet: www.badnenndorf.de, wenden.

Wir würden uns sehr freuen, Sie in Bad Nenndorf begrüßen zu können. Das Programm des Treffens wird derzeit erarbeitet und rechtzeitig an dieser Stelle, in unserem Heimatbrief und auf unserer Internetseite unter www.kreisgerdauen.de veröffentlicht.

Walter Mogk, Kreisvertreter



Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de
Stellvertreterin: Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Rundschau

Erwitte - Sie haben nun schon längere Zeit nichts von den Neidenburgern gehört. Unser Vorstand arbeitet jedoch nach wie vor fleißig für die Interessen der Kreisgemeinschaft Neidenburg.

Vom 15. bis 17. März nahmen der Kreisvertreter und seine Stellvertreterin Ute Kondritz an der Kreisvertretertagung der Landsmannschaft Ostpreußen in Helmstedt teil. Ein Bericht darüber folgt später. Man traf hier die anderen Vertreter der ostpreußischen Heimatkreise und konnte sich über die Probleme, einige Errungenschaf-

ten und Erfahrungen intensiv austauschen.

Am 7. April finden in der Republik Polen die Kommunalwahlen statt. In Neidenburg kämpft Jacek Kosmala und in Gedwangen Slawomir Ambroziak um die Wählergunst. Wir wünschen uns keine Veränderung, denn diese Volksvertreter sind in der Bevölkerung sehr beliebt und genießen auch unser vollstes Vertrauen. Wir drücken ihnen die Daumen.

Der neue Heimatbrief ist schon weit fortgeschritten und wird Pfingsten, wahrscheinlich pünktlich, erscheinen.

Das Ostpreußentreffen findet am 1. Juni wieder in Wolfsburg statt. Interessenten melden sich bitte beim Kreisvertreter. In der Halle ist ein Tisch für die Neidenburger beschildert.

Das Ostpreußische Sommerfest findet am 22. Juni in Heilsberg (nicht, wie angekündigt in Osterode) statt.

Ganz besonders möchten wir hier, auf das 30-jährige Jubiläum der Deutschen Minderheit in Neidenburg hinweisen. Sie feiern am 29. Juni das Jubiläumsfest in Kamionken. Über einen Besuch würde sich die Deutsche Minderheit mit Sicherheit freuen.

Am 18. April findet in der Burg ein Liederwettbewerb in deutscher Sprache statt. Hier starten Schülerinnen und Schüler in verschiedenen Altersklassen und Schulen. Wir wünschen hier ein gutes Gelingen. Für die Sieger haben wir auch Preisgelder gestiftet.

Wir wünschen Ihnen viel Gesundheit und schon jetzt einen schönen Urlaub und senden heimatische Grüße. Ulrich Pokraka

Gegendarstellung

Memel - Am 15. März 2024 erschien auf den Heimatseiten der PAZ unter Memel Stadt/Land der Bericht „Zum ersten Mal im Leben“ vom Vorsitzenden des Deutschen Kulturvereins Memel, Herrn Kressin.

Die darin getätigte Aussage, dass Frau Berta Pleikius im Alter von 95 Jahre zum 1. Mal im Leben die Bruderhilfe erhalten hat, entspricht nicht der Wahrheit. Vielmehr hat der Verein der Deutschen über Jahrzehnte die Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise bei Auffindung von Bedürftigen und der Aufstellung in Listenform unterstützt. Im vorliegenden Fall wurden nachweislich auch Auszahlungen meist persönlich vom damaligen Kreisvertreter Memelland Ewald Rugullis oder in seinem Auftrag von Vereinsvorstandsmitglied Frau Edita Dirgeliene, zuständig für Deutsche Minderheiten bis Nimmersatt, an Frau Pleikius (litauisch Berta Pleikiene) vorgenommen.

Arnold Piklaps, Vorsitzender, Verein der Deutschen in Klaipeida/Memel

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

Forum Baltikum - Dittchenbühne



Der Filmclub zeigt am 16. April, 15 Uhr, den US-amerikanischen Filmklassiker „Moby Dick“ von 1956 - nach dem gleichnamigen Roman von Herbert Melville. Ab 14 Uhr gibt es Kaffee und Kuchen.

Informationen und Anmeldung unter Telefon (04121) 89870 oder unter E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Trotz aller Warnungen heuern die Seemänner Ishmael und Queequeg auf dem Walfangschiff „Pequod“ an. Schon bald bereuen sie diesen Entschluss. Denn ihr Kapitän Ahab

hat nur seine Rache an dem weißen Wal Moby Dick im Sinn, den er für den Verlust seines Beines verantwortlich macht. Diese Jagd wird immer gefährlicher für ihn und für seine Mannschaft - doch Ahab nimmt Tote in Kauf, um seinen Erzfeind zu stellen...

Regisseur John Huston hat diesen Film angeblich mit Ahab-ähnlicher Leidenschaft gedreht und so einen Klassiker geschaffen. In den Hauptrollen: Gregory Peck, Richard Basehart, Leo Genn, Orson Welles und Friedrich von Ledebur.

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 5x5 grid at the top left and a 10x10 grid at the bottom left.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers filled in.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

6x6 grid with diagonal lines and numbers for a word puzzle.

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Finanzbegriffe.
1 ostfranzösisches Grenzland
2 Ausdehnungsbegriff
3 Kürbisgewächs
4 Bote, Ausrufer im Mittelalter
5 hügelig, holprig
6 kleine Geldspende

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für gleichmachen, ausgleichen.
1 Lasten bewegen, 2 tropisches Gewächs, 3 Finkenvogel, 4 Rundtanz, 5 deutsche Biathletin (Magdalena)

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a path of arrows around numbers 1-5.

Ostpreußisches Landesmuseum



Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellung

18. April bis 13. Oktober: „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“. Pünktlich zur 300. Wiederkehr seines Geburtstags widmet das Ostpreußische Landesmuseum dem Philosophen Immanuel Kant eine Sonderausstellung. Kant ist der größte deutsche Aufklärer und eine zentrale Figur der europäischen Moderne. Diese berühmte Persönlichkeit wird in einer einprägsamen Inszenierung vorgestellt. Zu sehen sind einzigartige, zum Teil noch nie öffentlich gezeigte Originalobjekte: Haare von Kant, sein Spazierstock, zahlreiche Ölgemälde, das „Kant-Glas“ mit persönlichen Gravuren und vieles mehr, Kurioses wie Erhellendes. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht die Person Kants, nicht seine Philosophie. Wie wurde aus dem Handwerkersohn ein Gelehrter? Warum spielte Kant Billard? Wer waren seine Freunde? Fast sein gesamtes Leben verbrachte Immanuel Kant in seiner Heimatstadt Königsberg. Virtual Reality-Stationen lassen das historische Königsberg aus der Zeit Kants in 3D wieder aufstehen und bieten spielerische Zugänge zu seinen Ideen. Geboten wird auch eine Vorschau auf die entstehende Kant-Dauerausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum: Wie bringt man Kants Philosophie ins Museum? Welche seiner Ansätze sind heute besonders relevant? Welche sind kritikwürdig? Die Dauerausstellung wird 2025 fertig sein und dann vor allem Kants Ideenwelt thematisieren.

Veranstaltungen

Sonntag, 7. April, 14 Uhr, 1,50 Euro, zuzüglich Museumseintritt: **Aus der Grafik, Sonntagsführung mit Dr. Jörn Barfod.** Die ostpreußische Grafikerin Gertrud Lerbs (1902-1968) war ihres großen künstlerischen Talents wegen bereits mit 15 Jahren Schülerin der Königsberger Kunstakademie. Ihre Arbeiten erregten seit den 1920er Jahren große Aufmerksamkeit, man verglich sie mit Käthe Kollwitz. Ihr weiterer Lebensweg, der sie nach Lüneburg führte, war durch Krankheit und Flucht jedoch stark verdüstert. Barfod stellt diese Grafikkünstlerin aus der ostpreußischen Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts vor. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 11. April, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Wolf, Elch und Wisent früher und heute, Kinderclub mit Berit Krandorf.** Warum hat der Elch so ein großes Geweih? Was frisst eigentlich ein Wisent? Wo lebt der Wolf? Heute spricht man von der Rückkehr von Wolf, Elch und Wisent. Was hat das eigentlich zu bedeuten? Gemeinsam entdecken wir in der Ausstellung, welche großen Säuger ihre Lebensräume schon früher in Ostpreußen hatten. Wir können herausfinden,

wie sie dort lebten und die Landschaften prägten und vergleichen es mit der Situation heute in unserer Region. Danach kannst Du Dein eigenes Elch-Medaillon aus Ton gestalten. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von sechs bis zwölf Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Dienstag, 16. April, 19.30 Uhr, Eintritt frei: SCALA Programmki- no, Apothekenstraße 17, 21335 Lüneburg: **„Kant – Das Experiment der Freiheit“** (ARTE/ZDF 2024), Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de. ARTE-Film- premiere mit dem Regisseur und Produzenten Dr. Wilfried Hauke, Moderation: Dr. Tim Kunze, Ostpreußisches Landesmuseum. Immanuel Kant hat die Philosophie revolutioniert. Sein Kategorischer Imperativ ist weltberühmt und prägt unser westliches Denken über Freiheit, Toleranz und Vernunft bis heute. Kant ist der meistzitierte Philosoph der Neuzeit.

Pünktlich zum 300. Geburtstag des größten Denkers der Aufklärung zeigt diese erste Filmbiographie das Philosophie-Genie Kant mit kritischem Augenzwinkern als altgewordenen, von den Menschen enttäuschten Spaziergänger in seiner Geburtsstadt Königsberg. Der Film spannt dokumentarisch und mit aufwendigen Spielszenen einen dramatischen Bilder- und Geschichtenbogen von Königsberg im 18. Jahrhundert bis zum heutigen russischen Kaliningrad. Hauke ist es auf unterhaltsame und nachdenkliche Weise gelungen, mit dem Schauspieler Wolfgang Riehm einen lebendigen Kant in die verschwundene Welt Königsbergs im 18. Jahrhundert zu versetzen. Der Film wurde von IDA Film für ZDF/ARTE produziert, von der nordmedia gefördert, und vom Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg und der Stiftung Königsberg unterstützt. Nach der Vorführung in Lüneburg ist er auf ARTE am 17. April um 22.15 Uhr und dann bis April 2025 auf arte.tv zu sehen. Eine DVD ist im Museumsshop erhältlich.

Mittwoch, 17. April, 15 Uhr: **Festakt im Lüneburger Rathaus zum Jubiläum des „Weltendenkers“ und „Alleszermalers“ im Rahmen der Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“** im Ostpreußischen Landesmuseum. Am 22. April 2024 wäre Immanuel Kant 300 Jahre alt geworden und wird weltweit gefeiert. Der wichtigste Denker der Moderne gibt mit seinen Überlegungen auch heute noch hilfreiche Antworten auf viele Herausforderungen unserer Zeit. Das Ostpreußische Landesmuseum erhält in einem Anbau eine eigene Abteilung zu Kant und wird damit der zentrale Erinnerungsort in Deutschland. Und

die Hansestadt Lüneburg wird „Kant-Stadt“, die diesen Jahrestag würdigt. Zugleich wird im Anschluss des Festakts im Museum eine Sonderausstellung eröffnet. Sie präsentiert einzigartige und noch nie gezeigte originale Exponate aus Kants Leben. In einem der weltweit größten Virtual-Reality-Projekte kann hautnah Kants Heimatstadt Königsberg im 18. Jahrhundert – hochaufgelöst und in 3D – erlebt werden.

Die Ausstellung wird von einem reichen Begleitprogramm über das ganze Jahr hinweg begleitet. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 21. April, 12 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **Kant 300. Ein Leben in Königsberg, Sonntagsführung durch die Sonderausstellung mit Dr. Tim Kunze.** Zum 300. Geburtstag des großen Philosophen Immanuel Kant präsentiert der Kurator Kunze die Sonderausstellung zu Kants Leben und gibt einen Einblick in den Entstehungsprozess der neuen Kant-Dauerausstellung. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 21. April, 14.00 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **Kant 300. Ein Leben in Königsberg, Sonntagsführung durch die Sonderausstellung mit Dr. Tim Kunze.** Siehe oben (Sonntag, 21. April, 12 Uhr). Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 25. April, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Was ist Freundschaft? – Philosophie- ren mit Kindern, Kinderclub mit Noemi Ronge.** Wozu braucht man Freunde? Aus welchen Gründen sucht man sich Freunde? Kann man mit jemandem befreundet sein, der ganz anders ist als man selbst? Wie schnell und woran erkennt man, ob jemand ein Freund oder eine Freundin werden könnte? Wir sprechen über Vertrauen und probieren ein paar schöne Vertrauensübungen aus. Danach knüpfen wir fantasievolle Freundschaftsarmbänder für unseren besten Freund oder unsere beste Freundin. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von sechs bis zwölf Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung
Heiligengeiststraße 38,
21335 Lüneburg,
Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

ANZEIGE

Sonnabend, 1. Juni 2024
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Ostpreußentreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

ANZEIGEN

Der richtige Weg,
anderen vom
Tode eines
lieben Menschen
Kenntnis zu geben,
ist eine
Traueranzeige.

Preussische Allgemeine

Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de

Christus spricht:
Siehe, ich bin bei Euch alle Tage
bis an der Welt Ende.
Matthäus 28,20

Dr. med. Ilse Konietzko

* 27. August 1936 † 2. September 2023
Königsberg Neustadt a. Rbge.
wohnhaft früher in Wehlau/Ostpr.

In Liebe und Dankbarkeit
haben wir Abschied genommen

Anneliese Konietzko

Dr. Hans und Margarete Konietzko

**Dr. Christian Konietzko und Julia Schäfers
mit Mara Louise**

Traueranschrift: Familie Konietzko, c/o Giesbers Bestattungen,
Wallstraße 11, 31535 Neustadt am Rübenberge



Und die Meere rauschen den Choral der Zeit
Elche steh'n und lauschen in die Ewigkeit.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Fritz Folger

* 28.2.1936 † 6. 3. 2024
Elbing/Ostpreußen Braunschweig

Monika Böttcher
Kinder, Enkel
sowie alle Angehörigen

38118 Braunschweig, Sommerlust 2

Wir haben uns in aller Stille verabschiedet.

Beerdigungsinstitut Carl Cissée
Fallersleber Straße 14/15, 38100 Braunschweig

KANT-JUBILÄUM

Wie Süd-Ostpreußen dem Philosophen gedenkt

Nur wenig bekannt: Der Königsberger lebte eine Zeit lang in Groß Arnsdorf und besuchte Goldap

VON BODO BOST

Ende letzten Jahres hat der Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren beschlossen, das Jahr 2024 als Immanuel-Kant-Jahr im südlichen Ostpreußen zu feiern. Besonders im Fokus stehen Kants Besuche in Groß Arnsdorf und Goldap

Am 25. Januar dieses Jahres wurden die Feierlichkeiten zum Kant-Jahr am Sitz des Staatsarchivs in Alleinstein offiziell eröffnet. An der Eröffnung nahmen der Woiwode von Ermland und Masuren, Radosław Król, sowie zahlreiche Vertreter der Behörden der Woiwodschaft, der lokalen Regierungen und der soziokulturellen Einrichtungen der Region teil. Im laufenden Jahr sind Veranstaltungen, Konferenzen, Ausstellungen und Bildungstreffen geplant, um die Einwohner der Region und Philosophiebegeisterte zusammenzubringen.

In der Republik Polen vergleicht man Kants Leistungen in Königsberg gerne mit denen von Nikolaus Kopernikus in Thorn. Aber man verweist auch darauf, dass Kant eine Zeitlang im Ermland, in Groß Arnsdorf [Jarnołtowo] und Goldap [Gołdap], gelebt hat. Der Überlieferung nach hat Immanuel Kant sein ganzes Leben in Königsberg verbracht und die preußische Hauptstadt nie verlassen. Es stellt sich jedoch heraus, dass der große Philosoph zu jener Zeit auch andere Städte in Preußen besuchte, seine weiteste Reise führte ihn nach Goldap. In der Republik Polen sagt man deshalb, dass Goldap die Stadt innerhalb der EU ist, die am engsten mit der Person Immanuel Kants verbunden ist.

Immanuel Kant war zwischen 1750 und 1754 Lehrer bei den drei Söhnen von Major Friedrich Bernhard von Hulsen in



Blick auf den Marktplatz von Goldap: Ganz in der Nähe verweilte Immanuel Kant im Winter 1765/66 zu Besuch beim damaligen Garnisonskommandanten Lossow
Foto: Matthias Bethke



Immanuel Kant: Gemälde

Groß Arnsdorf östlich von Elbing. 1994 wurde in dem kleinen Ort Groß Arnsdorf, dank der Bemühungen der Polnischen Historischen Gesellschaft in Alleinstein und der Kreisgemeinschaft Mohrungen, eine zweisprachige Gedenktafel für Immanuel Kant enthüllt.

2019 folgte eine weitere zweisprachige Gedenktafel am Kirchen-Glockenturm, gestiftet von der Kreisgemeinschaft Mohrungen. Nach Jahren der Wanderschaft kehrte Kant 1754 nach Königsberg zurück.

Nach der Verteidigung seiner Dissertation „Über das Feuer“ („De ignis“, 1755) wurde er an der Albertina angestellt.

Noch im selben Jahr wurde er habilitiert und als Privatdozent beschäftigt. 1756 begann der Siebenjährige Krieg, während dessen am 11. Januar 1758 russische Truppen in Königsberg einmarschierten. Kant blieb die ganze russische Zeit über in Königsberg. Bis 1762 gehörte die Stadt zu Russland. Nachdem der russische Zar Peter III. 1762 einen Frieden mit Friedrich geschlossen hatte, wurde die Stadt wieder an die preußische Krone zurückgegeben.

Kants Biograph Ludwig Ernst von Borowski erwähnt 1804, dass die weiteste Reise des Philosophen im Dezember 1765 zu Offizier Daniel Friedrich von Lossow (1721–1783), dem Garnisonskommandanten in Goldap, führte. Kants Reise dorthin wird auch von anderen Autoren

erwähnt, zuletzt von Fritz Gause und Jürgen Lebuhn, Autoren von „Kant und Königsberg bis heute“, erschienen 1989. Auch die Kreisgemeinschaft Goldap, die Vereinigung ehemaliger deutscher Einwohner der Stadt und Umgebung, unter der Leitung von Waltraud Schmidt, Chefredakteurin von „Die Heimatbrücke“, und die Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz bestätigten 1996 einen Besuch Kants in Goldap im Winter 1765/66. Dieser Besuch gilt als der weiteste im Leben des Königsberger Einzelgängers.

Daniel Friedrich von Lossow kam 1763 als Garnisonskommandant nach Goldap, das seit 1718 Garnisonsstadt war. Drei Schwadronen schwarzer Husaren und zwei Schwadronen Bosnier aus dem

Osmanischen Reich waren hier stationiert. Von Lossow wurde vom König mit dem preußischen Orden „Pour le mérite“ ausgezeichnet. Am 20. Mai 1766 wurde er zum Generalmajor befördert. Kurz darauf fand der Besuch von Kant in Goldap statt

Kants weiteste Reise

Lossow war sehr wohlhabend, verheiratet, aber kinderlos. Er war als hervorragender Pferdekennner und guter Reiter bekannt. Er züchtete Pferde und lieferte sie an die Garnison von Goldap. Auf eigene Kosten baute er in Goldap eine Reitschule für die Garnison. Lossow besaß ein Haus in der Nähe des Marktplatzes in der Wilhelmstraße [Wolności-Straße], und hier dürfte Kant gewohnt haben. Das Haus war zu dieser Zeit der wichtigste gesellschaftliche Treffpunkt für Künstler und Wissenschaftler in der Stadt Goldap.

Es ist anzunehmen, dass die Bekanntschaft des Offiziers mit Immanuel Kant in die Zeit seiner Ausbildung fiel und er möglicherweise Kants Vorlesungen besuchte. Die Entfernung von Königsberg nach Goldap beträgt Luftlinie 125 Kilometer in südöstlicher Richtung. Auf der Straße betrug die Entfernung 19 preußische Meilen (143 Kilometer). Die Reise mit den damaligen Verkehrsmitteln dauerte wahrscheinlich volle zwei Tage.

Kants Besuch dauerte nicht sehr lange. Nach einiger Zeit in Goldap sehnte er sich danach, nach Königsberg, seiner geliebten Heimatstadt, zurückzukehren. Trotz sehr verlockender Angebote, Lehrstühle an anderen renommierten Universitäten zu übernehmen, blieb er sein Leben lang in Königsberg. Es ist nicht bekannt, ob es weitere Besuche Kants in Goldap gab. Ein erhaltener Brief von Lossow an den Philosophen vom 18. Januar 1770 bestätigt, dass die Kontakte von Dauer waren und es weitere Besuche Kants bei Goldap gegeben haben könnte.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Angriffe auf Christen und christliche Symbole nehmen zu

Vandalismus in Kirchen und Zerstörung von Kultobjekten – Abtreibungsbefürworter und Bibeltreue treffen aufeinander

Wer denkt, in der Republik Polen sei man von Natur aus gläubig, wird vielerorts überrascht sein. Vor allem in den deutschen Ostgebieten und heutigen polnischen Westgebieten nimmt man es mit dem Katholizismus oft nicht mehr so ernst. Volle Kirchen gibt es dort nur noch während der Christmette sowie im Mai zur Kommunionzeit, weil viele Pfarrer eine Anwesenheitspflicht für die Kommunikanten, ihre Eltern und Paten einfordern, oder zur Ostermesse (Auferstehung).

Auch wächst eine antikirchliche Stimmung bei den östlichen Nachbarn. Das 2021 vom damaligen rechtskonservativen Bildungsministerium ins Leben gerufene Erhebungszentrum zu Fragen religiöser Freiheit (Centrum Badań Wolności Religijnej) in Warschau publizierte im September letzten Jahres, dass fast 24 Prozent der Katholiken in der Republik Polen negative Erfahrungen aufgrund ihres Glaubensbekenntnisses gesammelt hätten.

Es häufen sich antiklerikale und christophobe Symbole in der Öffentlichkeit. So sorgte ein Plakat auf einer Litfaßsäule in Lods [Łódź] für Aufregung. Es zeigte eine brennende Kirche und die Aufschrift: „Die einzige Kirche, die erleuchtet,

ist eine brennende“. Am Rande der sogenannten Schwarzen Märsche von Abtreibungsbefürwortern kam es nicht selten zu Vandalismus in Gotteshäusern. Auch der Stettiner Verband Fidei Defensor dokumentiert polenweit christophobe Delikte. In seinem letzten Bericht wird festgestellt, dass die höchste Zahl der Angriffe auf christliche Kultobjekte und Menschen in der Hochphase der Pro-Abtreibungsdemonstrationen 2020 stattgefunden haben. Bemerkenswert ist dabei, dass die meisten gemeldeten Fälle nicht geahndet wurden. Von 184 wurden 125 Fälle durch die Staatsanwaltschaften nicht angenommen.

Fälle werden nicht geahndet

Palmsonntag in Grünberg [Zielona Góra]: Einige Hundert Menschen folgen, wie jedes Jahr, dem Holzkreuz in einer Kreuzwegprozession. Sie starten an der „Kirche der Heiligen Mutter Gottes von Tschenschtchau“, dem einst evangelischen Fachwerk-Bethaus von 1746. Ziel ist die ebenfalls früher evangelische Erlöserkirche, die heute katholisch ist. An der Spitze der Prozession gehen sechs Pfadfinder mit brennenden Fackeln. Warum sind es nur sechs? „Wir können niemanden zwingen,

mitzugehen. Diejenigen, die gekommen sind, wollen damit ein Zeichen gegen den Hass der Religionsgegner setzen. Sie stehen für die Pfadfinderwerte, die sie geschworen haben“, so Malgorzata, Leiterin der Grünberger Pfadfindereinheit der Zehn- bis Dreizehnjährigen.

Die betende und singende Menge zieht an Geschäften und Gaststätten vorbei, aus denen laute Musik auf die Straße

dröhnt. Einige Passanten fragen, was denn los sei. Ein Herr mittleren Alters antwortet: „Wer gläubig ist, der geht den Passionsweg Christi mit“. Angst oder Scham dürfe man dabei nicht haben, denn „ängstlich sollen diejenigen sein, die nicht glauben“, sagt er. Eine junge Frau, die zum zweiten Mal dabei ist, offenbart, dass sie zwar gläubig sei, aber bei der Kreuzwegprozession aus einem anderen Grund

mitmache: „Ich schätze diese Gemeinschaft, in der wir uns formen“.

Mutige auf dem Passionsweg

Adam ist Student, er berichtet, wie erstaunt seine Kommilitonen waren, als sie erfuhren, er gehe den Grünberger Kreuzweg mit. „Erinnere dich“, sagten sie zu mir, „was die Kirche in Plock [Płock] am dort in der Kirche aufgebauten Jesusgrab schrieb: Gehörst du auch zu denen?“

2020 hatte man an einer Installation des Christusgrabes in einer Plocker Kirche Beispiele für Sünden aufgelistet, darunter: Verachtung, Hass, sexuelle Abweichung, Gender und LGBT. Das ging damals viral durch die Medien, es kam zu lautstarken Protesten, auf denen Transparente mit Maria in Regenbogenfarben und eine gekrönte Vagina getragen wurden.

„Sie glauben, je lauter sie sind, desto bunter oder angeblich offener kommen sie rüber. Aber Menschen wie mich grenzen sie aus“, sagt Adam. Er offenbart, dass er zu einer Gruppe gehört, die für den Schutz ungeborenen Lebens einsteht. Sie stehen auf Marktplätzen von Großstädten mit ihren Transparenten und beten. Oft würden sie angefeindet, aber meistens ignoriert, sagt er. Chris W. Wagner



Beten für das ungeborene Leben: Öffentliches Glaubensbekenntnis in Kattowitz

HEIMATTREFFEN

Caspar David Friedrich als Stargast

Pommern verbindet – Über 600 Landsleute fanden sich zum 30. Jubiläumstreffen in Anklam ein

VON FRIEDHELM SCHÜLKE

A m 9. März 1991 fand das allererste Heimattreffen in Anklam statt, damals noch im Theater mit 500 Landsleuten. Auf den Tag genau 33 Jahre später ließen sich bei frühlingshaftem Wetter am 9. März erneut mehr als 600 Pommern und Freunde der Heimat von fern und nah in das „Volkshaus“ Anklam rufen.

Die Mehrzweckhalle war mit leuchtenden Osterglocken und Forsythien festlich geschmückt und bis auf den letzten Platz besetzt. Zur Eröffnung des 30. Pommertreffens begrüßte Landesvorsitzender Manfred Schukat außerdem mehr als 80 neue und auffallend jüngere Gäste, die zum ersten Mal in Anklam dabei waren.

Drei Busgesellschaften waren ange-reist – zwei aus Polen und eine aus der Altmark. Über der Bühne prangten ein großes Pommern-Transparent und das neunteilige große Pommern-Wappen sowie ringsum an den Wänden 50 Fahnen aller pommerschen Kreisstädte und vieler Orte. Große Tischschilder der Heimatkreise halfen den ankommenden Landsleuten, sich schnell und leicht zu finden. Besondere Hingucker waren die beiden über vier Meter breiten nachgedruckten Transparente – die große Lubinsche Pommernkarte und der berühmte Croy-Tepich aus Stolp, Stettin und Greifswald. Zur Feier des Tages intonierte das Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern unter der Leitung von Cornelius During-Schwarzmaier preußische Militärmärsche und geistliche Weisen. Die Andacht hielt der evangelische Bischof von Mecklenburg-Vorpommern, Tilman Jeremias, der zu Neuentdeckung



Im Saal des Volkshauses in Anklam: Das Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern begeistert die Gäste mit schwungvoller Musik. Der Shantychor Usedom und eine Folkloregruppe aus Pyritz vervollständigten das Unterhaltungsprogramm Foto: Privat

des Glaubens und zum Frieden aufrief. In namentlichen Totengedenken wurde an 14 seit Anfang 2024 verstorbene Pommern erinnert. Als das Landespolizeiorchester das Pommerlied anstimmte, erhoben sich die Besucher und sangen alle fünf Strophen ihrer Heimathymne „Wenn in stiller Stunde“ mit.

Zu Gast war Caspar David Friedrich

Historischer Ehrengast war aus Anlass seines 250. Geburtstages der berühmte Maler Caspar David Friedrich aus Greifswald, dargestellt in zeitgemäßem Kostüm von Bastian Farr von der dortigen Stadtinformation. An einer großen Staffelei erzählte der Vertreter der Romantik aus seinem Leben und Schaffen. Schließlich vollendete er vor den Augen der Besucher und mit riesigem Applaus bedacht sein

wohl bekanntestes Gemälde „Kreidefelsen auf Rügen“.

Erstmals und eigens zu diesem Auftritt trug das Landespolizeiorchester das lange verschollene Rügenlied „Wenn die Granitz wieder grün wird“ vor. Weitere Ehrengäste entboten ihre Grüße, wie der Landtagsabgeordnete Marcel Falk, die Direktorin des Pommerschen Landesmuseums Greifswald, Ruth Slenczka, sowie die Vorsitzenden der deutschen Minderheiten in Polen, Detlef Rach aus Stolp, Thomas Krause aus Stettin und Peter Nycz aus Stargard. Aus Polen waren über 100 Gäste angereist. Feierlich verlesen wurden die Grußworte der Bundesvorsitzenden der Pommerschen Landsmannschaft, Margrit Schlegel, und der Stadt Anklam.

Nach dem Mittagessen trat zum zweiten Mal in Anklam das polnische Folklore-

Ensemble „Lieder und Tänze“ vom Weizackerkreis Pyritz [Pieśni i Tańca Pyrzyce] auf. Die 40 Kinder und jungen Erwachsenen unter der Leitung von Joanna Suwińska brachten mit ihren polnischen und pommerschen Trachten in zwei Programnteilen den Saal zum Kochen.

Auch der Shanty-Chor Insel Usedom e.V. animierte mit seinen Sehnsuchtsliedern von Heimat und Meer viele Besucher wieder zu einer langen Polonaise durch den ganzen Saal. So ging das frohe Beisammensein viel zu schnell zu Ende. Zum großen Finale ging der Dank der ganzen Versammlung vor allem an die 30 ehrenamtlichen Helfer, die in großer Treue, mit hohem persönlichen Einsatz und völlig unentgeltlich dieses schöne Treffen erst möglich gemacht haben.

Auf ein gesundes Wiedersehen!

● MELDUNGEN

Parksystem, Katze und Ehrenmedaille

Stettin – Auf gebührenpflichtigen unbewachten Parkplätzen wird ab dem 2. April ein neues Parksysteem der Firma Paymove eingeführt, das auch auf Deutsch verfügbar ist. Das System funktioniert durch das Scannen eines QR-Codes mit dem Smartphone. TS

Stargard – Bis Sommer 2025 werden mehrere Straßen wie die Johannisstraße, die Schuh-Straße, die Pelzer-Straße und die Haar-Straße in der Altstadt saniert. Neben Gehwegen entstehen ebenso neue Parkplätze. Die staatliche Förderung beträgt geschätzte 2,44 Millionen Euro. TS

Pasewalk – Die belgische Firma Stemme baut in Pasewalk zukünftig drei verschiedene Modelle ihrer Leichtmetall- und Segelflugzeuge. Die Hansestadt wird somit Hauptsitz der Komplettfertigung. 100 Mitarbeiter produzieren auf 900 Quadratmeter Fläche etwa vier Flugzeuge pro Monat. TS

Swinemünde – Ein kleine schwarze Katze sorgte in der vergangenen Woche für Aufregung im Swine-Tunnel. Das verängstigte Tier konnte durch Arbeiter und Polizisten geborgen werden. Nun kümmert sich ein Tierheim um die „Streunerin“. TS

Bublitz/Demmin – Die Bürgermeisterin von Bublitz, Mieczysława Brzoza, wurde nach 14-jähriger Amtszeit feierlich in den Ruhestand verabschiedet. Von der Hansestadt Demmin erhielt sie für ihre Verdienste um die seit 1995 existierende Städtepartnerstadt die Ehrenmedaille. TS

STETTIN

Lebens-Ansichten eines Seglerkaters

1000 Meter maritime Geschichte – Vom Piratenschiff bis hin zu fünf Fässern mit Stettiner Heringen, einst eine begehrte Handelsware

Die Seglerallee [Aleja Żeglarzy] in Stettin ist ein Teil des am Oderufer liegenden rund 1000 Meter langen Bulwar Piastowski und wurde 2013 eröffnet. Sie ist eine Freiluftausstellung, welche die Geschichte vom Meer, von den Seglern und von der Stadt – beginnend ab dem 10. Jahrhundert bis in die Gegenwart – beschreibt.

Wyszaks Piratenboot

Entlang der Allee wurden Plastiken angebracht, darunter das Boot von Wyszak, dem legendären Stettiner Kaufmann und Piraten aus dem 12. Jahrhundert. Skulpturen stellen den Kapitän, Bildhauer, Mitorganisator des Stadtmuseums in Stettin und Förderer des Segelsports, Kazimierz Haska, sowie Ludomir Mączka dar, ein Geologe und Seemann, der als Segler fast 170.000 Kilometer zurücklegte – eine Route, die einer fast achtmaligen Erdumrundung entspricht, wobei er neunmal den Atlantik, viermal den Pazifik und dreimal den Indischen Ozean überquerte.

Der legendäre Seglerkater

Am Ufer steht auch der Seglerkater Umbriaga. Über den legendären Kater werden Geschichten erzählt, Lieder gesungen, und es wurde sogar ein Kinderbuch geschrieben. Umbriaga, eine rote Katze, lebte kurz nach dem Zweiten Weltkrieg im Jachthafen des Akademischen Seefahrtsvereins (heute Jachtclub AZS Szczecin) in Stettin am „Mare Dambiensis“, dem Dammschen See. Er liebte das Meer,



Legendär: Der Seglerkater Umbriaga. Ihm sind Lieder, Geschichten und ein Kinderbuch gewidmet. Der Kinder-Seglerpreis hat den Namen „Umbriaga Award“

und das Meer liebte ihn. Jahrelang begleitete der Kater die Segler auf dem Dammschen See und war den Stettiner Seglern weithin bekannt, die damals nur auf dem Dammschen See segeln konnten: Die Oder als Grenzfluss und noch mehr das Stettiner Haff an der Grenze zu Deutschland durften nach den Bestimmungen des Grenzschutzes nicht befahren werden.

Ein Film gab den Namen

Umbriaga ist ein verfälschtes Wort, das die Matrosen einem italienischen Film entnommen haben, der damals in den Kinos lief. In den frühen 1950er Jahren, vermutlich 1953, verschwand Umbriaga aus der Öffentlichkeit. Am 1. Juni 2018 wurde im Rahmen einer Feierstunde mit dem Titel „Die Rückkehr der Katze Umbriaga von einer Reise um die Welt“ das von Paweł Szatkowski geschaffene Denkmal enthüllt, das nun neben dem Denkmal von Kapitän Kazimierz Haska, geschaffen vom selben Künstler, steht.

Kinder-Seglerpreis

Zu den Internationalen Segelpreisen von Stettin, die 2016 ins Leben gerufen wurden und jährlich in zehn Kategorien verliehen werden, gehört der „Umbriaga Award“, der an Kinder im Alter von sechs bis 13 Jahren für besondere Segelleistungen verliehen wird. Dieser Preis hat die Form einer Katze im Matrosenanzug.

Weitere Skulpturen, Darstellungen von Navigationsgeräten wie Chronome-

ter, Kompass und Sextant sowie historische Bronzetafeln, welche die Verbindungen von Stettin und Westpommern zum Meer sowie die Geschichte der regionalen Segelfahrt darstellen, runden die Sehenswürdigkeiten am Ufer ab.

Das neueste Schaustück ist der Stettiner Tradition gewidmet. Das Wahrzeichen des alten Stettins waren Heringe,



Sie dürfen nicht fehlen: Stettiner Heringe, einst begehrte Handelsware

damals florierte der Handel mit den Fischen. So wurden nun fünf Fässer mit Heringen als neue Attraktion der Sammlung hinzugefügt.

Beim Rundgang am Flussufer wird die Nase zudem von süßem Schokoladen- und Kakaoduft verführt. Diesen feinen Geruch kann man dank des Unternehmens „Gryf S.A.“ am Ostufer der Oder genießen, wo 1976 erstmals in Polen mit der Produktion von Trinkschokolade begonnen wurde. Manfred E. Fritsche

„Die EU-Außengrenze muss gesichert werden!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

“

„Noch bin ich ein recht neuer Leser der PAZ. Aber ich möchte die Lektüre nicht mehr missen“

Wolfram Baentsch,
Köln



Ausgabe Nr. 12

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

BESTER AGRAR-BEITRAG ZU: POWER TO THE BAUER! (NR. 12)

Der beste Beitrag über Landwirtschaft, den ich seit Jahren gelesen habe. Ausdrückliches Lob für die Fachkunde und Empathie der Journalisten.

Gerhard Baab, Agraringenieur, Grafschaft

EU HAT AFRIKA VERSCHLAFEN ZU: ALTER WEIN IN NEUEN SCHLÄUCHEN (NR. 12)

Die Europäische Volkspartei (EVP) – mit welcher Berechtigung sie auch immer diesen Namen führt – will uns glauben machen, dass sie mit Ursula von der Leyen wirklich einen Politikwechsel vollziehen will. Es darf bezweifelt werden, dass diese Wandlung aus Überzeugung geschieht. Außerdem liegen Welten zwischen einem Wahlprogramm und einem Handeln. Dass die EVP in ihrem Wahlprogramm Afrika einen Schwerpunkt einräumt, ist lange überfällig und jetzt auch schon zu spät. Hier haben unter anderem Russland und China die EU schon lange überholt. Europa hat Afrika verschlafen.

Der letzte Absatz dieses Artikels ist bemerkenswert: Ob Drittstaaten „trauern“, wenn EU-Visa aberkannt werden, weil sie ihre illegal eingereisten Bürger nicht zurücknehmen? Das Problem mit illegal Eingereisten darf erst gar nicht entstehen. Die EU-Außengrenze muss gesichert werden! Heinz-Peter Kröske, Hameln

DAUERKIFFER IN PFLEGE ZU: WOCHENRÜCKBLICK: WIR SIND „GEWARNT“ (NR. 12)

Wieder ein guter Artikel, und beste Grüße an den langhaarigen alten Mann im Hamburger Computerreparaturshop, der sagte, er wisse, dass eine Diktatur komme. Die Dauerkiffer der APO-Generation haben nun ihr Ziel erreicht. Aber sie bekommen keinen Platz im Pflegeheim, und niemand wird in der Lage sein, die alten Dau-

erkiffer zu pflegen. Dabei gehen viele Pflegeheime in Insolvenz, und die noch verbliebenen Pflegekräfte packen ihre Kinder ein und gehen, wenn sie Verstand haben. Doch im Ausland bekommen langhaarige alte Dauerkiffer keinen Platz im Pflegeheim.

Valentina Selge, Jork

IM CANNABIS-DELIRIUM ZU: ZUM WOCHENRÜCKBLICK: WIR SIND „GEWARNT“ (NR. 12)

Diese gnadenlose Übergriffigkeit seitens einiger staatlicher Organe, die sich gerade in Deutschland so richtig breitzumachen droht, gibt mir sehr zu denken. Welcher „Virus“ breitet sich gerade hier im Lande aus? Lässt sich das Leben wirklich nur noch einigermaßen im Cannabis-Delirium ertragen?

Menschen gehen bei uns auf die Straße, um hier im Rechtsstaat Deutschland für die „wahre“ Demokratie zu demonstrieren. Derweil tut die Ampel alles, um unsere Demokratie mit ihrem Demokratieförderungsgesetz möglichst klein und in Schacht zu halten.

Irgendwie ist mein Vertrauen in diese Ampelregierung nicht nur auf dem Nullpunkt angekommen, sie ist bereits weit unter dem Wert Null. Haben unsere Volksvertreter, die sich auf den Regierungsbänken festgeklebt haben, jetzt vollständig ihren Verstand verloren?

Riggi Schwarz, Büchenbach

INS WESPENNEST GESTOCHEN ZU: DER LANGE WEG ZUR AKZEPTANZ EINES UNVERMEIDLICHEN ENDES (NR. 11)

Mit seiner Forderung nach Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine, damit eine vollständige militärische Niederlage Kiews vermieden wird, hat Papst Franziskus in ein Wespennest gestochen. Kurz nach Franziskus' mahnenden Worten in Richtung Kiew brach ein Sturm pseudomoralischer Entrüstung über ihn herein. Dabei beschäftigte man sich gar

nicht mit den Argumenten des Papstes, welcher als Oberhaupt der katholischen Kirche auch eine Verantwortung für das Wohlergehen der Katholiken in der Ukraine trägt, sondern man unterstellte ihm teilweise sogar, aufseiten Moskaus zu stehen.

Die Reaktion der kriegsbegeisterten Hardliner und deren Dominanz im öffentlichen Diskurs zeigt, wie berechtigte Kritik an der bedingungslosen Fortführung des Konflikts delegitimiert werden soll. Es ist eine absolute Einteilung der Welt in „gut“ und „böse“, welche Scharfmacher wie Katrin Göring-Eckardt, Marie-Agnes Strack-Zimmermann oder Roderich Kiesewetter daraufhin zu „moralischen Instanzen“ erhebt, da diese ja mit der Parole „Russland darf nicht gewinnen“ – was auch immer damit auch gemeint ist – die einzig legitime Meinung vertreten.

Aus kritischen Stimmen werden im Kriegseifer vermeintliche Parteinahmen für den Gegner gemacht, wie es jetzt selbst der Papst spüren musste. Zu einer nüchternen Betrachtung des Konflikts in der Ukraine oder zu einer Selbstreflexion scheint Frau Strack-Zimmermann derzeit genauso weit entfernt zu sein, wie Kiew von einem „Sieg“ gegenüber Moskau.

Der Papst jedoch hat eine Debatte angestoßen, welche kritische Betrachter der Geschehnisse in der Ukraine im Westen fortführen werden. Spätestens dann, wenn Trump erneut gewählt werden sollte, könnten Franziskus' Thesen zur politischen Maxime der NATO werden.

Marcel Jacobs, Hamburg

THEORETISCHE UNSCHÄRFEN ZU: DIE KOSMOLOGIE TAPPT BUCHSTÄBLICH IM DUNKELN (NR. 11)

Spekulieren kann man trefflich und viel, indes, wenn man nicht wie Einstein und Heisenberg den Mut besitzt, grundlegende, immer nur vorläufig bestehende Erkenntnisse der Physik in Frage zu stellen, bleibt man auf einem Punkt stehen. Jedenfalls mangelt es der aktuellen Physik

an der Entschlossenheit, die Gravitationskraft unter die Lupe zu nehmen.

Es gibt ernst zu nehmende Physiker, welche die Auffassung vertreten, die Gravitation sei in Wahrheit eine weitere Kernkraft (neben elektromagnetischer, schwacher und starker Kernkraft), die uns zur Annahme verleitet, es sei die pure Masse, die mit dem Phänomen der Gravitation korrespondiere. Was, wenn es die Gravitation, so wie wir sie heute verstehen, gar nicht gibt? Dann fällt auch das Konzept der „Dunklen Materie“ in sich zusammen.

Chris Benthé, Dresden

NICHT REGIMETREU ZU: HITS AM LAUFENDEN BAND (NR. 12)

Die Puhdys waren nicht besonders regimetreu. Ich erinnere mich an ein Lied von 1986: „Denke ich an Deutschland, fall'n mir Gedichte ein. / Klingen große Namen raus aus totem Stein. / Und in mir ist Schreien wie nie gekannt. / Hier bin ich geboren, das ist mein Land. / Denke ich an Deutschland, ist mir auch nach Schreien. / Fällt mir soviel Hass, Not und Elend ein. / Dann seh ich die Erde zu Asche verbrannt. / Hier bin ich geboren, auch das ist mein Land.“

Schon das Wort „Deutschland“ zu singen war 1986 riskant.

Stefan Knorr, Affoltern am Albis/Schweiz

ODER DOCH REGIMETREU? ZU: HITS AM LAUFENDEN BAND (NR. 12)

Puhdys? Na, ja. Sie spielten meist die Melodien, die die Regierenden hören wollten, ebenso wie die Gruppe Karat. Unsere Band war die Renft-Combo, die letztlich verboten wurde. Die Männer hatten Mumm in den Knochen. Letztlich dient auch die Musik in jedem System der staatlichen Propaganda – sonst bleibt man eine Tinglegruppe oder ein Baumarktsänger. Man schaue sich die heutige Musikszene an.

Günter Schaumburg, Bad Kreuznach

ANZEIGE

Die dunklen Pläne der WHO: permanente Pandemien, Impfzwang und totale Überwachung

■ Lockdowns, Ausgangssperren, Kontaktverbote, Schul- und Geschäftsschließungen, Masken- und Testzwang, Quarantäne und Impfdruck – all das ist nichts gegenüber den Plänen, die die WHO noch in diesem Jahr beschließen will.

Die Gesundheitsdiktatur soll kommen!

Hinter verschlossenen Türen werden düstere Pläne für eine globale Gesundheitsdiktatur geschmiedet. So soll die WHO fast grenzenlos neue Pandemien und damit ein »medizinisches Kriegsrecht« ausrufen und Tests, Zwangsimpfungen sowie verpflichtende Medikamenteneinnahmen anordnen können. Gleichzeitig soll ein globales Bioüberwachungssystem durch Testungen, Quarantäne und weitere Maßnahmen in Kraft treten. Ungeimpfte sollen künftig sogar als »krank« deklariert werden!

Beate Bahner, Fachanwältin für Medizinrecht und Spiegel-Bestseller-Autorin beantwortet vor diesem wahrlich dystopischen Hintergrund viele brisante Fragen, wie etwa:

- Was verbirgt sich hinter dem ominösen »JITSUVAX-Projekt« und dem »Mercury-Programm« von Gates und Rockefeller?
- Wem »gehört« und wer finanziert die WHO?
- Wer hat eigentlich ein Interesse an Pandemien und wer sind deren Profiteure?

- Weshalb soll der ganze Erdball »genomisiert« werden?
- Warum ist sogar die Massentötung von Haustieren vorgesehen?

Beate Bahner entlarvt auf der Grundlage von über 900 seriösen Quellen und Originaldokumenten weitere »Schrecken«, die die WHO plant:

- die dauerhafte Impfung aller Menschen inklusive Kindern,
- Impfungen wegen des »Klimawandels«,
- Impfstoffzulassungen in nur 100 Tagen,
- die Abschaffung der medizinischen Selbstbestimmung,
- die Kriminalisierung von Impfkritikern und Andersdenkenden und vieles mehr.

Erfahren Sie in dieser explosiven Publikation alle Hintergründe über den größten Angriff auf unsere Freiheit und auf die Unversehrtheit unseres Körpers, den es je gegeben hat. Beate Bahner zeigt aber auch, was wir jetzt noch tun können, um das Schlimmste zu verhindern.



SPIEGEL
Bestseller-
Autorin

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Beate Bahner: WHO-Pandemievertrag: Der finale Angriff auf Ihre Freiheit – Was Sie jetzt unbedingt wissen sollten! gebunden • 383 Seiten • Best.-Nr. 990 500 • 22,99 €

WERBUNG

Ein Prosit auf das „Fräulein Tosca“

Ein Geburtstagskind und eine Stilikone – Theresia Schmitz-Lew brachte in den 50ern und 60ern Parfümdüfte in deutsche Wohnzimmer

VON MARKUS BAUER

Wohl nur noch die ältere Generation kann etwas mit „Fräulein Tosca“ anfangen. Die Bezeichnung „Fräulein“ ist heute aus der Zeit gefallen, und „Tosca“ ist bekanntlich eine Oper von Giacomo Puccini. Aber „Fräulein Tosca“? Klären wir auf: Dabei handelt es sich um das Gesicht und letztlich um die junge Frau, die in den 1950er und 60er Jahren für den Tosca-Lippenstift von 4711 Reklame machte. 4711 ist eine Parfüm-Marke, die zum Unternehmen Mäurer & Wirtz GmbH & Co. KG, gegründet in Stolberg und heute in Köln ansässig, gehört. Dieses Duftwasser wird noch heute produziert und darf die Bezeichnung Original Eau de Cologne (Original Kölnisch Wasser) führen.

Theresia Schmitz-Lew ist diese Dame, die auch für andere Produkte als Werbeikone fungierte und so einen gewissen Bekanntheitsgrad erwarb. „Aber niemand ahnte, wie schicksalhaft ihr Leben verlief, ehe sie das ersehnte Glück sowie die wahre Liebe und Erfüllung fand“, relativiert der Münchner Autor, Verleger und Filmproduzent L. Alexander Metz. Unter dem Titel „Das Fräulein Tosca. Erinnerungen eines Fotomodells“ hat er die Lebensgeschichte Schmitz-Lews dokumentiert, die Parallelen zu seiner eigenen hat.

Denn Schmitz-Lew und Metz verbindet das Schicksal, den leiblichen Vater gar nicht zu kennen oder erst sehr spät im Leben von ihm zu erfahren und ihn kennenzulernen – ganz zu schweigen von den damit verbundenen Lebensumständen und -erfahrungen. Metz hat sein eigenes Los, vor allem seine Kindheit und Jugend, in zwei Büchern festgehalten. Und als er von der ähnlichen Fügung bei Theresia Lew erfuhr, die ebenfalls in München wohnt, lag es nahe, auch dieser Vita auf die Spur zu gehen.

Theresia Lew, am 5. April 1934 im oberschwäbischen Immelstetten geboren, wuchs auf einem Bauernhof in ärmlichsten Verhältnissen mit mehreren Geschwistern auf. Ihr Vater war Michael



Jubilantin: Theresia Schmitz-Lew, die am 5. April ihren 90. Geburtstag feiert, bei ihrem Seemanns- und Shanty-Chor

Meitinger, Sohn der Eheleute Josef und Franziska Meitinger, die 1891 geheiratet hatten und den Meitinger-Hof bewirtschafteten. Theresias Stiefvater war dann der Pferdekutscher Johann Bäuerle. Ohne richtigen Schulabschluss und ohne Ausbildung arbeitete sie zunächst als Magd, als Waldarbeiterin und als Bedienung, unter anderem im Jahr 1952 in Freiburg als Hilfskraft in der Bahnhofsgaststätte ihres Onkels, des Bruders ihres Stiefvaters, oder im Jahr 1956 in der Schoppenstube des Ratskellers in München.

Im Jahr 1957 wurde sie in München von einem Werbefotografen als Fotomodell entdeckt und weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt. Sie liebte ihr Gesicht der damaligen 4711-Kosmetik-Produktlinie „Tosca“ (Parfums, Lippenstifte). Zur Vermarktung der Artikel gehörten damals wie heute attraktive Frau-

en. Neben „Fräulein Tosca“ verkörperte sie auch die vorbildliche Wipp-Perfekthausfrau von Henkel (Waschpulver) und die gepflegte Dame von Nivea. Sie war sozusagen die Stilikone für die bedeutendsten Firmen, die Produkte für die (Haus)Frau herstellten. Jede und jeder kannte sie ab den 1950er Jahren. Ihr strahlendes Gesicht erblickte man auf Litfaßsäulen und in Illustrierten. Auch später noch stand sie als Fotomodell vor der Kamera – etwa für „frei öl“ (1983) und im Jahr 1998 als Seniorin.

Alle Höhen und Tiefen durchlitten

In erster Ehe war sie mit dem 21 Jahre älteren Jupp Josef Schmitz verheiratet. Aus dieser Ehe stammte die Tochter Sabine, die bei einem Unfall ums Leben kam. Im Jahr 1981 ehelichte sie ihren zweiten Mann Gerhard Lew, 1986 adoptierte sie

die aus São Paulo in Brasilien stammenden Kinder Marisa und Mauricio.

Im gesellschaftlichen Leben war sie über die Jahre gut verankert. Bei entsprechenden Anlässen traf sie unter anderem im Jahr 1976 mit dem damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel und im Jahr 1993 mit dessen Nachfolger Max Streibl und Bundeskanzler Helmut Kohl zusammen. Kurzum: Sie hat alle Höhen und Tiefen eines Menschenlebens durchschritten. Im November 2011 war sie federführend mit ihrem Mann an der Gründung eines Seemanns- und Shanty-Chors in München beteiligt, dessen Management sie fortan übernahm. Im Kirchenchor St. Peter und Paul München wirkt sie als Sopranistin mit.

Zentral war für Theresia Schmitz-Lew lange Zeit aber die große und verzweigte Frage ihres Lebens: Wer ist mein Vater?

Ähnlich ging es Metz, der vor seiner Tätigkeit als Autor, Verleger und Filmproduzent lange bei einer namhaften Versicherungsgesellschaft tätig war. Er kam 1946 im oberpfälzischen Cham zur Welt. Doch sein Vater war ein Zwangsarbeiter, und niemand durfte von der Schwangerschaft seiner Mutter erfahren. So wurde der Bub gleich nach der Geburt einer Pflegemutter übergeben, die einen Zuverdienst gut gebrauchen konnte.

Die frühe Kindheit beschreibt Metz in seinem im Jahr 2015 erschienenen Buch „So war's und ned anders. Der versteckte Bua“. Im Nachfolgewerk „Der zerbrochene Engel“ zwei Jahre später geht es um die Jahre bei den Regensburger Domschatzen von 1955 bis 1966. Beim weltberühmten Knabenchor verbrachte er die weitere Schul- und Jugendzeit, wobei natürlich auch die Kontakte zur Pflegemutter, zur Mutter sowie den Verwandten und Bekannten in Cham geschildert werden.

Vor dem Hintergrund seiner eigenen Lebensgeschichte erfuhr Metz, dass Theresia Schmitz-Lew ein ähnliches Schicksal widerfahren ist. Als Münchner war es für Metz im wahrsten Sinne des Wortes naheliegend, zu der im Stadtteil Trudering wohnenden Werbeikone der 1950er und 60er Jahre Kontakt aufzunehmen. „Sie hatte von einer Frau ihr Leben schon aufschreiben lassen, das war bereits eine gute Basis“, erläutert Metz.

Auf dieser Grundlage hat er dann in Zusammenarbeit mit Schmitz-Lew deren Leben im Buch „Das Fräulein Tosca. Erinnerungen eines Fotomodells“ dokumentiert. In einem zehn Folgen umfassenden Podcast des Bayerischen Rundfunks (BR-Heimat Lesen) kann es jederzeit kostenlos angehört werden.



Theresia Lew, Alexander Metz: „Das Fräulein Tosca. Erinnerungen eines Fotomodells“, BoD – Books on Demand, Nordstedt 2019, 180 Seiten, 9,99 Euro

TECHNIKGESCHICHTE

Zwischenhalt am Anhalter Bahnhof

Nach grundlegender Neugestaltung: Der Lokschnuppen I des Berliner Technikmuseums ist wieder mit einer Dauerausstellung geöffnet

Am früheren Anhalter Bahnhof in Berlin regt sich wieder etwas. Das hat aber nichts mit dem Streikende der Lokführer zu tun, sondern mit dem Deutschen Technikmuseum, das in den historischen Lokschnuppen des Anhalter Bahnhofs die neue Schienenverkehr-Dauerausstellung „Eisenbahn: Revolution und Alltag“ eröffnet hat. Mit Fokus auf die Kulturgeschichte zeigt sie, wie die Eisenbahn auf Gesellschaft, Wirtschaft und Alltag einwirkte und bis heute einwirkt. Im nun vollendeten ersten Bauabschnitt der Ausstellungsumgebung wird im Lokschnuppen 1 auf 1700 Quadratmetern die Zeit von den Anfängen der Eisenbahn bis 1914 dargestellt.

Die Ausstellung kombiniert einzigartige historische Objekte mit moderner Präsentation. Eine übersichtliche Gliederung, attraktive Großfotos, Zeichentrickfilme, Medienstationen, Mitmach-Angebote und eine bessere Zugänglichkeit der Inhalte ermöglichen Erwachsenen und Kindern gleichermaßen ein einzigartiges Besucherlebnis. Grundlage der Ausstellung sind einmalige Objekte, von denen

viele aus dem früheren Verkehrs- und Baumuseum in Berlin stammen. Dazu zählen Fahrzeuge wie der offene Personenwagen von 1843. Er ist einer von nur zwei weltweit erhaltenen Wagen dieses

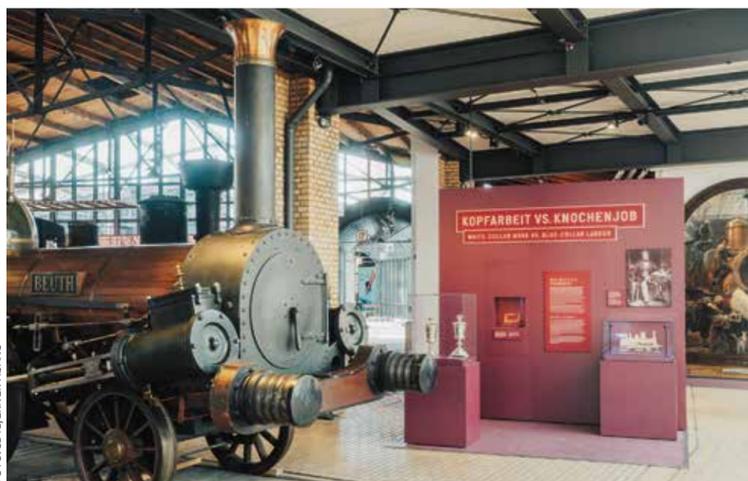
Typs, bei dem die Reisenden noch im Freien saßen. Auch ein Stück Originalgleis der englischen Eisenbahnlinie von 1825 findet sich und ein hölzerner Eisenbahnvorläufer aus dem 16. Jahrhundert.

Neu in der Ausstellung ist der doppelstöckige Pferdebahnwagen von 1865. Er erinnert daran, dass Berlin bis 1900 im Stadtverkehr über ein einhundert Kilometer langes Schienennetz verfügte. Dabei wurde der geringe Rollwiderstand der Schiene mit dem jahrtausendealten Antrieb durch „Pferdestärken“ kombiniert.

Auch die elektrische Eisenbahn wird dargestellt. Dazu zählt der Triebwagen ET 183 05 von 1899. Obwohl einer der ersten seiner Art, war er in Süddeutschland bis 1962 im Einsatz. Für die neue Ausstellung wurde er umfangreich erforscht und restauriert. Ein Zeichentrickfilm illustriert seine Geschichte ebenso wie Objekte, die in den Fensterschächten gefunden wurden – von Fahr- und Kinokarten über Zigarettenschachteln bis hin zu kleinen Spielzeugtieren und Comic-Heften. Mit der Geschichte des elektrischen Antriebs von Schienenfahrzeugen werden zugleich Traditionslinien emissionsfreier Mobilität aufgezeigt und der Bogen zu heutigen Diskussionen um eine CO₂-neutrale Mobilität geschlagen.

Die Ausstellung befindet sich an einem besonderen Ort: in den Lokschnuppen, die einst zum Anhalter Bahnhof gehörten. Ihre Geschichte wird ebenso erklärt wie die des größten der Berliner Fernbahnhöfe des 19. Jahrhunderts. Aus dem im Krieg zerstörten Empfangsgebäude des „Anhalter“ wurden etliche Bauteile geborgen, die in der Ausstellung neu präsentiert werden. Manche davon werden erstmals gezeigt, wie große Blechbuchstaben, die an der Bahnhofsfassade die Entfernung zu den von dort zu erreichenden Städten anzeigten. Zentraler Bestandteil sind die originalen Galvanoplastiken „Tag“ und „Nacht“ von Ludwig Brunow, von denen sich heute Repliken am verbliebenen Baurest des Bahnhofs am Askanienschen Platz in Berlin-Kreuzberg befinden. Die Personifikationen sollten daran erinnern, wie die Eisenbahn die Zeitmessung und Zeitwahrnehmung verändert hatte.

H. Tews/SDTB



Einfahrt einer Beuth-Lokomotive: Blick in den Lokschnuppen des Technikmuseums

● Technikmuseum Berlin in der Trebbiner Straße 9. www.technikmuseum.berlin

● FÜR SIE GELESEN

Vergessener Schriftsteller

Josef Wiener-Braunsberg war in den 1920er Jahren ein stadtbekannter Schriftsteller und Redakteur in Berlin. Als Chefredakteur der Zeitschrift „ULK“ hatte er sich mit humorvollen Reimen auf das politische Leben einen Namen gemacht. Vor allem setzte er sich humoristisch mit dem zunehmenden Antisemitismus auseinander.

Die PAZ-Autorin Bettina Müller war bei Recherchen über die ostpreussische Stadt Braunsberg auf den ungewöhnlichen Namen des jüdischen Schriftstellers gestoßen. Da Wiener-Braunsberg bereits nach dem Zweiten Weltkrieg in Vergessenheit geraten war, gestaltete sich die Recherche mühsam. Bekannt ist, dass der Sohn des aus dem schlesischen Löwenberg stammenden Arztes Wilhelm Robert Wiener und der Tochter eines westpreussischen Gutsverwalters 1866 in Braunsberg geboren wurde. Schon in Berlin lebend, fügte er seinem Nachnamen den Namen seines Geburtsorts an. Trotz seiner umfangreichen Redakteurstätigkeit gelang es Wiener-Braunsberg zwei Romane zu verfassen. Die „Venus von der Tauentzien“, 1923 im skandalumwitterten Kurt-Ehrlich-Verlag erschienen, wurde sein größter Erfolg. Wiener-Braunsberg, der 1928 starb, wurde posthum noch vom NS-Regime verschmäht. **MRK**

Bettina Müller: „Josef Wiener-Braunsberg. Redakteur und Schrift-

steller. Ein Leben für den Ulk“, Jüdische Miniaturen, Hentrich & Hentrich Verlag, Leipzig 2024, broschiert, 89 Seiten, 9,90 Euro

Energie und Kosmos

Maja Nielsen legt seit Jahren erfolgreich Kinder- und Jugendbücher vor, die sich um die deutsche Geschichte drehen. Nach Themen rund um den Ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution befasst sie sich in „Der Tunnelbauer“ mit der deutschen Teilung, als viele Menschen aus der abgeriegelten DDR fliehen wollten. Es beginnt spannend. Ein 18-jähriger Mann mit falschem Pass tritt nach dem Bau der Berliner Mauer im Dezember 1961 an den Grenzübergang in der Friedrichstraße heran. Alles, was nötig zu wissen ist, hat ihm sein Fluchthelfer mitgeteilt. Achim, so der Protagonist, geht gedanklich jedes Detail noch einmal durch. Er hat große Angst. Angekommen im Westen, gräbt Achim mit anderen Helfern Tunnel, um auch seine Freundin endlich wieder bei sich zu haben.

Angelehnt an wahre Geschehnisse schrieb die Autorin diesen packenden Roman, der auf die Erlebnisse Joachim Neumanns zurückgeht, der Anfang der 1960er Jahre aus der DDR floh und an den Tunnelbauten maßgeblich beteiligt war. Viele weiterführende Informationen am Ende komplettieren das Buch. *Silvia Friedrich*



Maja Nielsen: „Der Tunnelbauer“, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2023, gebunden, 192 Seiten, 14 Euro

RATGEBER DER WOCHE



Verspannungen erfolgreich lösen

Die beiden Osteopathen und Heilpraktiker Tobias Knop und Daniel Niehaus zeigen anhand ausgewählter Übungen, was man selbst tun kann

FOTO: IMAGODONAR

Hilfe zur Selbsthilfe Die Osteopathen Tobias Knop und Daniel Niehaus legen Wert darauf, die mentale Verfassung eines Kranken bei ihren Ratschlägen einzubeziehen. Mit ihrer „Body-Mind-Methode“ wollen sie positives Denken erreichen sowie das Bewusstsein dafür schärfen, dass der Körper bei richtiger Beachtung selbst zur Heilung beitragen kann. In „Verspannungen loswerden“ erklären sie, wie Stress, zu viel sitzen, falsche Nährstoffzufuhr und Schlaflosigkeit zu Problemen

führen. Eine Blockade kann auch durch psychischen Stress entstehen. Mit Atemübungen soll man sich intensiv entspannen. Die Übungen, die am Ende des Buches gezeigt werden, sind leicht machbar und sanft. Es wird erklärt, was beispielsweise ein Lächeln an Positivem in unserem Körper auslösen kann.

Entstanden ist ein sehr aufbauendes und positives Buch, das für Menschen mit lästigen und schmerzhaften Verspannungen zu empfehlen ist. *Angela Selke*



Tobias Knop/Daniel Niehaus: „Verspannungen loswerden. 4 Wochen – 10 Übungen. Endlich schmerzfrei in Nacken, Schulter und Rücken“, Humboldt Verlag, Hannover 2023, broschiert, 177 Seiten, 22 Euro

ZEITGESCHICHTE

Blick auf ein Jahr der Goldenen Zwanziger

Für die meisten Menschen war die Zeit nach der Hyperinflation ab 1924 nicht so rosig, wie das Jahrzehnt im Allgemeinen gesehen wird

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Das Jahr 1924 war ein Jahr des Aufbruchs nach der überstandenen Hyperinflation. Trotz sinkender Arbeitslosigkeit waren aber die Aussichten für die meisten Menschen nicht so rosig, wie der später kreierte Begriff „Goldene 20er Jahre“ für das halbe Jahrzehnt bis zur Weltwirtschaftskrise 1929 nahelegen scheint. Der Mittelstand hatte seine Ersparnisse verloren, während Unternehmer und andere Profiteure ihre Schulden tilgen und Investitionen tätigen konnten.

Eine Auswahl dessen, was damals in Österreich und, mit gelegentlichen Blicken über die Grenze, im Deutschen Reich und weltweit geschah, hat der Wiener Autor und Publizist Gerhard Jelinek als eine kaleidoskopartige, schillernde Jahreschronik zusammengestellt. Sein Buch mit dem Titel „1924. Schneller, frecher, wilder. Der Beginn der fabelhaften Zwanziger“ greift in 60 kurzen Kapiteln ganz unterschiedliche Themen und Ereignisse auf, die aber nicht alle gleichermaßen Interesse wecken.

Aus den Bereichen Kunst, Kultur, Politik, Sport und „Sonstiges“ richtete sich der Fokus auch auf die Flapper Girls, eine Moderscheinung aus Amerika. Letztere trugen kurze Flatter-Röcke (daher der Name), rauchten Zigaretten und tanzten auf Partys ausgelassen zu fetzigen Jazzrhythmen. Hier trifft die Bezeichnung „Goldene Zwanziger“ mit unserer kollektiven Erinnerung zusammen. Roald

Amundsen scheiterte auf dem Weg zum Nordpol mit einem Flugzeug, der erste Stummfilm über die Biene Maja wurde gedreht und der Muttertag in Österreich eingeführt. In der Juli-Hitze fanden in Paris die achten Olympischen Spiele statt, über die erstmals „live“ im Radio berichtet wurde. Sie brachten zwei Sportler-Legenden hervor: den finnischen Läufer Nurmi und den amerikanischen Schwimmer Johnny Weissmüller, der später als Tarzan in Hollywood Karriere machte.

Ein unrühmliches Kapitel aus dem Leben von Ludwig Wittgenstein, der als einer der bedeutendsten Philosophen des 20. Jahrhunderts gilt, überrascht am meisten. Am 5. August 2024 bewarb sich Wittgenstein als Lehrer einer zweiklassigen Dorfschule in Niederösterreich. Seinerzeit durften Lehrer die Schulkinder schlagen, wenngleich sozusagen „mit Maßen“. Dass der Autor des „Tractatus logico-philosophicus“ von dem ihm zustehenden Recht unbotmäßig Gebrauch machte, was ihm eine Klage wegen Körperverletzung eintrug, erscheint völlig unvereinbar mit der Vorstellung von einem tiefgründigen Denker.



Gerhard Jelinek: „1924. Schneller, frecher, wilder. Der Beginn der fabelhaften Zwanziger“, Amalthea Signum Verlag, Wien 2023, gebunden, 256 Seiten, 28 Euro

KRIMI

Schonungslos skurril und unterhaltsam

Pascal Garnier hat einen ungewöhnlichen Roman mit einem Helden kreierte, der eine erbärmliche Figur abgibt und schließlich zum Mörder wird

VON ANSGAR LANGE

Pascal Garniers „Der Beifahrer“ ist ein ungewöhnlicher Krimi. Es ist ein Glück, dass der bereits 2010 verstorbene Autor jetzt auch für das deutschsprachige Lesepublikum entdeckt wird. Auf 144 Seiten und mit wunderbar trockenem Humor entfaltet Garnier eine makabre Geschichte.

Alles beginnt recht normal. Fabien, der „Held“ des Romans und eine erbärmliche Figur, besucht seinen Vater. Wunderbar lakonisch, mit knappen und präzisen Sätzen beschreibt der Autor die Sprachlosigkeit, die zwischen den beiden herrscht: „Noch nie zuvor war ihm aufgefallen, dass seinem Vater so lange Haare aus den Ohren wuchsen.“

Die Ehe zwischen Fabien, einem Mittvierziger, und Sylvie ist tristesse. Nach einer kurzen Phase der Leidenschaft („Die eine Hälfte der Zeit hatten sie im Bett verbracht, die andere bei Tisch“) richten sich beide in einer lieblosen Beziehung ein. Die Geschichte nimmt Fahrt auf, als Fabien erfährt, dass seine Frau tödlich verunglückt ist. Allerdings war sie nicht allein. Das zweite Unfallopfer ist ihr Liebhaber, von dessen Existenz der gehörnte Fabien erst erfährt, als er schon Witwer geworden ist.

Fabien reagiert auf diese Nachricht nicht etwa mit großer Trauer oder dem Versuch, das eigene Leben neu zu ordnen. Er will Rache nehmen, und zwar auf ziemlich infantile Weise. So verfolgt er Martine, die Witwe des Mannes, der mit Syl-

vie im Auto gesessen hat und ihre Freundin Madeleine nach Mallorca. Es ist sein Ziel, mit Martine zu schlafen, um so für den Ehebruch seiner verstorbenen Frau Rache zu nehmen.

Dass das Ganze ziemlich danebengeht, kann man sich vorstellen. Im Laufe der Geschichte kommt es zu Morden, eine Leiche landet in der Tiefkühltruhe und taut bei einem Stromausfall auf. Hier hat jede Figur ihre Abgründe, die Garnier schonungslos und sehr unterhaltsam offenlegt. Dieser Humor und die fettfreie Sprache des Autors, die an Georges Simenon erinnert, lassen einen die ganze Trostlosigkeit der Handlung und des Figurenensembles ertragen.

Garnier übt keine offensichtliche Gesellschaftskritik. Er moralisiert nicht. Er schildert nur, was seinen Figuren widerfährt. Wenn man will, kann man hierin eine Kritik am französischen Kleinbürgertum sehen. Eigentlich alle Protagonisten in diesem „fies-fröhlichen Neo-Noir“ sind böseartig. Mitleid stellt sich nicht ein. Man darf auf die angekündigten weiteren Neuübersetzungen Garniers ins Deutsche mehr als gespannt sein. Eine klare Leseempfehlung!



Pascal Garnier: „Der Beifahrer“, Septime Verlag, Wien 2023, gebunden, 144 Seiten, 20 Euro

ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNG

Zeitdokumente betroffener Menschen

Die Ausstellung „Stillgeschwiegen!“ zeigt, wie Vertriebene in der DDR bis zum Mauerfall lebten

VON JÖRN PEKRUL

In Berlin findet derzeit eine Ausstellung statt, die bisher wenig bekannte Informationen über das weitere Schicksal der Heimatvertriebenen vermittelt. Im Konferenzraum des DDR Museums an der Spree erzählt die renommierte Stiftung „Zentrum gegen Vertreibung“ vom Ankommen und Leben der rund 4,3 Millionen deutschen Heimatvertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Deutschlands respektive der späteren DDR. Ihre Geschichte wurde mehr als vier Jahrzehnte lang verschwiegen und auch aus staatlich-ideologischen Gründen tabuisiert. Insofern ist der Titel der Ausstellung als Imperativ aus dieser Zeit zu lesen: „Stillgeschwiegen!“. In dieser Ausstellung kommen sie zu Wort: die betroffenen Menschen. Sie erzählen aus Zeitdokumenten, die auf gut lesbaren Schautafeln präsentiert sind.

Die Ausstellung folgt der Chronologie. Als Einführung werden die Ursachen der Vertreibung und die ostdeutschen Herkunftgebiete jenseits von Oder und Neiße, dem Sudetenland, aber auch aus Polen und der damaligen UdSSR beschrieben. Die verschiedenen Strategien der Alliierten für die Aufnahme der Vertriebenen werden vorgestellt sowie die Frage der Reparationen und die Gründung der DDR betrachtet.

Vertriebene als Verwaltungsproblem

In der „SBZ/DDR“ wurden die Vertriebenen – ebenso wie in den westlichen Besatzungszonen – als Verwaltungsproblem angesehen. Die Aufnahme und Versuche der Eingliederung erfolgten in der SBZ parallel zur Bodenreform, die im Wesentlichen den „Großgrundbesitz“ auf Kleinbauern aufteilte. Erste Sprachregelungen wurden festgesetzt: „Umsiedler“ statt



Am Eröffnungstag: Besucher studieren aufmerksam die Schautafeln der Ausstellung „Stillgeschwiegen!“

Foto: Pekrul

„Vertriebene“, später Stillschweigen und geforderte beziehungsweise erzwungene Anpassung.

Dieser dritte Teil der Ausstellung reflektiert die Fremdbezeichnung und die Selbstwahrnehmung der Vertriebenen sowie das Schicksal der Schwächsten unter den Vertriebenen: der Kinder und Frauen. Die Konflikte zwischen Kirche und Partei werden geschildert. Wer kennt heute noch den mutigen Pfarrer Oskar Brüsewitz (geb. 1929) aus dem Memelland? 1976 klagte er in einer selbstständigen Aktion in Zeitz die Kirchenpolitik des Re-

gimes an und steckte sich selbst in Brand, eine Tat, an deren Folgen er kurz darauf verstarb. Auch an sein Schicksal wird in diesem Abschnitt erinnert. Das Leben der Vertriebenen im SED-Staat wird aus vielen Blickwinkeln geschildert, so beispielsweise die Auswirkungen der Entstehung der sogenannten Oder-Neiße-Friedensgrenze von 1950 oder konspirative Vertriebenentreffen im Leipziger Zoo. Sie wurden argwöhnisch vom Ministerium für Staatssicherheit beobachtet, waren aber dennoch schwer beziehungsweise gar nicht zu unterbinden.

In einem weiteren Kapitel werden Vertriebene vorgestellt, die einen wesentlichen Bestandteil der DDR-Literatur ausmachten wie Anna Seghers oder Christoph Hein. Andere wurden zu öffentlichen Persönlichkeiten wie Ursula Karuseit, Urte Blankenstein oder Kurt Masur. Auch politische Funktionsträger brachten die Vertriebenen hervor wie Günter Mittag, Hans Modrow oder Egon Krenz. Viele weitere Biographien werden in informativen Skizzen vorgestellt. Als Abschlusskapitel wird die Vereinigung 1990 und die Erinnerungskultur nach dem Mauerfall betrachtet.

Insgesamt ist „Stillgeschwiegen!“ eine sehr lohnenswerte Ausstellung. Die Informationen wurden mit Fachkompetenz und in einer schlüssigen Reihenfolge kuratiert. Die Schautafeln sind angenehm zu lesen und mit vielen Illustrationen ergänzt. Doch das Wichtigste ist ihre Sachlichkeit. Neben den Schwierigkeiten werden auch positive Aspekte gewürdigt. Die Beschreibungen weisen keine tendenziöse oder gar von außen angemaßte Sichtweise auf. Das komplexe und auch emotional aufgeladene Thema ist behutsam aufgenommen worden zum Zwecke der Information.

Sachlich und kompetent kuratiert

Der Ausrichter, das Zentrum gegen Vertreibung, ist eine im Jahr 2000 in Wiesbaden gegründete Stiftung. Ihr Ziel ist die Dokumentation von Vertreibungen in Europa im 20. Jahrhundert. Diese Grundidee wurde in den letzten Jahren entwickelt und führte bereits zu Wanderausstellungen, die von der Fachwelt wegen ihrer Ausgewogenheit und der angemessenen Gewichtung gelobt wurden.

In Berlin findet bis zum 20. April 2024 der Auftakt zu dieser Ausstellung statt. Sie wird danach als Wanderausstellung in verschiedene deutsche Städte gehen. Die Berliner Präsentation im Konferenzraum des DDR-Museums ist ideal, denn beide Sammlungen, so unterschiedlich sie sind, lassen sich aufgrund des übergeordneten Themas der Wirklichkeit in der DDR gut ergänzen.

● **Ausstellung** „Stillgeschwiegen! Die Vertriebenen in der SBZ und der DDR“. DDR Museum, Eingang Gebäudeseite an der St.-Wolfgang-Straße 2-4, 10178 Berlin, Öffnungszeiten täglich 9 bis 21 Uhr, Eintritt frei. Weitere Informationen unter: www.z-g-v.de

„ALLGEMEINE DEUTSCHE ZEITUNG FÜR RUMÄNIEN“

Die einzige deutsche Tageszeitung Osteuropas wurde 75

Gegründet als kommunistisches Blatt entwickelte sich die „ADZ“ zum Sprachrohr für die deutsche Volksgruppe Rumäniens

Die „Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien“ („ADZ“) feierte im März ihr 75-jähriges Bestehen. Entstanden als kommunistisches Propagandablatt, schaffte sie es dennoch, die kulturstarke deutsche Gemeinschaft Rumäniens in die Freiheit zu führen. Rumänien ist heute das einzige Land Osteuropas mit einem deutschstämmigen Staatspräsidenten und mit einer deutschen Tageszeitung. Diese erschien erstmals am 13. März 1949 als „Neuer Weg“. Am 6. März 1945 war Petru Groza an die Macht gekommen, der Rumänien unter sowjetischer Herrschaft führte, die bis zum Dezember 1989 dauerte.

Die „ADZ“ ist die historische Zeitung der deutschen Volksgruppe in Rumänien. Es entsprach dem politischen Interesse der Machthaber, eine landesweite Vertriebenenzeitung auch in deutscher Sprache zu haben, um die Politik der kommunistischen Arbeiterpartei zu propagieren und die damals noch starke deutsche Volksgruppe zu manipulieren.

Die katholischen Banater Schwaben und die protestantischen Siebenbürger Sachsen hatten sich lange gegenseitig bekämpft, doch nach 1945 mussten sie ihre Kräfte erstmals bündeln. Zusammen gründeten sie die „ADZ“. Zu den beiden Urgesteinen der Zeitung gehörten die Schriftsteller Johann Lippert und Werner

Kremm. Letzterer war auch ein Gründungsmitglied der „Aktionsgruppe Banat“. Er hat Rumänien als Einer von Wenigen in den 1980er Jahren nicht den Rücken gekehrt und blieb, als fast alle gingen.

Als die deutschsprachige „ADZ“ 1949 als letzte deutsche Tageszeitung Osteuropas gegründet wurde, waren in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn fast alle Deutschen vertrieben worden, nur aus Rumänien nicht. Die „ADZ“ hat sich nach der politischen Wende von 1989 nicht nur äußerlich gewandelt, sie wurde auch zum Sprachrohr der stark geschrumpften deutschen Gemeinschaft in Rumänien, die trotz zahlenmäßiger Schwäche politisch immer stärker wurde. Immerhin gehören die Literatur-Nobelpreisträgerin, Hertha Müller, und der derzeitige Staatspräsident Rumäniens, Klaus Johannis, zum Leserkreis der Zeitung.

Die politische Wende von 1989 brachte wegen der Auswanderung vor allem Finanzierungsprobleme aufgrund der schwindenden Leserschaft mit sich. Als überregionale Publikation wurde an eine Fusion mit den Wochenschriften „Karpatenrundschau“, „Die Woche“ und „Banater Zeitung“ gedacht, doch sträubten sich deren Vertreter und fusionierten lieber mit der Wochenzeitung „Her-

mannstädter Zeitung“. In den 60er Jahren hatte der „Neue Weg“ eine Auflage von rund 70.000 Exemplaren. Nach 1989, als die Massenauswanderung der Deutschen aus Rumänien einsetzte, sah sich die Zeitung mit einem dramatischen Verlust an Lesern und Mitarbeitern konfrontiert. Auf dem freien Markt konnte sie sich nicht behaupten, auch nicht mit neuem Konzept und neuem Namen „ADZ“ ab

1993. Die „ADZ“ musste von der Vertretung der deutschen Volksgruppe in Rumänien, dem Demokratischen Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR), finanziell unterstützt werden. Seit 2008 ist das DFDR Herausgeber der „ADZ“.

Von der Zeitung zum online-Medium

Das kleine Redaktionskollegium der „ADZ“ versucht seine heute 3000 Leser

möglichst objektiv zu informieren. Dabei geht es mit großer Professionalität vor, um die verschiedensten Aspekte der Existenz sowohl der deutschen Gemeinschaft Rumäniens als auch der neudeutschen Zuwanderer zu treffen. Die Aufmerksamkeit, welche die „ADZ“ der rumänischen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit widmet, die Art, wie die Weltpolitik journalistisch zur Geltung gebracht wird, machen sie auch für rumänische Leser interessant, von denen viele auch als ehemalige Schüler deutscher Schulen perfekt Deutsch sprechen.

Der Erfolg der „ADZ“ als Zeitung ist der überzeugende Beweis dafür, dass eine intellektuelle Elite der Rumänien-deutschen aktiv blieb, die fähig und befugt ist, kulturell-identitäre Traditionen der Volksgruppe weiter zu pflegen trotz des Exodus der Mehrheit der Deutschen Rumäniens, nachdem das totalitäre Regime gestürzt war. Nicht nur der Exodus der Rumänien-deutschen macht der Zeitung zu schaffen, auch die nicht aufzuhaltende Tendenz zur Online-Ausgabe. Die Tageszeitung „ADZ“ mit ihrer aus Deutschland stammenden Chefredakteurin Nina May hat ihre Zentralredaktion in Bukarest mit Redaktionsvertretungen in Hermannstadt, Kronstadt, Reschitza, Sathmar und Temeswar.



Früher nur als Druckausgabe, heute auch online erhältlich: Titelblatt der „Allgemeinen Deutschen Zeitung für Rumänien“ Foto: Screenshot

Bodo Bost

● AUFGESCHNAPPT

Kulturstaatsministerin Claudia Roth ist nicht nur völlig begeistert davon, dass Besitz und Konsum von Cannabis nun endlich legalisiert worden seien. Sie will die Kifferei auch mit Steuergeldern aus ihrem Etat fördern: Einige Produktionshäuser der sogenannten Freien Szene der deutschen Kulturlandschaft wollen ab 1. Juli eigene Cannabis-Klubs für Publikum und Mitarbeiter eröffnen. Die Grünen-Politikerin hat nun angekündigt, solche Klubs aus dem staatlichen Fonds Darstellende Künste bezuschussen zu wollen. Zu den Häusern zählen beispielsweise das HAU in Berlin, Kampnagel in Hamburg oder das Künstlerhaus Mousonturm in Frankfurt am Main. Roths Entscheidung fügt sich in die Fetischisierung von Cannabis in linken Kreisen. Wo Grenzwerte für alles möglicherweise Gesundheitsschädliche immer weiter verschärft werden, wird ausgerechnet die Droge Cannabis beworben und der Konsum nun sogar staatlich gefördert. Allerdings fehlt das Geld aus dem Fonds dann natürlich bei der Förderung der Darstellenden Künste. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Matthias Heine kritisiert in der „Welt“ (27. März) den linken Architekturtheoretiker Philipp Oswald, der sich über die Rückkehr von acht Propheten-Statuen auf die Kuppelbalustrade des Berliner Schlosses ereifert:

„Die Enthüllungen und Polemiken Oswalds sind ebenso wie die völlig überzogene Kritik an der Kreuzkuppel des Schlosses und dem Bibelspruch darunter nichts anderes als die Suppenkasper-Trotzreaktionen schlechter Verlierer, die im Kampf gegen den Wiederaufbau politisch unterlegen sind. Sie können es nicht fassen, dass das blöde Volk sogar eine nicht ganz so geglückte Kopie eines historischen Gebäudes der Hühnerfolterfarm-Architektur vorzieht, die sie selbst feiern.“

Gabor Steingart erklärt im „Focus“ (28. März), warum die versprochene große Wende zur E-Mobilität eine Fata Morgana bleiben wird:

„Überzogene Ziele, unklare Prioritäten und eine Autoindustrie, deren Vitalitätsreserven schwinden, werden dafür sorgen, dass die schnelle Transformation ausfällt. 2023 wurden in der Bundesrepublik nur noch etwa vier Millionen Pkw gebaut, das entspricht dem Niveau von 1994. Die Technologie-Führerschaft ist derweil auf Chinesen (BYD) und Amerikaner (Tesla) übergegangen. So sehen industrielle Abstiege aus.“

Gunnar Schupelius stört sich in der „B.Z.“ (25. März) am überhandnehmenden wilden Campen von Obdachlosen in Berlin. Das müsse verboten werden, die Obdachlosen müssten in Sammelunterkünften untergebracht werden:

„Und wenn es nicht genug Unterkünfte gibt, dann müssen sie geschaffen werden. Für Asylbewerber stellt man ja auch ständig neue Plätze zur Verfügung. Wenn man aber das wilde Campen erst einmal zulässt, wenn die Lager und Müllberge wachsen, dann wird es immer schlimmer. Das ist nicht nur ein Rechtsbruch, so geht die Stadt vor die Hunde.“

Unter dem Eindruck der Debatte über die „RKI-Akten“ wirft Mario Thurnes bei „Tichys Einblick“ (27. März) einen Blick zurück auf die Absurditäten des Corona-Regimes:

„Stoffmasken helfen überhaupt nicht gegen das Virus und verbreiten nur das Gefühl einer falschen Sicherheit. Stoffmasken dämpfen das Virus ein. Stoffmasken genügen nicht gegen das Virus, es müssen FFP2-Masken sein. All diese drei Positionen vertrat das RKI. Innerhalb nur eines Jahres. Immer mit dem Duktus, ‚die Wissenschaft‘ gebiete das.“

● WORT DER WOCHE

„Ich denke viel darüber nach, warum es so viele Wählerinnen und Wähler der AfD gerade im Osten gibt. Wer ostsozialisiert ist, hat ein Frühwarnsystem für Ideologien, Gängelung und Besserwisserei.“

Ulrike Liedtke (SPD), Brandenburgs Landtagspräsidentin, wandte sich am 29. März gegenüber der dpa gegen die Ausgrenzung der AfD

DER WOCHENRÜCKBLICK

Kein Blick zurück

Was die Ampel immer empfindlicher macht, und wie ein Klima-Institut auf Maos Pfaden wandelt

VON HANS HECKEL

S o ist das also: Nicht nur die Verbreitung von Falschnachrichten bedroht „unsere Demokratie“, sondern auch die der Wahrheit. Und Letztere ist womöglich noch viel gefährlicher als die abgefemtsten Lügen. In einem Video klären uns Grünen-Chefin Ricarda Lang und Irene Mihalic, die für die Lang-Partei im Bundestag sitzt, über die weithin unterschätzten Risiken der Wahrhaftigkeit auf.

Von Mihalic hören wir den entscheidenden Satz: „Desinformation hat nicht unbedingt etwas mit Fake News zu tun, sondern dass es durchaus wahre Begebenheiten sein können, die dann so in die Öffentlichkeit gebracht werden, dass sie diese desinformierende und destabilisierende Wirkung haben können.“ „Destabilisierend“ kann man alles nennen, was den Regierenden und der von ihnen verfolgten politischen Linie in die Quere kommt. Man nennt das Kritik, und die löst, wenn sie Resonanz in der Öffentlichkeit findet, Debatten aus. Debatten aber können den ungestörten Durchmarsch zu den Zielen der Herrschenden empfindlich „destabilisieren“.

Einst lobten wir diese offene Diskussion und erklärten sie gar zum Kernbestand einer funktionierenden Demokratie. Das gilt offenbar nicht mehr. Nun ist es etwas Böses, der Regierung mit Fakten zu kommen. Also jedenfalls dann, wenn die Tatsachen der Regierung nicht ins Konzept passen, dann ist deren Nennung als „destabilisierend“ zu verurteilen. Klingt irgendwie komisch.

Aber warum? Vielleicht deshalb: Es weckt bei manchem Zeitgenossen Erinnerungen. Wer in der DDR allzu öffentlich anmerkte, dass dies oder das im Westen viel besser funktioniere als im Sozialismus, dem begegneten die Organe des Arbeiter- und Bauernstaates kaum je mit der Entgegnung, dass es in Wahrheit umgekehrt sei – die Autos der DDR besser, die Straßen glatter und die Luft sauberer etwa. Weil eine solche Entgegnung ein wenig zu weit hergeholt gewesen wäre, hielt man dem Bürger lieber vor, dass er mit derlei Aussagen nur dem Klassenfeind diene – was die Arbeiter- und Bauernmacht durchaus hätte „destabilisieren“ könne (und es am Ende ja auch tat). Von dort aus war es nicht mehr weit, die finsternen Motive der faktenbasierten BRD-Verklärung aufzudecken.

Wie so eine Attacke mit der Wahrheit aussehen kann, beklagt Katrin Göring-Eckardt

gerade am Beispiel der Corona-Aufarbeitung: „Wie mit der Pandemie noch heute Stimmung gegen unsere parlamentarische Demokratie gemacht wird, besorgt mich!“ Sprich, wer Kritik an den Pandemie-Maßnahmen übt, will bloß „Stimmung gegen unsere parlamentarische Demokratie“ machen (Weiteres von „KGE“ auch auf Seite 1).

Die Kritiker der staatlichen Maßnahmen hatten, wie sich immer mehr herauschält, deutlich mehr Fakten auf ihrer Seite, als man es ihnen damals zugestehen wollte. Und da kommt wohl noch einiges ans Licht, wenn die ganzen RKI-Akten erst entschwärzt sind. Deshalb will sich Göring-Eckardt vorsorglich nach allen Seiten absichern: Egal, ob die Kritiker damals schon recht hatten oder ob sich dies jetzt erst erweist: Wichtig ist allein, dass deren Absichten nur übel sein können.

Da schwimmt sie mit ihrem Koalitionsfreund Karl Lauterbach auf einer Welle. Von einer Enquete-Kommission hält der SPD-Minister schon deshalb nichts, weil es nämlich „rechte Gruppen“ gebe, „die wollen sich das Thema zu eigen machen, auch die AfD will das machen“. Mit anderen Worten: Sobald ein Thema das Risiko birgt, dass die Opposition die Regierung damit irgendwie in Erklärungsnot bringen könnten, muss die Sache vom Tisch, Ende der Diskussion.

Debatte von vornherein abwürgen

Hier scheint auch die nicht ganz unrealistische Befürchtung mitzuschwingen, dass es Themen, über welche das Regierungslager nicht so gern öffentlich debattieren möchten, demnächst noch eine ganze Menge geben könnte. Sich über die Folgen ihrer Asyl-, Energie- oder Wirtschaftspolitik offener Kritik auszusetzen, dürfte für die Ampelparteien zunehmend schmerzhaft ausfallen. Daher ist es durchaus naheliegend für die Koalitionspartner, jetzt schon Mittel und Wege zu ersinnen, wie man solche Debatten von vornherein abwürgen kann.

Da greifen sie sogar zu dem alten Trick, der uns schon so oft begegnet ist: Göring-Eckardt barmt, man dürfe jetzt nicht die damals Verantwortlichen „diffamieren“, sondern „für die Zukunft lernen“. Das sagen Politiker immer, wenn sie Mist gebaut haben: Lasst uns die alten Geschichten vergessen und gemeinsam in die Zukunft schauen!

Wichtig ist dabei nicht allein die Blickrichtung in „die Zukunft“, damit das Fehlverhalten der Vergangenheit im Schatten bleibt.

—
Corona:
Wer die
Maßnahmen
kritisiert, der
macht
„Stimmung
gegen unsere
parlamentarische
Demokratie“



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Entscheidend ist auch das Wörtchen „gemeinsam“. Denn damit soll jeder, der im Gewesenen wühlt, als Spalter der Gesellschaft und als schmutziger „Diffamierer“ gebrandmarkt werden.

Aber hieß es nicht seit Jahrzehnten, für die Zukunft könne man nur lernen, wenn man die Vergangenheit gründlich aufgearbeitet hat? Weil man dann viel besser erfährt, wo die Abgründe lauern?

Ja, doch! Also zumindest teilweise. Bei manchen Sachen kann es hilfreicher sein, wenn die Leute die Vergangenheit vergessen haben. Das Grünen-nahe Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) dürfte recht froh darüber sein, dass die zeitgeschichtliche Bildung der Deutschen ziemlich unter die Räder gekommen ist. Das Institut fordert die Schaffung einer von der Politik (und damit von demokratischer Kontrolle) weitestgehend unabhängigen Instanz, die in der ganzen EU die CO₂-Ziele durchpeitschen soll. Sie nennt diese Instanz „Europäische Kohlenstoff-Zentralbank“ (ECCB), deren Unabhängigkeit wohl jener der Europäischen Notenbank EZB ähneln soll.

Und was genau soll die ECCB vorbei an Parlament und „Lobbygruppen“, also den Vertretern von Bürgern und Wirtschaft, durchboxen? Das PIK nennt den Plan allen Ernstes den „Grünen Sprung“ nach vorn in die klimaneutrale Welt. Hier wird auch klar, warum das Institut Volkswillen und Wirtschaftsinteressen möglichst aussperren will aus den quasi hoheitlichen Entscheidungen der angestrebten ECCB.

So einen „Sprung“ hat die Welt nämlich schon einmal gesehen. Auch damals ging es darum, vorhandene wirtschaftliche Strukturen komplett unterzupflügen, um Platz zu machen für die strahlenden Zukunft.

Es war nicht der „Grüne“, sondern der „Große Sprung“ des Mao Zedong. Er ruinierte die chinesische Landwirtschaft und trieb Millionen in den Hungertod. Millionenfachen Hungertod würde der PIK-Plan wohl nicht hervorrufen, ziemlich sicher aber den Tod größter Teile der deutschen und EU-weiten Wirtschaft.

Kommen Sie nicht auf die Idee, das anzuprangern, sonst werden Sie als „Destabilisierer“ entlarvt. Und wenn dereinst alles in Trümmern liegt und jeder sieht, welche Katastrophe die grünen Ideologen angerichtet haben, werden wir uns darauf einigen, nur noch „in die Zukunft zu blicken“, gell?